
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 12 (1984)

DOI: 10.11588/fr.1984.0.51448

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

IMMA MELZER

PFÄLZISCHE EMIGRANTEN IN FRANKREICH WÄHREND
UND NACH DER REVOLUTION VON 1848/49*

Teil I

Gliederung

Einleitung	372
KAPITEL I	
1. Ausgangssituation	375
1.1. Der Preß- und Vaterlandsverein	
1.2. Zweigverein in Paris	
1.3. Hambacher Fest	
2. Flucht nach Frankreich	379
2.1. Straßburg	
2.2. Savoye, Pistor, Schüler	
2.3. Umbildung des Zweigvereins in den deutschen Volksverein	
2.4. Werdegang Savoyes in Paris	
3. Wiedererstarben der französischen Republikaner unter Ledru-Rollin	382
3.1. Das Wahlmanifest von Ledru-Rollin vom 23. Juli 1841	
3.2. La Réforme	
3.3. Sturz von Louis Philippe	
KAPITEL II	
1. Die Politik der provisorischen Regierung hinsichtlich der Emigranten	387
1.1. Manifest von Lamartine	
1.2. Aprilaufstand in Baden	
2. Das Frankfurter Parlament nach den Gesandtschaftsberichten von Joseph Savoye, vom 12. April 1848 bis 4. September 1848	394
2.1. Die Revolution von 1848	
2.2. Berichte von Savoye	
3. Erste Präsidentschaftswahl in Frankreich nach dem allgemeinen Wahlrecht	405
3.1. Wahl Louis Napoléons	
3.2. Neuorientierung durch Ledru-Rollin	
4. Die Reichsverfassungskampagne in der Pfalz	410
4.1. Ausbruch des Widerstandes	
4.2. Kampf der Ex-Emigranten	
5. Juniaufstand von 1849 in Paris	418
5.1. Anlaß für den Aufstand	
5.2. Beteiligung einzelner Emigranten	
6. Folgen des Juniaufstandes von 1849 für die Pfalz	421

* 1. Teil meiner 1983 von der Philosophischen Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften der Ludwig-Maximilians-Universität München angenommenen Dissertation. Teil 2 erscheint in FRAN-
CIA 13 (1985, ed. 1986).

Einleitung

Das Schicksal deutscher Emigranten in Frankreich ist gerade für die Zeit von 1848/1849 nur in vereinzelt Darstellungen untersucht worden.

Die grundlegende Arbeit bildet die 1910 veröffentlichte Schrift von Otto Wiltberger »Die deutschen politischen Flüchtlinge in Straßburg 1830–1849«¹. Doch beschränkt sich Wiltberger auf die Beschreibung einzelner Persönlichkeiten, die innerhalb dieser Emigrantengruppe aufgrund ihrer politischen und journalistischen Aktivität herausragten. Ihre Verbindung zu französischen Republikanern wird daher nur am Rande berücksichtigt. Von den Pfälzer Emigranten, die nach dem Hambacher Fest nach Straßburg kamen, behandelte er lediglich Philipp Siebenpfeiffer und Georg August Wirth etwas ausführlicher². Aber weder Siebenpfeiffer noch Wirth engagierten sich innerhalb der politischen Szene in Frankreich für die Emigranten. Diese Rolle übernahmen vielmehr die ehemaligen Vorsitzenden des Preß- und Vaterlandvereins, Joseph Savoye, Friedrich Schüler und Daniel Pistor. Diese erwähnt Wiltberger jedoch nur namentlich.

Dadurch verkennt er vor allem die Bedeutung von Joseph Savoye, der für die Verbindung zwischen französischen Republikanern und den pfälzischen Emigranten eine äußerst wichtige Rolle spielte.

Ebenso muß die Ansicht Wiltbergers revidiert werden, daß die Pfälzer Emigration seit Anfang 1850 keine Bedeutung mehr hatte. Da Wiltberger weder nach der sozialen Zusammensetzung noch nach den politischen Ideen der Flüchtlinge und der Politik ihres Gastlandes fragt, muß diese Arbeit inzwischen als veraltet gelten.

Den politischen Ideen und dem Werdegang der für unsere Arbeit so bedeutenden Pfälzer Emigranten geht Kurt Baumann in seinem Aufsatz über »Friedrich Schüler (1791–1873), Joseph Savoye (1820–1869), Daniel Pistor (1807–1886)« nach³. Obwohl

AE	= Paris, Archives du Ministère des Affaires Etrangères
AN	= Paris, Archives Nationales
APP	= Paris, Archives de la Préfecture de Police
BN	= Paris, Bibliothèque Nationale
ADB	= Bar-le-Duc, Archives Départementales
AMB	= Bar-le-Duc, Archives Municipales
ADM	= Metz, Archives Départementales
AMM	= Metz, Archives Municipales
ADS	= Strasbourg, Archives Départementales
AMS	= Strasbourg, Archives Municipales
ADC	= Colmar, Archives Départementales
MA	= München, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Ministerium des Äußeren
MINN	= München, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Ministerium des Inneren
GS	= München, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, die bayerischen und pfälzischen Gesandtschaften
LAS	= Speyer, Landesarchiv

1 OTTO WILTBERGER, Die deutschen politischen Flüchtlinge in Straßburg 1830–1849, Berlin/Leipzig 1910 (Abhandlungen zur Mittleren und Neueren Geschichte, Heinrich Finke, Friedrich Meinecke, Georg von Below [Hg.], Heft 17).

2 Ibid. S. 24–27.

3 KURT BAUMANN, Friedrich Schüler (1791–1873), Joseph Savoye (1802–1869), Daniel Pistor (1807–1886), in: K. BAUMANN (Hg.), Das Hambacher Fest, 27. Mai 1832. Männer und Ideen, Speyer 1957, S. 115–180.

Baumann der politischen Entwicklung der drei Emigranten in Frankreich breiten Raum widmet, beschränkt er sich dabei vorwiegend auf deutsche Quellen und deutsche Literatur. Die französische Geschichtsschreibung wird nur am Rande berücksichtigt.

Aus der französischen Literatur kommen aufschlußreiche sozialgeschichtliche Arbeiten zur Revolution von 1848/49 im Elsaß, von Ponteil und Kahan-Rebecq⁴. Diese geben Hinweise auf eine Verbindung zwischen den französischen Republikanern und den pfälzischen Emigranten, wobei Savoye als Verbindungsmann genannt wird, ohne daß nähere Ausführungen zu ihm gemacht werden. Die Rolle, die die pfälzischen Emigranten und gerade Savoye für die Innenpolitik Frankreichs spielten, versucht Jürgen Peiser in seiner Arbeit über Gustav Struve zu erhellen⁵. Der Verfasser findet heraus, daß für die Zeit vom März 1848 bis zum Aufstand in Baden vom April 1848 Kontakte zwischen badischen Republikanern und radikalen französischen Republikanern der »Réforme«, die mit Ledru-Rollin den Innenminister stellten, bestanden⁶. Da für Peiser die Untersuchung des badischen Aufstandes im Vordergrund steht, beschränkt er sich auf die Auswirkungen dieser Verbindungen für Baden.

Ausgehend von diesem, bisher vornehmlich auf einzelne Darstellungen gestützten Forschungsstand, hat sich unsere Arbeit zur Aufgabe gestellt, die Verbindung zwischen pfälzischen Emigranten und französischen Republikanern während der Revolution von 1848/49 bis zum Dezember 1851 zu untersuchen.

Zum besseren Verständnis unseres Themas wurde hauptsächlich die personenbezogene Darstellung gewählt. In dieser werden einmal die wichtigsten Einzelpersönlichkeiten aufgeführt und zum anderen die für uns entscheidende Gruppe der Pfälzer Emigranten.

Der politische, historische, wirtschaftliche und soziale Hintergrund in der Pfalz, Deutschland und Frankreich kommt nur dann in einem breiteren Rahmen zur Sprache, wenn er im Zusammenhang mit dem Thema von Bedeutung ist. Dem vorgesehenen chronologischen Aufbau entsprechend skizziert diese Studie im einführenden Abschnitt diejenigen politischen Kreise in Frankreich, die Kontakte zu den Pfälzer Emigranten aufgenommen haben. Dabei soll die politische und persönliche Freundschaft zwischen dem Pfälzer Emigranten Joseph Savoye und dem französischen Republikaner Ledru-Rollin im Mittelpunkt stehen.

Für die Pfälzer Emigranten sollte sich die politische Zusammenarbeit zwischen Savoye und Ledru-Rollin während der provisorischen Regierung, in der Ledru-Rollin französischer Innenminister war, zunächst positiv auswirken. Die negative Seite dieser Verbindung zeigte sich erst nach der Wahl von Louis Napoléon zum Präsidenten Frankreichs. So befaßt sich der letzte Teil unserer Arbeit mit den Maßnahmen, die die Regierung Louis Napoléons gegen die Pfälzer ergriff, die nach dem Aufstand von 1849 nach Frankreich geflüchtet waren.

Natürlich wurden verschiedene Einzelaspekte unserer Untersuchung unter anderen Fragestellungen in der wissenschaftlichen Literatur behandelt. So setzt sich Wolfgang

4 Felix PONTEIL, *L'Opposition politique à Strasbourg sous la Monarchie de Juillet, 1830-48*, Strasbourg; DERS., 1848, Paris 1937; Marie-Madeleine KAHAN-REBECQ, *La classe ouvrière en Alsace pendant la monarchie de Juillet*, Paris 1939.

5 Jürgen PEISER, *Gustav Struve als politischer Schriftsteller und Revolutionär*, Frankfurt 1973.

6 *Ibid.* S. 102-105.

Schieder in seiner äußerst detailreichen Arbeit »Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung« vor allem mit dem politischen Programm und der inneren Organisation der Ausländervereine, denen sich die Pfälzer Emigranten zunächst anschlossen, auseinander⁷.

Den Umfang der deutschen Emigration nach Frankreich legt der französische Historiker Jacques Grandjont in einem Aufsatz über die »deutsche Binnenwanderung in Europa 1830 bis 1848« dar⁸.

Darin stellt er für die Jahre 1830 bis 1851 folgende Schätzungen auf:

Jahr	Ausländer insgesamt	Deutsche		
		Frankreich	Paris	Ost
1830	200 000	30 000	Schätzungen 7 000	20 000
1831	180 000	29 000	6 500	20 000
1836	400 000	75 000	15 500	33 000
1841	520 000	100 000	30 000	40 000
1846	820 000	160 000	54 000	60 000
1847	850 000	170 000	62 000	62 000
1851	393 814	57 061	Volkszählung 13 584	33 209 ⁹

Obwohl Teilaspekte des hier bearbeiteten Themas durchaus in der wissenschaftlichen Literatur bekannt sind, fehlt bisher eine Arbeit, in der das Schicksal der Pfälzer Emigranten über das Jahr 1849 hinaus verfolgt wird. Der Versuch, den Lebensweg der pfälzischen Emigranten gerade in dieser Periode aufzuhellen, wurde durch die Benutzung deutscher und französischer Quellen möglich.

Die Gerichtsakten des Oberlandesgerichts Zweibrücken im Staatsarchiv Speyer enthalten Angaben über Verurteilung und Strafmaß der Pfälzer, die politisch am aktivsten waren. Über ihre Flucht nach Frankreich und ihr dortiges Schicksal geben die Archive in Straßburg, Colmar, Metz und Bar-le-Duc Auskunft.

Ergänzt wird dieses Material durch Berichte, die Anfragen der bayerischen Regierung über den Verbleib der Emigranten enthalten. Diese Schreiben finden sich im Bayerischen Hauptstaatsarchiv und im Archiv des französischen Außenministeriums.

Auch die vielfältigen Nachforschungen beider Regierungen, die einmal innerhalb ihres eigenen Landes und zum anderen durch die jeweiligen Gesandten geführt wurden und daher verstreut in den einzelnen Archiven zu finden sind, bieten Aufschluß über die Situation der Emigranten.

⁷ Wolfgang SCHIEDER, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1963.

⁸ Jacques GRANDJONT, Die deutsche Binnenwanderung in Europa 1830 bis 1848, in: Die frühsozialistischen Bünde in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Vom »Bund der Gerechten« zum »Bund der Kommunisten« 1836–1847, Berlin (1975).

⁹ Ibid. S. 18.

Kapitel I

1. Ausgangssituation

Die Beziehungen zwischen den späteren Pfälzer Emigranten und den französischen Republikanern haben ihre Wurzeln in der Zeit des Vormärz.

Im Zentrum der politischen Auseinandersetzung stand in Bayern in dieser Zeit die Zensurfrage. Die Zensur war auf Drängen König Ludwigs I. von Bayern, der die liberale Handhabung der Zensur in Frankreich als Hauptursache der Julirevolution ansah, verschärft worden¹⁰. Sein Innenminister Eduard von Schenk hatte als konträsignierender Minister diese Maßnahme vor dem Landtag von 1831 zu vertreten¹¹. Gegen ihn wandten sich daher die Kritik und die Angriffe der Opposition. Sie wurde von den Pfälzer Abgeordneten angeführt.

Ihre bedeutendsten Wortführer waren die Advokaten Christian Culmann, Friedrich Justus Willich und Friedrich Schüler¹². Zusammen mit den fränkischen Liberalen gelang es ihnen, den Innenminister Schenk, der für die Zensurordnungen verantwortlich gemacht wurde, zum Rücktritt zu bewegen. Schenk wurde am 26. Mai 1831 entlassen und die Preßverordnung zunächst aufgehoben.

Der Rücktritt des Ministers stellte einen spektakulären Erfolg für die Liberalen dar, wenn man berücksichtigt, daß einmal die rechtlichen Voraussetzungen für einen Ministersturz fehlten und zum anderen die bayerischen Liberalen zu diesem Zeitpunkt über keine einheitliche Organisation verfügten¹³. Schon von daher erklärt es sich, daß spätere Anregungen für eine politische Organisation gerade aus dem Kreis der Landtagsabgeordneten kamen.

Neben den pfälzischen Landtagsabgeordneten traten, als zweite Gruppierung, die politischen Journalisten hervor, für die Pfalz vor allem Jakob Siebenpfeiffer und Johann Georg August Wirth¹⁴. Sie hatten die Öffentlichkeit eingehend über den Verlauf des Landtages informiert, da sie in engem Kontakt zu den Abgeordneten standen. Siebenpfeiffer hatte sogar zu diesem Zweck, neben seiner Zeitung »Rheinbayern«, ein täglich erscheinendes Blatt, den »Boten aus dem Westen«, später in »Westbote« umbenannt, gegründet. In diesem Blatt griff der Herausgeber unmittel-

10 Vor allem: Max SPINDLER, Die Regierungszeit Ludwigs I., in: Max SPINDLER (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV/1, München 1974, verbesserter Nachdruck 1979; Karl-Georg FABER, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Restauration und Revolution. Von 1815 bis 1851, in: Leo JUST (Hg.), Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd. 3/1, Wiesbaden 1979; Manfred TREML, Bayerns Pressepolitik zwischen Verfassungstreue und Bundespflicht 1815–1837, Berlin 1977; Eberhard WEIS, Propyläen Geschichte Europas Bd. 4: Der Durchbruch des Bürgertums, 1776–1847, Berlin 1978; Karl-Heinz ZUBER, Der »Fürst Proletarier« Ludwig von Öttingen-Wallerstein (1791–1870), München 1978.

11 Über Eduard von Schenk: Max SPINDLER, Die Regierungszeit Ludwigs I. (wie Anm. 10) S. 119.

12 Zu Christian Culmann: Werner MARX, Die Pfälzer Abgeordneten im Bayerischen Landtag, Diss., Speyer 1954, S. 13; Friedrich Justus Willich: Ibid. S. 12; Charakterisierung Friedrich Schülers: Georg Friedrich KOLB, Lebenserinnerungen eines liberalen Demokraten 1806–1884, hg. Ludwig MERCKLE, Freiburg 1976, S. 53.

13 SPINDLER (wie Anm. 10) S. 155; Ernst Rudolf HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 2, Stuttgart 1959, S. 33; Dieter LANGEWIESCHE, Die Anfänge der deutschen Parteien, in: Geschichte und Gesellschaft 4 (1978) S. 324–328.

14 Anton DOLL, Philipp Jakob Siebenpfeiffer 1789–1845, Johann Georg August Wirth 1798–1848, in: K. BAUMANN (Hg.) (wie Anm. 3) S. 9–94.

barer und polemischer in den Meinungskampf des Landtages ein. Seine Artikel spiegelten alle Phasen der Versammlung wider, angefangen von der Hoffnung auf eine liberale Fortbildung der Verfassung über den verschärften Widerstand gegen die Regierungswillkür bis schließlich zur enttäuschten Abwendung von Einzelstaat und Fürstentum¹⁵. Den gleichen Weg ging Georg August Wirth, der zunächst als Redakteur des offiziellen Blattes, das »Inland«, den Standpunkt der oppositionellen Abgeordneten vertrat¹⁶. Später verfolgte er das gleiche Ziel mit seiner am 1. Juli 1831 gegründeten »Deutschen Tribüne«.

Die Veröffentlichungen in der Presse schufen damit den Debatten und den unterschiedlichen Standpunkten der einzelnen Abgeordneten ein breites öffentliches Forum. Aus diesem bildete sich eine beginnende politisierte und mobilisierbare Öffentlichkeit, die durch die Gründung des »Preß- und Vaterlandsvereins« zu einer »außerparlamentarischen Opposition« anwuchs.

Der Anstoß zur Gründung des »Preß- und Vaterlandsvereins« kam konsequenterweise einmal aus den Reihen der pfälzischen Landtagsabgeordneten, unter denen vor allem Friedrich Schüler mit der Idee für eine politische Organisation hervortrat, zum anderen von den beiden Journalisten Wirth und Siebenpfeiffer und von der politisch aufgeschlossenen Zweibrücker Bürgerschaft (Advokaten, Kaufleute, Handwerksmeister)¹⁷.

Aufschluß über Programm und Organisation dieses Vereins bietet Wirths Aufsatz »Deutschlands Pflichten«, den er anlässlich der Gründung desselben am 3. Februar 1832 in der »Deutschen Tribüne« veröffentlichte. Danach sollte der Verein zum Zentrum des geistigen Deutschlands werden, dem die »heilige Sache des Vaterlandes und der Völker am Herzen liegt«. Als Ziel proklamierte Wirth die »Wiedergeburt Deutschlands« und die »Organisation Europas« im »demokratischen Sinne, auf gesetzmäßigem Wege«. Das Resümee dieser Überlegungen faßte er zu folgender außenpolitischen These zusammen, die sich die spätere Pfälzer Emigration zum Grundsatz machen sollte:

»Sollen die Völker endlich die Freiheit erlangen, soll der Verarmung und dem Elende Europa's ein Ziel gesetzt werden, so muß Rußland von Preußen und Oesterreich durch ein demokratisch organisiertes Polen getrennt, das Übergewicht des preussischen und österreichischen Königs durch die Organisation eines deutschen Reiches, mit demokratischer Verfassung, aufgehoben, und eine europäische Staatengesellschaft durch ein treues Bündnis des französischen, deutschen und polnischen Volkes vorbereitet werden«¹⁸.

15 TREML (wie Anm. 10) S. 193.

16 Wirth schreibt dazu, daß er die Leitung der Zeitung nur nach folgender Übereinkunft übernommen habe: »Das »Inland« verfolge von heute an zum Theil eine veränderte Richtung, indem es die Handlungen der Staatsregierung nur insofern vertheidigen werde, als diese mit der Überzeugung des Redakteurs zusammentreffen.« Aus: Johann Georg August WIRTH, Denkwürdigkeiten aus meinem Leben, Emmishofen 1844, S. 140.

17 Cornelia FÖRSTER, Der Preß- und Vaterlandsverein von 1832/33. Sozialstruktur und Organisationsformen der bürgerlichen Bewegung in der Zeit des Hambacher Festes, Trier 1982, S. 20ff. In dieser jüngst erschienenen Dissertation wird erstmals die These, daß Wirth der verantwortliche Gründer dieses Vereins war, umgestoßen und werden die Umstände, die zu der Gründung dieses Vereins führten, überzeugend dargelegt.

18 J. G. A. WIRTH (Hg.), Deutschlands Pflichten, in: Deutsche Tribüne, Zur Wiedergeburt des Vaterlandes Nr. 29 (3. Februar 1832). Sein innenpolitisches Programm hatte er schon am 15. October 1831

Die Organisation des Vereins erfolgte durch ein Zentralkomitee, dem die drei Zweibrücker Advokaten Friedrich Schüler, Joseph Savoye und Ferdinand Geib vorstanden¹⁹. Später kam noch Daniel Pistor, der eine führende Rolle in der Burschenschaft »Germania« innegehabt hatte und damit die Verbindung zu der Studentenschaft schuf, hinzu²⁰. Die Mitglieder des Zentralkomitees wurden zu Zentralfiguren der folgenden Ereignisse und der späteren Pfälzer Emigration.

Die große Bedeutung des »Preß- und Vaterlandsvereins« liegt nämlich, neben der besonderen Rolle, die er beim Hambacher Fest spielte, darin, daß sich ein Zweigverein von ihm in Paris entwickelte; dies war insbesondere ein Verdienst von Joseph Savoye.

Savoye war Mitte Februar 1832 nach Paris gereist und hatte dort zusammen mit Hermann Wolfrum und Joseph Garnier einen bereits bestehenden Gesangverein in den »Deutschen Vaterlandsverein zur Unterstützung der freien Presse in der Rheinpfalz« (= Pariser Zweigverein) umgewandelt²¹.

Hermann Wolfrum, der wie Wirth aus Hof stammte und mit diesem verwandt war, wurde Präsident, während Joseph Garnier, ein Studienfreund von Savoye, die Annahme und Weiterleitung der monatlichen Beiträge nach Zweibrücken übernahm. Beide waren aus Begeisterung über die Julirevolution und dem daraus entstandenen Bedürfnis nach politischem Engagement diesem Verein beigetreten. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten daneben junge Kaufleute, Literaten, einzelne deutsche Emigranten und das erste Mal auch deutsche Handwerker, die in Paris arbeiteten.

Die beiden bekanntesten Mitglieder der Pariser Filiale waren die Schriftsteller Heinrich Heine und Ludwig Börne, die sich seit 1830 in Paris aufhielten. Durch Ludwig Börne, der sowohl in französischen wie deutschen Emigranten- und Handwerkerkreisen großes Ansehen genoß, gelang es Savoye, Kontakte zu französischen Republikanern zu schließen und gleichzeitig eine große Zahl neuer Mitglieder für den Verein zu gewinnen²². Neben deutschen Emigranten und Handwerkern schlossen sich ihm auch Polen an. Vertreter dieser Gruppen finden wir das erste Mal auf dem Hambacher Fest.

Einen ersten Höhepunkt der durch den »Preß- und Vaterlandsverein« geknüpften Verbindungen bildete das Hambacher Fest²³. Auf diesem Fest trafen das erste Mal

veröffentlicht. Da es als das der liberalen Opposition in der Pfalz gelten kann, sollen seine wichtigsten Thesen zitiert werden. Wirth forderte: »eine durchgreifende politische Reform, (...) Einführung einer gleichförmigen, constitutionellen Staatsverfassung in allen deutschen Ländern, Preßfreiheit, öffentliche Rechtspflege, gleichartige Gesetzgebung, Aufhebung aller Binnenzölle, Einführung der Nationalwehrverfassung, und vor allem eine gemeinsame deutsche National Repräsentation. (...)«. In: J. G. A. WIRTH (Hg.), Die deutsche Tribüne. Ein constitutionelles Tagblatt 105 (15. October 1831).

19 Zu Savoye: Edgar Süß, Die Pfälzer im »Schwarzen Buch«, Heidelberg 1956, S. 111.

20 Ibid. S. 102.

21 Über die Reise Savoyes: Bericht von Andrian v. 29. 2. 1832, GS 131, Nr. 4692; zu Hermann Wolfrum: J. GRANDJONC, Mémoires d'un artisan allemand à Paris (1830-34), in: Cahiers historiques 3 (1970) S. 243-257; Joseph Garnier, in: SCHIEDER (wie Anm. 7) S. 15.

22 BAUMANN (wie Anm. 3) S. 114 ff.

23 Baumann führt den Vorschlag, eine große Volksversammlung zu veranstalten, einmal auf eine Einladung der »Speyerer Zeitung« Kolbs zurück, die am 18. April erschien und zu einem loyalen und königstreuen »Konstitutionsfest« aufrief, das am 26. Mai, dem Gedenktag der bayerischen Verfassung unter dem Vorsitz der rhein-bayerischen Landtagsabgeordneten auf dem Hambacher Schloß stattfinden sollte. Daneben zitiert er den Neustadter Arzt Dr. Hepp, der am 15. November 1832 vor dem Untersuchungsrichter aussagte, daß der erste Plan des Hambacher Festes im Schoße der Stadt Neustadt

Elsässer, Polen und deutsche Emigranten wie Ludwig Börne, als Vertreter des Pariser Zweigvereins, Harro-Harring und Rauschenplatt, die im Elsaß lebten, mit den dort versammelten deutschen Oppositionellen zusammen. Da die unterschiedlichen Positionen, wie sie auf dem Hambacher Fest hervortraten, für das politische Verständnis der Emigranten wichtig wurden, soll nun kurz auf die zwei wichtigsten eingegangen werden.

So sprach sich Georg August Wirth für die deutsche Einheit auf nationaler Ebene aus, die endgültige Entscheidung, ob Republik oder Monarchie, wollte er der Abstimmung des Volkes überlassen. Dagegen wehrte er sich gegen jegliche fremde Einmischung, vor allem von seiten Frankreichs, dem er vorwarf, »seine Begierde nach dem linken Rheinufer« nicht vergessen zu können. Nur den Republikanern, besonders der »Société des amis du peuple« billigte Wirth »reinere patriotische Grundsätze« und ein geringeres Interesse an der Eroberung der Rheingrenze zu. Doch glaubt er, daß auch sie (er nennt sie das kleine Häuflein hellsehender Kosmopoliten) dem »allgemeinen Nationalwunsche« letztendlich nicht widerstehen könnten²⁴.

In einer Gegenrede gegen diese Anschuldigungen Wirths bestritt der Straßburger Journalist Lucien Rey, der ein Vertreter der »Société des amis du peuple« war²⁵, daß Frankreich als Preis die Pfalz erhoffe. Seiner Meinung nach wolle es nur die »heilige Allianz der Völker gegen die Könige«, da diese allein die Schranken gegen die Völker errichtet hätten. Daher sprach er sich zunächst für eine Allianz mit Deutschland aus, um alle »Barrieren, die die Könige zwischen diesen beiden Ländern zu beiderseitigem Unglück errichtet hätten, zu beseitigen«²⁶. Diese Argumente werden wir später bei Joseph Savoyes Rechtfertigung für sein Engagement während des Pfälzer Aufstandes 1849 finden. Ebenso finden wir diese Ansicht bei den deutschen Emigranten aus Frankreich, die in der Pfalz und in Baden mitkämpften.

Neben den unterschiedlichen Standpunkten gegenüber Frankreich gab es auch verschiedene Auffassungen über den späteren deutschen Nationalstaat innerhalb der pfälzischen Opposition. Während sich Wirth und Siebenpfeiffer über die endgültige Entscheidung, ob Republik oder konstitutionelle Monarchie flexibler zeigten und

entstanden sei: aus BAUMANN (wie Anm. 3) S. 52. Kolb dagegen schreibt, daß die ursprüngliche Idee von geschäftstüchtigen Wirten stamme: KOLB (wie Anm. 12) S. 63. Organisiert wurde das Fest nach Wirths Angaben von 34 Bürgern aus Neustadt an der Haardt und Umgebung. Es waren: Ph. Abresch, Ökonom, S. Baader, Weinhändler, Blaufus, Geschäftsmann, Ph. Christmann, Buchhändler, F. Deidesheimer, Kaufmann... Sie waren alle Mitglieder des Preß- und Vaterlandsverein: J. G. A. WIRTH, Das Nationalfest der Deutschen zu Hambach, Neustadt a./H. 1832, S. 4f. Literatur zum Hambacher Fest: Johann Adam BREIN, Das Hambacher Fest. Eine Bibliographie (Pfälzisches Museum, Jahrgang 1932); J. G. A. WIRTH, Die politische Reform Deutschlands. Noch ein dringendes Wort an die deutschen Volksfreunde, Straßburg 1832; BAUMANN (wie Anm. 3); FÖRSTER (wie Anm. 17); Joachim KERMANN, Das Hambacher Fest, Speyer 1981 (Texte zur Landesgeschichte 8).

24 J. G. A. WIRTH, Das Nationalfest, 1832 (wie Anm. 23) S. 43f.

25 Außer Lucien Rey kamen Marsano, Hornus, Stamler, Rieth, die beiden Gastwirte Schützenberger und Hatt, Müller und Lips als Abordnung der Straßburger »Société des amis du peuple« zum Hambacher Fest. Vorsitzender des Vereins war Louis Liechtenberger, der diesen zusammen mit Martin Schneegans, Wernert, Schneider, Jodis, Roederer und Stoeber leitete: Felix PONTEIL, L'Opposition politique à Strasbourg sous la Monarchie de Juillet 1830-1840, Paris 1932, S. 268-272. Zur »société des amis du peuple«: Gabriel PERREUX, Au temps des sociétés secrètes. La propagande républicaine au début de la Monarchie de Juillet, Paris 1931; Georges WEILL, L'Histoire du parti républicain en France de 1814 à 1870, Paris 1900.

26 J. G. A. WIRTH, Das Nationalfest (wie Anm. 23) S. 53.

diese der Abstimmung des Volkes überlassen wollten, sprachen sich radikalere Teilnehmer, unter ihnen vor allem Daniel Pistor, ein Mitglied des Zentralkomitees des »Preß- und Vaterlandsvereins«, explizit für eine Republik aus²⁷.

Nach dem Hambacher Fest waren Savoye, Schüler und Pistor nach Straßburg geflohen. Ihnen blieb, wie vielen Gesinnungsgenossen, die sich durch ihre Teilnahme am Hambacher Fest verdächtig gemacht hatten, nur das Elsaß als vorläufiger Zufluchtsort. Dort warteten sie die Maßnahmen der bayerischen Regierung ab. Diese hatte zunächst gelassen reagiert, da die Forderungen von Hambach viele Sympathisanten innerhalb der Beamtenschaft hatten. Erst durch Metternich wurden Bedeutung und angeblich revolutionäre Tendenz hochgespielt, was die bayerische Regierung zur Reaktion zwang. So wurde den Hauptteilnehmern des Festes der Prozeß gemacht. Er verzögerte sich um ein Jahr, erst danach hatte man alle Personalveränderungen am Appellationsgericht abgeschlossen. Angeklagt wurden 13 Personen, darunter Wirth, Siebenpfeiffer, die Advokaten Schüler, Savoye, Geib und Pistor. Die Anklage lautete auf Provokation zur Empörung und zum Umsturz der Regierung. Den Advokaten wurde vorgeworfen, als Vorstände des Preßvereins tätig gewesen zu sein²⁸.

Wirth und Siebenpfeiffer wurden zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Siebenpfeiffer gelang es, aus dem Gefängnis auszubrechen und in die Schweiz zu flüchten²⁹. Die ebenfalls angeklagten Schüler, Savoye und Pistor hatten den Prozeß vom Ausland aus verfolgt. Sie waren in einem Abwesenheitsverfahren, das den Rechtsschutz der Angeklagten stark einschränkte, am 29. August 1833 verurteilt worden, Savoye und Schüler zu zehnjähriger Landesverweisung mit anschließender zehnjähriger Polizeiaufsicht und Verlust der Ehrenrechte, Pistor zu einem Jahr Gefängnis³⁰. So wurde Frankreich zum Ausgangspunkt ihrer weiteren politischen Tätigkeit.

2. Flucht nach Frankreich

In Straßburg konnten die Pfälzer auf ihre Kontakte, die sie auf dem Hambacher Fest mit Vertretern der »Société des amis du peuple« geschlossen hatten, aufbauen. Durch sie gewannen sie auch die Verbindung zu den führenden Mitgliedern der »Société des amis du peuple«. So setzten sich die Advokaten Liechtenberger, Valentin Schneegans und Gottlieb Stoeber dafür ein, daß ihnen und anderen intellektuellen Emigranten entweder eine Aufenthaltsgenehmigung für Straßburg erteilt oder, wenn eine solche vorhanden war, diese verlängert wurde³¹.

Die begonnene Mobilisierung und Information der deutschen Bevölkerung versuchten die Emigranten von Straßburg aus mit Schriften und Broschüren fortzusetzen. Hier waren ihre Verbindungen zu der elsässischen Zeitung »Courrier du Bas-Rhin«, dessen Besitzer Silbermann ebenfalls Mitglied der »Société des amis du peuple« war, von großer Bedeutung, denn dieser veröffentlichte jederzeit Aufrufe und Bekanntmachungen³².

27 Johannes BÜHLER, Das Hambacher Fest, Ludwigshafen, S. 47f.

28 KOLB (wie Anm. 12) S. 81.

29 Ibid. S. 83f.

30 BAUMANN (wie Anm. 3) S. 138f.

31 PONTEIL (wie Anm. 25) S. 275.

32 WILTBERGER (wie Anm. 1) S. 52f.

Daneben war der Buchhändler G. L. Schuler in Straßburg (Gewerbslaubenstraße) ein Sympathisant der Emigranten. In seinem Verlag wurden ebenso wie von den Straßburger Buchhändlern Heinz, Levrans, Schmitt und Silbermann eine große Anzahl der Emigrationsflugschriften gedruckt³³. Gerade diese Zusammenarbeit ermöglichte die Realisierung ständig wechselnder Zeitschriften- und Zeitungsprojekte, an denen sich vor allem die emigrierten Intellektuellen beteiligten. Zeugnis bot die vergleichsweise hohe Anzahl neu gegründeter und herausgegebener Zeitungen³⁴.

Der Transport der Emigrationsschriften nach Deutschland wurde äußerst raffiniert organisiert. So bildeten sich unter Mithilfe französischer und deutscher Beamter illegale Verteilungszentren in Grenznähe. Dabei spielte der Vater von Daniel Pistor eine wichtige Rolle. Als Posthalter hatte er weitgehend den Grenzverkehr zu kontrollieren. Er benutzte diese Stellung, um einerseits politische Flüchtlinge über die Grenze zu bringen und andererseits bei seinen Besuchen in Straßburg illegale Flugschriften in die Pfalz mitzunehmen³⁵.

Auch der Bruder von Joseph Savoye sorgte für den Transport der Emigrationschriften. Als Weinhändler in Trier setzte er seine Geschäftsverbindungen für die Emigranten ein und hielt ihren Briefverkehr zu Gesinnungsgenossen in der Heimat aufrecht³⁶.

Gerade in der ersten Zeit waren die pfälzischen Emigranten sehr aktiv. So wirkte Daniel Pistor, kurz nach seiner Flucht, von Saargemünd aus weiter für die Hambacher Ziele. Er gab den »Zweibrücker Allgemeinen Anzeiger« (ab 1. Juli »Zweibrücker Zeitung«) als Preßvereinsorgan heraus. Nach dem endgültigen Verbot des Vereins und seiner Verurteilung ging er nach Straßburg, um in dem oben beschriebenen Sinn zu wirken. Doch wies ihn die französische Regierung, deren Ziel es war, Emigranten von politisch brisanten Gebieten wie Paris, Lyon und den Grenzdepartements fernzuhalten, nach Dijon aus³⁷. Daniel Pistor studierte dort Medizin. Ende 1834 kam er nach Paris, ohne sein Studium abgeschlossen zu haben. Dort versuchte er sich mit der Herausgabe der Zeitung »Le Monde«, die seit dem 18. November 1836 in Paris erschien, wieder in das politische Leben einzuschalten und für einen Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich zu wirken. Trotz so bekannter Mitarbeiter wie Lamennais und George Sand ging die Zeitung schon ein Jahr später, am 1. November 1837, unter unerfreulichen Umständen zugrunde. Weitere Zeitungspläne, die Pistor mit dem ehemaligen preußischen Offizier Adalbert von Bornstedt, der als Spion für den österreichischen und preußischen Geheimdienst einen äußerst schädigenden Einfluß innerhalb der deutschen Emigration ausübte, plante, konnten nicht realisiert werden. So zog sich Pistor aus dem politischen Leben zurück und begann in Straßburg ein neues Jurastudium. Dieses schloß er 1841 mit einer Doktorarbeit ab. Danach ließ er sich in Metz nieder. Dort wurde er zu einem angesehenen Rechtsanwalt, der sich vor

33 Karl GLOSSY, *Literarische Geheimberichte aus dem Vormärz*, Wien 1912 (Jahrbuch der Grillparzer-Gesellschaft, 20. Jahrgang) Anmerkungsteil S. 19.

34 J. GRANDJONC, *Marx et les communistes allemands à Paris*, Paris 1974, S. 2; DERS., *La Presse de l'émigration en France (1795–1848) et en Europe (1830–1848)*, Bonn-Bad Godesberg 1970 (Archiv für Sozialgeschichte, Hannover, ab 1972 Bonn-Bad Godesberg, X) S. 95–152.

35 BAUMANN (wie Anm. 3) S. 137.

36 Ibid. S. 144f.

37 WILTBERGER (wie Anm. 1) S. 11, 39.

allem als Spezialist für politische Prozesse einen Namen machte. Für die politische Bewegung der Emigration engagierte er sich nicht mehr³⁸.

Auch Friedrich Schüler machte eine ähnliche Entwicklung durch. Zunächst hatte er sich ebenfalls innerhalb der politischen Emigration stark engagiert. In Agentenberichten galt er sogar als Haupt der Verschwörerkreise, vor allem in Metz, und als äußerst gefährlich³⁹. In dieser Zeit wechselte er ständig seinen Wohnsitz zwischen Metz (er hatte bei St. Ruffine ein Landgut) und Paris⁴⁰. Er wurde gerade in den Emigrationskreisen, in denen er vor allem zu Börne eine nahe Beziehung hatte, als einer der bedeutendsten Emigranten betrachtet. Doch trat er nach dem Tode Börnes am 12. Februar 1837 kaum mehr in den deutschen Vereinen hervor, auch in Zusammenhang mit französischen Vereinen und Vorgängen wird er nicht mehr erwähnt. Wahrscheinlich zog er sich in den 40er Jahren auf sein Gut in St. Ruffine zurück, das immer wieder als Treffpunkt von deutschen Oppositionellen, die nach Frankreich kamen, genannt wurde. Erst nach der Märzrevolution 1848 in Deutschland trat er als Abgeordneter der Pfalz im Frankfurter Parlament wieder hervor.

Ganz anders verlief das Leben von Joseph Savoye in Frankreich. Er ist als Protagonist zu betrachten, und zwar aus folgenden Gründen: Savoyes Weg in Frankreich erscheint zum einen exemplarisch für die Möglichkeit der Eingliederung eines deutschen Emigranten im Ausland und zum anderen als Ausnahmefall, da er der einzige intellektuelle Pfälzer war, der sich sowohl in deutschen Emigrantenkreisen als auch innerhalb der republikanischen Opposition in Frankreich politisch integrieren konnte. Savoye kam Ende 1832 nach Paris und begann, sich in der dortigen Pariser Filiale des deutschen »Preß- und Vaterlandsvereins« verstärkt zu engagieren. Durch seine Mitarbeit gewann der Verein wieder an Ansehen. Auch in dieser Phase beschränkte sich der Verein ausschließlich auf das Drucken von Broschüren und Flugschriften⁴¹.

Dies änderte sich erst mit der Umwandlung des Zweigvereins in den »Deutschen Volksverein«. Die Gründe für diese Neuorganisation waren einmal die Auflösung des deutschen »Preß- und Vaterlandsvereins« und zum anderen eine Gesetzesänderung, die die französischen Vereine in ihrer Aktivität einschränken sollte. Nach diesem Gesetz, das am 24. Januar 1832 verabschiedet wurde und auch für die Emigrantenvereine gelten sollte, wurde die schon vorhandene Beschränkung, die Vereine mit mehr als 20 Mitgliedern, nach Art. 291 des Code pénal, von einer obrigkeitlichen Ermächtigung abhängig machte, auch auf solche mit weniger als 20 Personen ausgeweitet⁴². Als die Repressionen der französischen Regierung aufgrund von neuen republikanischen Unruhen stärker wurden, wandelte sich der »Deutsche Volksverein« in den »Bund der Geächteten«, später in den »Bund der Gerechten« um⁴³.

Savoye blieb in beiden Mitglied, doch wurde seine Stellung in beiden Vereinen durch die Bedeutung der Handwerker in den Hintergrund gedrängt. Wahrscheinlich aus finanziellen Gründen begann Savoye 1834, Vorlesungen über deutsche Literatur

38 BAUMANN (wie Anm. 3) S. 139, 142ff., 175–180.

39 GLOSSY (wie Anm. 33) S. 163 f.

40 BAUMANN (wie Anm. 3) S. 137, 140.

41 FÖRSTER (wie Anm. 17) S. 158 f.

42 PERREUX (wie Anm. 25) S. 65; SCHIEDER (wie Anm. 7) S. 15.

43 SCHIEDER (wie Anm. 7) S. 156–159; PERREUX (wie Anm. 25) S. 312–327.

in einem Saale der Rue de Richelieu und im Collège Louis-le-Grand zu halten. Sie waren äußerst gut besucht⁴⁴. Die Erfahrungen, die er dabei gewann, baute er zu einer Methode für das autodidaktische Erlernen der deutschen Sprache aus⁴⁵.

Als Sprachlehrer unterrichtete Savoye auch die Frau Ledru-Rollins, und diese Bekanntschaft wurde für sein weiteres Leben schicksalhaft⁴⁶. Durch sie lernte er Ledru-Rollin kennen, dessen persönlicher Freund und politischer Weggefährte er wurde. Ledru-Rollin nahm Savoye in den Kreis der republikanischen Oppositionellen, die sich um ihn zu gruppieren begannen, als politischen Freund und Mitarbeiter auf.

Politische Bedeutung für ein größeres Publikum gewann Ledru-Rollin durch sein Wahlmanifest vom 23. Juli 1841⁴⁷. Dieses Wahlmanifest stellte einen entscheidenden Faktor für den politischen Aufstieg der französischen Republikaner dar und übte durch die politische Nähe Savoyes zu Ledru-Rollin auch seine Wirkung auf die Pfälzer Emigranten aus.

3. Wiedererstarken der französischen Republikaner unter Ledru-Rollin

Wichtigste Forderung war darin eine Reform des Wahlrechtes, das zu einem allgemeinen Wahlrecht ausgebaut werden sollte, verbunden mit einer Parlamentsreform. Beide Reformen stellten für ihn das beste Mittel dar, dem Volk eine demokratische Regierungsform mit gleichen politischen Rechten zu garantieren. Beide Reformen erschienen ihm notwendig, aber auch ausreichend, um dringende soziale Reformen durchzusetzen⁴⁸. Diese konnten jedoch nur in einer Republik verwirklicht werden, da sie allein die Volkssouveränität als oberstes Prinzip anerkannte.

Drei große Sozialreformen sollten die Lage der Arbeiter verbessern:

1. eine durchgreifende Steuerreform,
2. die Reform des Militärdienstes, der vor allem die ärmeren Schichten benachteiligte, die sich im Unterschied zu den Privilegierten keinen Ersatzmann leisten konnten, der an ihrer Stelle hätte eingezogen werden können.
3. Verbesserung des Lohnverhältnisses, die Löhne sollten vom Staat entweder insgesamt angehoben werden oder den notwendigen Bedürfnissen angepaßt werden⁴⁹.

44 AE Corr. politique Allemagne 804, Bericht Chasseloup-Laubats, Francfort le 9. Mars 1846, S. 30; BAUMANN (wie Anm. 3) S. 148 ff.

45 Henri-Charles-Joseph SAVOYE, Cours de langue allemande, d'après la méthode de Robertson avec des exercices gradués... formant un cours de thèmes et de versions par Joseph Savoye, 1^e édition 1843; 5^e édition Paris 1856.

46 Karl BLIND, Die badisch pfälzische Gesandtschaft in Paris im Jahre 1849, in: Die Gartenlaube, Illustriertes Familienblatt, Halbheft 31 (1902) S. 866; BAUMANN (wie Anm. 3) S. 150.

47 BN Le⁵⁴. Alexandre-Auguste LEDRU-ROLLIN, Discours prononcé par M. Ledru-Rollin devant les électeurs du 2^e collège du Mans, le 24. juillet 1841; Le⁵⁴. 1397. Profession de foi de M. Ledru-Rollin, élu à l'unanimité moins 3 voix successeur de Garnier-Pagès (23. Juillet 1841) Paris 1841: »C'est assez dire qu'un système deshonoré, rongé par la corruption a fait son temps. Pour le changer, la réforme électorale est le premier pas à faire il la faut radicale. Que tout citoyen soit électeur, que le député soit l'honneur de la nation, non de la fortune«.

48 Stanislas MITARD, Les Origines du radicalisme démocratique, l'Affaire Ledru-Rollin, Paris 1952, S. 56.

49 LEDRU-ROLLIN, Discours (wie Anm. 47); MITARD (wie Anm. 48) S. 46–51.

Dieses Wahlmanifest, das gleichzeitig als politisches Glaubensbekenntnis von Ledru-Rollin zu werten ist, war ganz im Stil von Félicité de Lamennais »Paroles d'un croyant« gehalten⁵⁰.

Ähnlich wie Lamennais leitete auch Ledru-Rollin Rechte und Ansprüche der ärmeren Klasse von ihrem göttlichen Ursprung ab. Aus diesem gleichen Ursprung resultierten die gleichen politischen Rechte. Da sie nach Ansicht Ledru-Rollins dem Volke vorenthalten wurden, wollte er sie zusammen mit der Verbesserung der sozialen Lage erkämpfen.

Dieses Wahlmanifest wollte Ledru-Rollin im Gegensatz zu Lamennais ausschließlich auf das französische Volk angewendet wissen. Denn Lamennais hatte eine »Völkerfamilie« beschworen, die durch die gleichen Rechte und Gesetze verbunden war⁵¹. Oberstes Gesetz dieser »Völkerfamilie« war das Gesetz Gottes, das Gesetz des Rechtes und der Barmherzigkeit und vor allem das Gesetz der Freiheit. Der Kampf um diese allgemeingültigen Gesetze wurde gleichsam ins mystische transponiert zu einem »heiligen Kampf«. Die Kämpfer, die für diese Sache eintraten, wurden damit zu Auserwählten erhoben, weil sie nach Lamennais für eine »heilige Sache« kämpfen würden⁵². Diese Vorstellung und der Anspruch, für eine heilige Sache zu kämpfen, fand sich in der Folgezeit vor allem bei den Mitgliedern der verschiedenen Emigrantengruppen und bei Republikanern aller Schattierungen. Vor allem die deutschen Emigranten identifizierten sich mit den Ideen und Forderungen von Lamennais. Seine Schriften wurden in den Handwerksvereinen zur wichtigsten Lektüre⁵³. Auch hier zeigt sich wieder die Verbindung zu den französischen Republikanern.

In Ledru-Rollin, der die Vorstellungen Lamennais für sein politisches Glaubensbekenntnis verwandte, trat nun der Politiker in den Vordergrund, dessen politische Linie auch für die deutschen Emigranten akzeptabel werden konnte. Wie sehr Ledru-Rollin mit seiner Rede die Stimmung der damaligen Zeit traf, zeigt sein Wahlergebnis. Er wurde bei 127 Wahlberechtigten von 123 zum Abgeordneten von Le Mans gewählt⁵⁴.

Mit diesem Manifest plazierte sich Ledru-Rollin in die vordere Reihe der Republikaner. Seine Faszination, die er auf die Arbeiter und, wie wir noch sehen werden, auch auf einzelne deutsche Emigranten auszuüben begann, resultierte aus dieser geschickten Verbindung von konkreten Reformvorschlägen und religiösen Grundidealen. Größere Verbreitung fanden diese Ansichten und Thesen in der von Ledru-Rollin und Godefroy Cavaignac 1843 gegründeten Zeitung »La Réforme«.

Zunächst aber ist im Hinblick auf die Verbindung zwischen den französischen Republikanern und den pfälzischen Emigranten folgende Tatsache wichtig: Joseph Savoye wurde Mitarbeiter dieser Zeitung! Als Mitarbeiter der französischen Zeitung

50 Literatur zu Lamennais: Jean LEBRUN, *Lamennais ou l'inquiétude de la liberté*, Paris 1981, Peter N. STEARNS, *Priest and revolutionary. Lamennais and the dilemma of French catholicism*, New York 1967; René BOUVARD, *Drame de conscience. Le caractère et l'évolution religieuse de Lamennais*, Paris 1961; François TULOUP, *Lamennais et son époque. Sa vie, son œuvre, son influence, son prophétisme*, Dinan 1961.

51 Félicité Robert LAMENNAIS, *Paroles d'un croyant*, Paris 1973, S. 90.

52 Ibid. S. 52.

53 SCHIEDER (wie Anm. 7) S. 227–239.

54 MITARD (wie Anm. 48) S. 41.

»La Réforme« bot sich Savoye die Möglichkeit, die Ziele und Hoffnungen der Emigranten einem breiteren französischen Publikum bekanntzumachen.

Wie sehr die Anteilnahme am Schicksal der Emigranten in das Gedankengut der Zeitung eingedrungen war, zeigte sich nach der Februarrevolution. Da Savoye als Mitarbeiter der »Réforme« auch Anhänger und Befürworter ihres politischen Konzeptes war, soll dieses ebenfalls genauer dargestellt werden.

Schon der Titel der Zeitung wies auf das große Thema dieser Zeit hin. Gefordert wurde eine Parlaments- und Wahlreform als erste Voraussetzung für eine soziale Reform⁵⁵. Die Zeitung wurde von einem Komitee geleitet, dem Ledru-Rollin, Louis Blanc, Etienne Arago, Baune, Dupoty, Felix Avril, Ferdinand Flocon, Ribeyrolles, Guinard, Joly, Lemasson, Lessere, Felicité de Lamennais, Schoelcher, Pascal, Duprat, Recurt und Vallier angehörten⁵⁶. Einige der Mitarbeiter waren schon Mitglieder der »Société des amis du peuple« und der »Société des Droits de l'homme«. Die Hauptredakteure der Zeitung, zuerst Godefroy Cavaignac, nach ihm Ferdinand Flocon und Ribeyrolles, hatten sogar führende Rollen in beiden Vereinen innegehabt.

Louis Blanc, der seit 1839 Chefredakteur der »Revue du Progrès politique, sociale et littéraire« war, entwarf das Programm der »Réforme«⁵⁷. Durch ihn wurde die »Réforme« zum Organ gemäßigt sozialistischer Thesen. Große Popularität erlangte sein Werk »L'Organisation du Travail«. Grund dafür war sein System, indem er vorschlug, daß der Staat Arbeiterassoziationen mit Hilfe von Staatskrediten finanzieren und als deren oberster Leiter fungieren sollte. Die Statuten dieser Gesellschaften sollten ebenfalls vom Staat entworfen werden und sollten Gesetzeskraft erlangen. Der Lohn für die Arbeiter sollte im ersten Jahr von der Regierung festgesetzt werden, danach von den Arbeitern selbst.

Ein Drittel des erarbeiteten Nettogewinns war für die Löhne gedacht, das zweite für die Unterstützung von alten Arbeitern, Kranken und Schwachen und für die Überwindung von Krisen in anderen Industriezweigen. Der dritte Teil des Gewinns sollte für den Kauf von Werkzeugen dienen. Mit diesen Arbeiteranstalten hoffte Louis Blanc, die Konkurrenz zwischen den einzelnen Industriebetrieben auszuschalten und dadurch den Arbeitern eine Verbesserung ihrer sozialen wie moralischen Lage zu ermöglichen.

Dieses hier kurz skizzierte Programm war ideologisch auf den Einfluß der Saint-Simonisten zurückzuführen, zeichnete sich jedoch durch seine Praxisnähe aus und gewann dadurch große Popularität innerhalb der Arbeiterschicht⁵⁸. Zu ihrem Sympathisantenkreis zählten auch die deutschen Handwerker, die sich, wie ihre französischen Arbeitskollegen, von einem solchen Programm die Lösung ihrer Arbeitsprobleme erhofften. Auch die Führer der früheren französischen Geheimgesellschaften, die von Marx als »Berufsrevolutionäre« bezeichneten Republikaner Marc Caussidière, Chenu und Albert, fanden sich in den Reihen der »Réforme«⁵⁹. So bildete die Zeitung »La Réforme« – neben der Zeitung »Le National« – mit ihren Mitarbeitern

55 WEILL (wie Anm. 25) S. 146.

56 LOUIS BLANC, Histoire de dix Ans 1830–1840, Tome IV, Bruxelles 1850, S. 76.

57 MITARD (wie Anm. 48) S. 76.

58 LOUIS BLANC, Organisation der Arbeit, übersetzt von Paul Oesterreich, in: Dokumente der Menschheit 10, München 1919, S. 26f.

59 KARL MARX, FRIEDRICH ENGELS, Werke Band 7 (Rezensionen MEW 7) Berlin/Ost 1960, S. 275.

und Anhängern aus verschiedenen sozialen Schichten alle Voraussetzungen einer organisierten Partei⁶⁰. Durch Ledru-Rollin, der ihre Ziele als Abgeordneter vor der Nationalversammlung vertrat, war auch die parlamentarische Verbindung gegeben⁶¹. Beide Zeitungen schufen den französischen Republikanern die Voraussetzung, ihre Reformforderungen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Eine zusätzliche Möglichkeit für deren Ausbreitung boten seit 1847 die Reformbankette.

Das erste Bankett, das als Bankett »du Château-Rouge« bekannt wurde, fand am 9. Juli 1847 statt⁶². Ihm folgten 51 Bankette in 28 Departements. Ihre eigentliche Bedeutung für die Sache gewannen diese Bankette, als sich Ledru-Rollin und mit ihm seine Anhänger für sie zu engagieren begannen⁶³. Zusammen mit Flocon warb Ledru-Rollin zunächst für eine Wahl- und Parlamentsreform. Daneben beschrieb Ledru-Rollin in seinen Reden das Elend der Arbeiterklasse und forderte Sozialreformen und Sozialgesetze⁶⁴.

Diese Forderungen waren gerade zu diesem Zeitpunkt so aktuell, da noch immer die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die Ende 1846 ausgebrochen war, in Frankreich zu spüren waren. Ausgelöst hatte diese Wirtschaftskrise eine insgesamt katastrophale Ernte. Für die Bevölkerung besonders negativ wirkte sich dabei die schlechte Getreideernte aus. Die Angst vor einer allgemeinen Hungersnot und Spekulationen trieben die Brotpreise in die Höhe. Vor allem die sozial schwachen Arbeiter konnten die steigenden Brotpreise immer weniger bezahlen. So lösten die steigenden Brotpreise in größeren Städten und einigen Departements Unruhen aus. Im Mai 1847 wurden die Bäckereien in Lille und in Paris, im Faubourg Saint-Antoine, geplündert. Zu bäuerlichen Unruhen kam es im Haut-Rhin, in Mulhouse, Sainte-Marie-aux-Mines und Thann⁶⁵. Doch erst nachdem das soziale Unruhepotential durch die Reformbankette mit gezielten politischen Forderungen verbunden wurden, entwickelte sich daraus eine Eigendynamik, die schließlich in die Februarrevolution mündete. Mit der Schießerei am »Boulevard des Capucines« am 23. Februar 1848 war jedoch das Schicksal der Julimonarchie entschieden⁶⁶. In der Nacht vom 23. auf den

60 Philippe VIGIER, *La monarchie de Juillet* (coll. Que sais-je? 4^e édition 1976) Paris 1976, S. 84.

61 Alvin Rosenblatt CALMAN, *Ledru-Rollin and the Second French Republic*, New York 1922. Zu Ledru-Rollins Stellung in der »Réforme« S. 20: »Ledru's connection with the journal was fourfold, he was its representative in the Chamber of Deputies and received from it unqualified support and fulsome praise; he was on the directing board and helped determine the general policy of the newspaper, he wrote articles for it – of course all his utterances in or out of the Chamber were published verbatim, but he was also the author of many unsigned essays and of several manifestoes; he was its banker for the periodical never was a financial success and Ledru-Rollin, impoverished himself supplying funds to maintain its propaganda.«

62 Die Initiative für diese Bankette war von der parlamentarischen Opposition um Odilon Barrot ausgegangen. Hierzu: VIGIER (wie Anm. 60) S. 122; André-Jean TUDÉSQ, *Les Grands Notables en France 1840–1849*, Bd. 2, Bordeaux 1964, S. 910.

63 WEILL (wie Anm. 25) S. 202.

64 Ibid. S. 203 f.

65 Marc CAUSSIDIÈRE, *Mémoires de Caussidière, ex-préfet de police et représentant du peuple*, Bd. 1, Paris 1850, S. 12; TUDÉSQ (wie Anm. 62) S. 926 f., 964 f.; André JARDIN, André-Jean TUDÉSQ, *La France des notables, 1. L'évolution générale 1815–1848* (Nouvelle histoire de la France contemporaine 6) Paris 1973, S. 235 f. Sie bieten eine knappe, übersichtliche Darstellung der wirtschaftlichen Zusammenhänge.

66 Lucien de la HODDE, *La Naissance de la République*, Paris 1849, S. 50. Über den unmittelbaren Anlaß, der zu dieser Schießerei geführt hat, gehen die Meinungen von Zeitgenossen und Historikern bis heute

24. Februar wurden über ganz Paris verstreut Barrikaden errichtet. Von diesem Zeitpunkt an begannen sich auch die Mitglieder der noch existenten Geheimgesellschaften am Kampfgeschehen zu beteiligen. In ihren Reihen kämpften auch die deutschen Emigranten mit. Ihnen gelang es, zusammen mit den Arbeitern des Faubourgs und den Studenten der Polytechnik den Aufstand zu koordinieren⁶⁷. Zu ihrem endgültigen Sieg führte jedoch die Unentschlossenheit des Königtums⁶⁸. Zu der Passivität des Königs kam noch die seiner engsten Berater hinzu, die später bekannten, von den Ereignissen überrascht worden zu sein und konfus gehandelt zu haben⁶⁹. Sie empfahlen Louis Philippe die Abdankung zugunsten seines Enkels, des Grafen von Paris, um das Königtum zu retten, welche am 24. Februar von Louis Philippe angenommen wurde⁷⁰.

Endgültig entschieden wurde das weitere Geschehen in der Nationalversammlung. Dort setzten sich Alphonse de Lamartine und Ledru-Rollin mit ihrem Vorschlag für eine provisorische Regierung durch⁷¹. Die Namensliste, die von Ledru-Rollin unter Assistenz des Stenographen der Zeitung »Le Moniteur«, um das Verfahren zu legitimieren, vorgelesen wurde, wurde angenommen. Sie bestand aus Dupont de l'Eure, Arago, Lamartine, Ledru-Rollin, Garnier-Pagès, Cremieux und Marie⁷². Hier zeigte sich, wie tief die französischen Republikaner mit ihren sozialen Theorien und Reformvorstellungen in das Bewußtsein der Bevölkerung vorgedrungen waren. Deren Programm sollte die Grundlage für die zukünftige Regierung bilden. Gleichzeitig war damit die Regierungsform vorgegeben. Die provisorische Regierung konstituierte sich als Republik.

Am 25. Februar wurde sie als II. Republik feierlich proklamiert. Der Aufruf, der von Lamartine redigiert worden war, rief die Franzosen in revolutionärem Pathos dazu auf, der Welt das Beispiel zu geben, das Paris Frankreich gegeben hatte. Zu Grundprinzipien der neuen Regierung sollten Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit werden⁷³. In diese idealistischen und humanitären Vorstellungen waren auch die Emigranten miteinbezogen. Nun zeigte sich, wie stark sich die französischen Republikaner mit ihnen solidarisierten. »Italiens, Allemands, Espagnols, vous tous qui dans votre impatience donnâtes, le signal avant l'heure, nous Français avons partagé vos vœux et votre espoir, nos entretiens fraternels ont adouci pour vous les

auseinander. Nur de la Hodde spricht von einer planmäßig durchgeführten Provokation der Soldaten, die zur Bewachung des Außenministeriums abkommandiert worden waren, während Daniel Stern die Ursache in folgendem Mißverständnis zu finden meint: Auf Befehl des Kommandanten de Bretonne, das Bayonnett zu fällen, löste sich ein Schuß und verwundete einen Soldaten. Die übrigen Soldaten glaubten, dieser Schuß sei das Signal zum allgemeinen Kampf und schossen in die unbewaffnete Menge. Dazu: Daniel STERN (Mme d'Agoult), *Histoire de la révolution de 1848*, Bd. 1, Paris 1850–1853, S. 137ff.

67 Pierre LA GORCE, *Histoire de la Seconde République Française*, Bd. 1, Paris 1914, S. 60f.; HODDE (wie Anm. 66) S. 76; STERN (wie Anm. 66) S. 162.

68 TUDESQ (wie Anm. 62) Bd. 2, S. 966; LA GORCE (wie Anm. 67) Bd. 1, S. 63.

69 Philippe VIGIER, *La Seconde République* (coll. Que sais-je? 3^e édition 1975) Paris 1975, S. 63.

70 Ibid. S. 8.

71 Alexis de TOCQUEVILLE, *Souvenirs XII, Œuvres complètes*; Paris 1964, S. 71 f.

72 STERN (wie Anm. 66) S. 229–231; HODDE (wie Anm. 66) S. 95.

73 *La Réforme*, Vendredi 25 Février 1848.

rigueurs de l'exil, et, vous le savez tous, amis, nos bras n'attendaient qu'un moment propice pour frapper vos tyrans (...)»⁷⁴.

Vor allem von der Zeitung »La Réforme«, in der sich Joseph Savoye mit nicht nachlassendem Engagement für die deutschen Emigranten einsetzte, wurden diese Gedanken immer wieder in Erinnerung gerufen. So hieß es in einem Artikel vom 28. März 1848: »Die Heilige Allianz der Völker. Ja heilig und dreifach heilige Allianz der Völker, dieser Pakt, der von unseren Märtyrern besiegelt wurde, diese Union, die in unseren Herzen dasselbe Gefühl von Gleichheit und Brüderlichkeit schlagen läßt. Die Ereignisse, Ideen, die Träume, ebenso wie der Erfolg der Demokratie haben dazu geführt, daß seit 25 Jahren aus ganz Europa ein Volk von Brüdern geworden ist«⁷⁵.

Kapitel II

1. Die Politik der provisorischen Regierung in Frankreich hinsichtlich der Emigranten

Die Ziele und Hoffnungen der Pfälzer Emigranten und die ihrer Schicksalsgenossen aus Italien und Polen schienen sich in dem außenpolitischen Manifest, das Lamartine am 5. März 1848 an die ausländischen Diplomaten der französischen Republik schickte, zu verwirklichen. Die wichtigste Aussage in bezug auf Emigranten war folgender Passus des außenpolitischen Manifestes: »si l'heure de la reconstitution de quelques nationalités opprimées en Europe ou ailleurs, nous paraissait avoir sonné dans les décrets de la Providence (...), si les Etats indépendants de l'Italie étaient envahis; si l'on leur contestait le droit de s'allier entre eux pour consolider une patrie italienne, la République française se croyait en droit d'armer elle même pour protéger ces mouvemens légitimes de croissance et de nationalité des peuples«⁷⁶. Genauso wie dieses Manifest die Grundlage für Hoffnungen bildete, war es auch gleichzeitig der Grund für das Scheitern der verschiedenen Emigrantengruppen. Es sollte sich nämlich zeigen, daß diese Verheißung des Manifestes, das in den ersten Tagen nach der Revolution den ganzen Enthusiasmus eines siegreichen Volkes widerspiegelte, von der Regierung nie eingelöst wurde. Die Konsequenz daraus wäre der sofortige Krieg gegen alle Monarchien und die Aufforderung an die jeweiligen Völker zum Aufstand gewesen.

Eine Konsequenz, die weder mit der pazifistischen Einstellung Lamartines, noch mit der aktuellen politischen und militärischen Lage Frankreichs kurz nach der

74 La Réforme, Jeudi 23 Mars 1848; Gustave FLAUBERT, L'Education sentimentale, Paris 1964, S. 293 f. Flaubert, der die Februarrevolution in Paris miterlebte und die Stimmung der Bevölkerung in seinem Buch sehr sensibel nachempfand, ließ seine Helden das aussprechen, was die Bevölkerung fühlte: »Frédéric (...) frissonnait sous les effleuves d'un immense amour, d'un attendrissement suprême et universel, comme si le cœur de l'humanité toute entière avait battu dans sa poitrine. (...) La République est proclamée! on sera heureux maintenant! Des journalistes (...) disaient qu'on va affranchir la Pologne et l'Italie! Plus de rois! (...) Toute la terre libre! toute la terre libre!«

75 La Réforme, Jeudi 23 Mars 1848. Obwohl der Artikel unsigniert ist, könnte er aufgrund seines Stils von Savoye stammen. (Zitat von der Verfasserin übersetzt).

76 La Réforme, Dimanche 5 Mars 1848, Circulaire de Lamartine aux puissances étrangères.

Revolution zu vereinbaren war⁷⁷. So blieb es, wie noch zu zeigen sein wird, von seiten Lamartines und der provisorischen Regierung bei einer ideellen Unterstützung. Auch diese hatte Lamartine in seinem für die Emigranten so wichtigen Manifest dargelegt: »Elle se proclame l'alliée intellectuelle et cordiale de tous les droits, de tous les progrès, de tous les développements légitimes d'institutions des nations qui veulent vivre du même principe que le sien (...)«⁷⁸. Mit dieser Formel hatte Lamartine eine geschickte Wendung gefunden, die es ihm ermöglichte, seine Anteilnahme gegenüber den Emigranten deutlich zu machen, ohne dabei zugleich eine Verantwortung übernehmen zu müssen. Ebenso hatte er damit die ausländischen Monarchien beruhigt.

Trotz seiner Ambivalenz bildete dieses Manifest die Grundlage und Hoffnung der »Société des Démocrates Allemands«, die sich als Reaktion auf die Februarrevolution von 1848 in Paris gebildet hatte. Unter dem Vorsitz des Dichters Georg Herwegh, Otto von Corvins und Adalbert von Bornstedts hatten sich die deutschen Emigranten in Paris im März zu dieser Gesellschaft zusammengeschlossen. In ihren Statuten bekannten sich die deutschen Demokraten zu dem Grundsatz: »Alles für das Volk« und zu den »Prinzipien der im Sinne der praktischen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit begonnenen französischen Revolution (...)«⁷⁹.

Das konkrete Ziel dieser »Société des Démocrates Allemands«, die ihr Zentralbüro in der »Rue Montmartre 64« hatte, war, wie Corvin am 24. März 1848 schrieb, »die teutsche Republik zu proklamieren (...)«⁸⁰. Welche illusionären und idealistischen Hoffnungen damit verbunden wurden, zeigten die weiteren Ausführungen: »Ist dieser Zweck erreicht, dann ist Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit unter allen Völkern hergestellt und jeder Krieg für alle Zeiten unmöglich gemacht (...)«⁸¹.

Dieser fast naiv anmutende Glaube taucht bei der Rechtfertigung für revolutionäre Pläne der deutschen Emigranten immer wieder auf. Die erste konkrete Auswirkung von Lamartines Manifest zeigte sich beim Aprilaufstand von 1848 in Baden. Wichtig ist hierbei, daß dieser Aufstand durch revolutionäre Gruppierungen aus Frankreich Unterstützung fand.

Die Möglichkeit für ein Eingreifen der deutschen Emigranten in Paris und deren revolutionären Sympathisanten aus Frankreich bot sich deshalb in Baden, weil es bei dem badischen Aufstand um die Einführung einer Republik ging. Von der Republik als der idealen Staatsform waren zu diesem Zeitpunkt ganz Frankreich und alle Emigranten überzeugt. In Baden selbst gab es im Gegensatz zu den übrigen deutschen Ländern eine gut organisierte republikanische Gruppierung, deren Programm von Gustav Struve formuliert wurde. Er hatte schon im Vorparlament, auf das wir später im Zusammenhang mit den Gesandtschaftsberichten von Joseph Savoye kommen werden, ein dezidiert republikanisches Programm vorgelegt⁸².

77 Lawrence JENNINGS, *France and Europe in 1848*, Oxford 1973, S. 74; zur außenpolitischen Einstellung Lamartines: Alphonse de LAMARTINE, *Histoire de la Révolution de 1848*, Bd. 2, S. 12. Charles POUTHAS, *La politique étrangère de la France sous la Seconde République et le Second Empire (Les Cours de Sorbonne)* Paris 1949, S. 20f.

78 *La Réforme* (wie Anm. 76).

79 Ma 1820.

80 MINN 46036 Brief Otto von Corvins aus Paris, 24. März 1848 an einen Anonymus, Blatt 74.

81 *Ibid.* Blatt 74.

82 PEISER (wie Anm. 5) S. 112f.

Die prägnantesten Punkte dieses Programmes basierten auf den französischen Sozialreformen, dem Arbeiterparlament und den Nationalwerkstätten, mit dem Vorschlag, sie auch in Deutschland einzuführen. Vor allem in folgendem Punkt wurde eine, unmittelbar aus der Februarrevolution resultierende Reform als Forderung übernommen: »Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Capital vermittelt eines Arbeiterministeriums welches den Wucher steuert, die Arbeit schützt und derselben namentlich einen Antheil an dem Arbeitsgewinn sichert«⁸³. Gerade mit diesen Reformvorschlägen, verbunden mit der Forderung nach »Aufhebung der erblichen Monarchie (Einherrschaft), und Ersetzung derselben durch freigewählte Parlamente, an deren Spitze freigewählte Präsidenten stehen (...)«, stieß das Programm von Struve auf Ablehnung des in seiner Mehrheit konservativ bis liberal gesinnten Vorparlamentes⁸⁴.

Nachdem Gustrav Struve und sein politischer Freund Friedrich Hecker auf parlamentarischer Ebene keine Möglichkeit mehr sahen, ihre republikanischen Ziele zu verwirklichen, versuchten sie es auf revolutionärem Wege. Zum unmittelbaren Anlaß für diesen Aufstand wurde die Verhaftung von Joseph Fickler, einem engen politischen Vertrauten von Hecker und Struve. Fickler, der Redakteur der Konstanzer »Seebblätter« war, hatte zusammen mit Hecker und Struve die republikanische Opposition in Baden organisiert. Als er deshalb am 8. April 1848 verhaftet wurde, glaubten Hecker und Struve einer ihnen als Republikaner ebenfalls drohenden Verhaftung durch die Regierung zuvorkommen zu müssen⁸⁵. Fickler stellte als erster die Verbindung zwischen den deutschen Republikanern und den deutschen Emigranten in Paris her. Denn von ihm waren die Kontakte zu der »Société des Démocrates Allemands« geknüpft worden. Von dem Geschehen in Baden war die »Société des Démocrates Allemands« brieflich unterrichtet worden⁸⁶.

Herwegh wandte sich in revolutionärem Pathos, das nach der Februarrevolution alle politischen Enthusiasten ergriffen zu haben schien, an das deutsche Volk: »Wir sind deutsche Demokraten, wollen Alles für das Volk, Alles durch das Volk! – Wir wollen die deutsche Republik, mit dem Völker verbindenden Wahlspruch Freiheit! Gleichheit! Bruderliebe! Wir sind keine Freischaaren! Wir sind ein wohlgerüstetes Hilfskorps im Dienste des deutschen Volkes, bereit für Deutschlands Freiheit und Größe zu fechten bis auf den letzten Mann, gegen innere und äußere Feinde (...)«⁸⁷. Einziges Motiv war also der Kampf für eine deutsche Republik. Welches Interesse konnte jedoch Frankreich an einem solchen Unternehmen haben?

Die provisorische Regierung versagte durch Lamartine offiziell ihre Unterstützung. Wichtig für unsere These bezüglich der Einstellung Frankreichs gegenüber den deutschen Emigranten ist, nun weiter zu fragen, ob nicht doch in irgendeiner Form – sozusagen inoffiziell – eine Unterstützung gewährt wurde. Zu fragen ist, welcher Personenkreis dann in Frankreich hinter diesem Vorhaben stand?

In einem Schreiben von Corvin heißt es, daß eine Legion gebildet worden sei, die »jetzt aus ungefähr 5000 Mann besteht und der sich zahlreiche Polen angeschlossen

83 Allgemeine Zeitung 98 (7. April 1848).

84 Ibid. 98.

85 PEISER (wie Anm. 5) S. 123 ff.

86 Ibid. S. 130–133.

87 BN Lb.⁵³. 1150. Die pariser deutsche demokratische Legion, Paris (o. D.).

haben. Unser Zweck ist es, nach Deutschland zu rücken und überall die Gewalt unserer Waffen in die Waagschale zu legen, um die Unentschlossenen zum Aufstand gegen die Fürsten zu veranlassen und endlich die teutsche Republik zu proklamieren«⁸⁸.

Als Mittelsmann dieser Bewegung in Straßburg wurde André Struß, Rue des drapières 11, angegeben. Über die Beteiligung von seiten der Franzosen wurde gesagt, daß diese »uns mit Waffen, Geld und Kleidung« unterstützen⁸⁹.

Von den Regierungsmitgliedern waren es vor allem Ledru-Rollin, Flocon, Marrast und Crémieux, die sich für die Ziele und das Unternehmen der Emigranten einsetzten⁹⁰. Gerade bei Ledru-Rollin liefen in den ersten Wochen sowohl innenpolitische wie auch außenpolitische revolutionäre Pläne und Absichten zusammen. Für ihn galt, wie Pierre Quentin-Bauchart meinte, der als Vorsitzender einer Kommission, die die Hintergründe des Komplottes vom 13. Juni 1849 für den späteren Präsidenten Louis Napoléon zu untersuchen hatte und der dabei besonders auf die Rolle der deutschen Emigranten einging, die Devise: »La croisade générale des peuples contre les rois«⁹¹.

Als einem Freund von Savoye konnte man Ledru-Rollin eine solche Meinung durchaus zutrauen. Doch zeigte die Untersuchung seiner Reden in dieser Zeit, auf die sich Quentin-Bauchart hier bezog, daß dieses Urteil von der Parteilichkeit Baucharts geprägt und daher übertrieben war. In seinen Reden wies Ledru-Rollin immer wieder auf die enge Verbindung zwischen dem revolutionären Frankreich und den übrigen, sich im Zustand der Revolution befindenden Staaten hin⁹².

Bei einer Rede, die Ledru-Rollin anlässlich einer Feier auf dem Marsfeld hielt, sprach er sich lediglich für eine allgemeine Verbrüderung im Namen der Freiheit aus. Wie Lamennais beschwor er dabei enthusiastisch eine Völkerfamilie. »Autour de toi viendront se grouper unis dans une commune étreinte et dans un commun amour, les membres si longtemps divisés de la grande famille humaine que la grande famille française aura associée à sa liberté et à son triomphe (...)«⁹³.

Anders dagegen sah es die Zeitung »La Réforme«, in der sich ihr Chefredakteur Flocon für die Belange der deutschen Demokraten einsetzte. In ihr wurde der Aufbruch der deutschen Legion am 6. April 1848 emphatisch begleitet: »La colonne allemande est en route, elle va pénétrer dans le vieux monde germanique et les idées françaises semées par ces missionnaires soldats donneront bientôt leur récolte«⁹⁴.

So kam vor allem von Flocon, einzelnen linken Clubs wie der »Société des Droits de l'Homme«, den von Caussidière organisierten »Montagnards« und natürlich aus den

88 MINN 46036 (wie Anm. 80) Blatt 74.

89 Ibid. Blatt 74.

90 BN Lb⁵². 36. LONGPIED, Comité Révolutionnaire, Club des Clubs et la Commission, Paris 1850, S. 108; STERN (wie Anm. 66) S. 64ff.

91 Pierre QUENTIN-BAUCHART, Lamartine et la politique étrangère de la Révolution du Février, Paris 1907, S. 33.

92 Le Monteur Universel 83 (23. Mars 1848) Besonders: »... les autres pays suivront l'exemple que nous avons donné et bientôt disparaîtra sous le souffle la poussière des trônes où s'endormait l'osiveté des rois.«

93 Ibid. 83.

94 La Réforme (6. Avril 1848).

Kreisen der Emigranten die aktuelle Unterstützung für das Unternehmen der deutschen Legion. Caussidière setzte sich für sie bei Lamartine ein. Es gelang ihm, wie er in seinen Memoiren schrieb, 2000 Francs von Lamartine zu erhalten, um damit die dringendsten Unkosten der Emigranten zu decken⁹⁵. Chenu, Kapitän der »Montagnards« von Caussidière, versuchte, Freiwillige für Herweghs deutsche Legion zu gewinnen und nahm selbst am Feldzug teil⁹⁶.

Eine weitere Geldquelle ergab sich aus folgendem Umstand: Da die »Société des Démocrates Allemands« durch ihre wöchentlichen Versammlungen (jeden Donnerstag im Café »Mulhouse« am »Boulevard des Italiens«) zu einem ständigen Unruhefaktor in Paris geworden war, bewilligte ihnen Marrast als Bürgermeister von Paris einen Kredit in Höhe von angeblich 60000 Francs, um sie auf diese Weise aus der noch unruhigen Hauptstadt zu entfernen⁹⁷.

Dieser Betrag, den Bauchart nach eigenen Angaben von Flocon selbst genannt bekam, scheint wesentlich zu hoch angegeben worden zu sein. Nach anderen Berichten sollen insgesamt 5000 Francs zur Verfügung gestanden haben⁹⁸. Diese Summe würde sich auch mit der zeitgenössischen Darstellung von Sebastian Seiler decken.

Danach bildeten sich diese Kolonnen unter den armseligsten Verhältnissen und mußten sich größtenteils von der »Privatmilde der Clubs nähren, die ihnen aber auch wirklich Geld, Waffen, Schuhe und alte Kleider in reichlichem Maße in das Herwegh-Bornstedtsche Centralbüro der Rue Montmartre schickte. Die erste, offenbar schönste dieser Kolonnen, unter der Anführung eines Herrn von Schimmelpfennig (...), erhielt nicht nur keinen Heller von den Floconschen Indemnitäten, sondern reiste sogar ohne offizielle Marschrouten aus Paris, und würde Straßburg wohl schwerlich erreicht haben, wenn die Liberalität der Etappengemeinderäte nicht geholfen hätte, indem sie die aus Paris entfernten deutschen Republikaner mit großer Freundlichkeit unterwegs bewirtheten und für sie reichlich Collekten anstellten«⁹⁹.

Ebenso wenig enthusiastisch klingt die Schilderung eines Mitgliedes dieser Kolonne: »Wir waren Freitag den 24. März um 8 Uhr Morgens zum Obelisk bestellt, donnerstag Abend erhielten wir von Herwegh, Bornstedt, Loewenfels, Lobstein (...) und sogar von unserem Commandanten, einem gewissen Reinhardt Schimmelpfennig (...) die bestimmte Versicherung, daß für alle Bedürfnisse der Colonne mittelst Marschrouten gesorgt sey. Das Comité aber hat für gut gefunden dem Detachements-Commandanten in Paris 300,- frs. mitzugeben, 300,- frs. aber für sich zu behalten, von einer Summe von 500,- frs., welche ihm donnerstags vom Präsidenten eines Klubs in meiner Gegenwart zugestellt wurden. 200 frs. hat Loewenfels nach Lafecté-Champenoise mitgebracht (...). Der erste Sektionscommandant Berger, ein fortgelaufener Barbiergeselle von Offenburg (Baden) (...). Die zweite Sektion commandiert Arendt, ein preußischer Fähnrich (...). Die dritte

95 CAUSSIDIÈRE (wie Anm. 65) S. 104f.

96 Albert CHENU, *Les conspirateurs, Ex-capitaine des gardes du citoyen Caussidière, La Préfecture de Police sous Caussidière*, Paris 1850, S. 187.

97 QUENTIN-BAUCHART (wie Anm. 91) S. 171.

98 Alfred STERN, *Geschichte Europas von 1830 bis 1848*, 7. Band, Stuttgart und Berlin 1911, S. 106.

99 BN Lb⁵⁵. 985. Sebastian SEILER, *Das complott vom 13. Juni 1849*, Hambourg 1850, S. 20.

Sektion führt ein gewisser Schneidergeselle Muschka, der insolenteste Mensch von der Welt (...)«¹⁰⁰.

Bei solchen geringfügigen Unterstützungen konnten die Freischaren, die von Paris, Lyon und Marseille aus am 23./24. April an der Rheingrenze ankamen, ohne Schwierigkeiten von den Bundestruppen, die inzwischen nach Baden abkommandiert worden waren, zurückgeschlagen werden. Das letzte Gefecht, zu dem Herwegh bei Kleinkembs über den Rhein gekommen war, wurde, nachdem Herwegh tagelang auf der Suche nach badischen Freischaren ergebnislos umhergeirrt war, am 27. April bei Niederdossenbach geführt. Die deutsche Legion wurde dort nach kurzem Gefecht von württembergischen Truppen zerschlagen und floh in die Schweiz¹⁰¹. Damit war der Aprilaufstand in Baden endgültig zu Ende, zumal schon am 20. April die Truppen von Hecker bei Kandern von badischen und hessischen Truppen unter Befehl von General Friedrich von Gagern, der dabei umkam, geschlagen worden waren¹⁰².

Es zeigte sich, daß in Baden die Voraussetzungen für eine Republik noch nicht vorhanden waren. Die Bevölkerung hoffte zu diesem Zeitpunkt auf das kommende Parlament, von dem es wahre Wunder erwartete¹⁰³.

Die beiden Sozialrepublikaner Hecker und Struve konnten mit ihrer, in schnell einberufenen Volksversammlungen rekrutierten wehrfähigen Mannschaft die Bevölkerung ebensowenig von ihren idealistischen Zielen überzeugen wie die Herweghsche Legion. Wie weit Anspruch und Wirklichkeit bei diesem Unternehmen differierten, zeigte sich darin, daß Herwegh der badischen Bevölkerung ausdrücklich versprochen hatte, »daß wir ungerufen nicht kommen, daß es ferne von uns liegt, gewaltsam in Deutschland einzudringen, und daß, falls Ihr unglücklicher Weise Deutschland für die vollständige Staatsform der Freiheit, die Republik, noch nicht reif wähnt, wir weit entfernt sind, Euch unsere Überzeugung aufzudrücken, wenn Ihr Untertanen bleiben wollt (...)«¹⁰⁴.

Obwohl ihn weder die badische Bevölkerung noch Hecker oder Struve aufgefordert hatten, am Kampfgeschehen teilzunehmen, war er eingerückt. Hecker und Struve meinten nämlich, daß sie eine Legion aus Paris bei ihren deutschen Anhängern zu stark kompromittieren könnte, und lehnten daher deren Hilfe ab¹⁰⁵. Hier zeigte sich, daß Herwegh, der von sich behauptete, »Republikaner mit Leib und Seele« zu sein, diese Überzeugung über alles andere stellte¹⁰⁶. Auch für die intellektuellen Wortführer der Herweghschen Legion war der Kampf für die Republik zur religiösen Sendung geworden. Sie glaubten an die »heilige Allianz« der Völker gegenüber den Königen¹⁰⁷.

Ebenso gehörten die Handwerker und Arbeiter, die sich in Frankreich in den dortigen Vereinen politisch engagiert und gebildet hatten, zu diesem Kreis überzeug-

100 MINN 46036 (Abschrift ad 1275, zwischen 9. und 16. April, ohne Adressat und Namensnennung) Bl. 102.

101 CHENU (wie Anm. 96) S. 180–187.

102 Rudolf STADELMANN, Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848, München 1970, S. 106f.

103 PEISER (wie Anm. 5) S. 130.

104 BN Lb.⁵³. 1150 (wie Anm. 87).

105 PEISER (wie Anm. 5) S. 126–131.

106 BN Lb.⁵³. 1150 (wie Anm. 87).

107 La Réforme (10. Mai 1848).

ter Republikaner. Einige hatten für diese auf den Barrikaden von Paris gekämpft¹⁰⁸. Daneben versuchte ein Teil der Handwerker auf diese Weise in die Heimat zurückzukehren. Besonders für sie war die wirtschaftliche Lage in Frankreich in den ersten Monaten nach der Revolution katastrophal geworden. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die noch aus der Julimonarchie herrührten und die durch die Revolution intensiviert worden waren, führten sogar so weit, daß die französischen Arbeiter Animositäten gegen ihre ausländischen Kollegen entwickelten. Dagegen wandte sich die Zeitung »La Réforme« in einem emotionalen Artikel, in dem sie die Pariser Arbeiter an ihren Mut und ihr Heldentum während der Revolution erinnerte und sie zu universaler Bruderliebe aufrief¹⁰⁹. Von diesem Enthusiasmus, der hier noch nachwirkte, waren auch die Franzosen ergriffen, die sich den Freischaren Herweghs angeschlossen hatten¹¹⁰.

Gerade dieser revolutionäre Enthusiasmus machte der französischen Regierung in den ersten Monaten die größten Schwierigkeiten. Auf sie mußte Lamartine bei der Abfassung seiner außenpolitischen Ziele Rücksicht nehmen, und sie bestimmte die Innenpolitik. Um die Schwäche der provisorischen Regierung zu kaschieren, die die verschiedenen Aufstandsversuche der sehr aktiven Emigrantengruppierungen (Belgier, Savoyer, Polen und Deutsche) nicht verhindern konnte, da es innerhalb Frankreichs zu viele Anhänger für solche revolutionären Unternehmen gab, behauptete Lamartine, daß lediglich die Absicht der Ausländer, in ihre Heimat zurückzukehren, aktiv unterstützt werden würde. Er sagte, nur für die Rückkehr würde eine Reiseunterstützung gewährt, Waffen würden jedoch keine ausgehändigt werden. Sollten die Emigranten trotzdem bewaffnet sein, so könnte die französische Regierung dafür nicht verantwortlich gemacht werden, ebensowenig für spätere revolutionäre Handlungen derselben¹¹¹.

Diese Erklärung akzeptierten die betroffenen Regierungen meist stillschweigend, da sie mit eigenen innenpolitischen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten¹¹².

Hiermit kann kurz festgehalten werden, daß eine, wenn auch in ihrem Umfang geringe, inoffizielle Unterstützung Frankreichs zugunsten der deutschen Emigranten stattfand. Wichtigste Anknüpfungspunkte bildeten die politischen Freunde Ledru-Rollins, Flocon und Caussidière.

Gerade die Kontakte zwischen den in Clubs organisierten französischen Republikanern und den deutschen Emigranten blieben auch nach dem Scheitern des badischen Aufstandes erhalten. So versuchte nun die »Société républicaine« in Colmar, den deutschen Emigranten, die aus Baden ins Elsaß geflohen waren, zu helfen. Mit Unterstützung der »Société républicaine« konnten die Emigranten schon Ende April ein neues »Zentralkomitee der deutschen Republikaner« in Straßburg gründen. In diesem sollten alle deutschen Republikaner, sei es in Frankreich oder in Deutschland, organisiert sein und von der Nationalversammlung in Frankfurt das Recht erhalten, sich zu bewaffnen und zu exerzieren¹¹³.

108 La Réforme (10. Mai 1848, 3. Avril 1848).

109 La Réforme (3. Avril 1848).

110 CHENU (wie Anm. 96) S. 180.

111 QUENTIN-BAUCHART (wie Anm. 91) S. 172.

112 JENNINGS (wie Anm. 77) S. 71.

113 Paul LEUILLOT, La Société républicaine de Colmar en 1848, in: *Annuaire de la Société Historique et Littéraire de Colmar* 14 (1964) S. 90.

Diese Vorhaben unterband Lamartine schon am 29. April. Das Zentralkomitee wurde aufgelöst, die Bewaffnung verhindert; die führenden Köpfe wurden interniert¹¹⁴. Das Interesse der »Société républicaine« in Colmar an den deutschen Vorgängen blieb erhalten. Wirklich bestanden Kontakte zum Frankfurter Parlament. So trug ein nicht genannter Abgeordneter der Nationalversammlung Ende Juni 1848 Pläne über eine mögliche Einführung der Republik in Deutschland vor¹¹⁵. Auch Joseph Savoye, der als französischer Geschäftsträger seit April 1848 die Sitzungen des deutschen Parlaments beobachtete, trat als Berichterstatter in einer Versammlung der »Société républicaine« in Colmar auf. Seine spätere Kandidatur für einen Abgeordnetensitz in der französischen Nationalversammlung im Mai 1849 wurde von der »Société républicaine« erfolgreich unterstützt¹¹⁶. Die »Société républicaine« tauchte später vor allem im Zusammenhang mit den Aufständen in der Pfalz und in Baden auf, bei denen sie eine nie ganz geklärte Rolle spielte.

Durch die vorrangige Anteilnahme dieser Clubs an den Belangen der deutschen Emigranten wurden diese von nun an in das Umfeld eben dieser radikalen Clubs eingeordnet. So, wie sie bald von Lamartine gefürchtet wurden, sollten sie nach dem Aufstand in der Pfalz und Baden von Louis Napoléon und seiner Regierung als potentielle Unruhestifter gesehen werden. Ähnlich erging es ihnen in Deutschland, hier wurden sie mit den extremen Republikanern gleichgesetzt.

So spiegelte gerade dieser Aufstand das ganze Dilemma der deutschen Emigranten wieder. Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland wurden sie extremen Randgruppierungen zugeordnet und nach diesen beurteilt. Savoye, der als französischer Geschäftsträger durch Fürsprache seines politischen Freundes Ledru-Rollin nach Frankfurt berufen worden war, hoffte daher auch, daß der Aufstand Heckers der republikanischen Sache nicht zu sehr geschadet habe¹¹⁷.

2. Das Frankfurter Parlament nach den Gesandtschaftsberichten von Joseph Savoye, vom 12. April 1848 bis 4. September 1848

Joseph Savoye wurde am 12. April 1848 zum Geschäftsträger der französischen Republik am Deutschen Bundestag zu Frankfurt berufen. Mit der Ernennung eines deutschen Flüchtlings zeigte Lamartine offen seine Sympathie für das neue Deutschland¹¹⁸. Savoye wurde aufgrund seiner neuen Position auch dadurch, daß er im engen Kontakt zu Lamartine stand, dem er äußerst detaillierte Berichte schrieb, zum wichtigsten Vertreter der Pfälzer Emigranten im Frankfurter Parlament. Deshalb soll er im Zentrum der folgenden Darstellung stehen.

Neben ihm war von den Pfälzer Emigranten nur Friedrich Schüler zum Abgeordneten der Pfalz in das Frankfurter Parlament gewählt worden. Die Wahl von Friedrich Schüler, der als erster Ersatzmann des doppelt gewählten Georg Friedrich Kolb nach

114 La Réforme (10. Mai 1848).

115 LEUILLOT (wie Anm. 114) S. 90.

116 Ibid. S. 91.

117 AE Corr. politique Allemagne 805, Francfort le 30. Avril 1848, S. 148.

118 Karl Georg FABER, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Restauration und Revolution. Von 1815 bis 1851, in: Leo JUST (Hg.), Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd. 3/I, Wiesbaden 1979, S. 239.

Frankfurt ging, zeigt, wie groß, trotz 16jähriger Emigration, seine Popularität in der Bevölkerung war.

Organisiert wurde seine Wahl, ebenso wie die der anderen Pfälzer Abgeordneten, von einem Volks- und Vaterlandsverein, der am 9. April 1848 in Kaiserslautern gegründet worden war. Bedeutung und Einfluß des Volksvereins in der Bevölkerung wurde schon bei den Wahlen zum Frankfurter Parlament offensichtlich. Die Kandidaten, die der Kreisausschuß zur Wahl vorgeschlagen hatte, wurden mit nur einer Ausnahme auch gewählt. Die Abgeordneten, die in der Pfalz gewählt wurden, bestimmten entscheidend die politische Entwicklung dieses Gebietes.

Gewählt wurden: Maximilian Glaß, Anwalt in Landau, Gustav Gulden, Anwalt in Zweibrücken, Georg Friedrich Kolb, Redakteur der »Speyrer Zeitung«, Joseph Martin Reichard, Anwalt und Notar in Speyer, Nikolaus Schmitt, Rechtskonsulent und Redakteur in Kaiserslautern, Karl Alexander Spatz, Anwalt in Frankenthal, Georg Jakob Stockinger, Anwalt in Frankenthal, Rudolph Christmann, Weingutsbesitzer aus Dürkheim, Franz Tafel, katholischer Pfarrer in Zweibrücken, Franz Umscheiden, Anwalt in Dahn und Friedrich Schüler¹¹⁹.

Mit diesen Abgeordneten verband sich die Hoffnung in der Pfalz, »ein einiges freies Deutschland zu erreichen, welches, gelegen im Herzen von Europa, auch den Mittelpunkt bilde der Volksfreiheit und nationalen Entwicklung. Die schwarz-rothgoldene Fahne, das Zeichen der Wiedergeburt unseres Vaterlandes, sie werde auch von den übrigen Völkern als Palladium der Freiheit begrüßt: denn nimmer wollen wir die Schmach erleben, daß Deutschlands Söhne ihr Blut vergießen, um andere Nationen in Druck und Knechtschaft zu bringen«¹²⁰.

Insgesamt war der Beitrag der Pfälzer Abgeordneten im Frankfurter Parlament sehr gering. Sie bestimmten weder den Verlauf des Parlamentes noch kamen von ihrer Seite richtungsweisende Vorträge, die Akzente setzten. Außer G. F. Kolb, der als Mitglied des Prioritäten- und Petitionsausschusses etwas unabhängiger auftrat, schienen die Pfälzer Abgeordneten ihren Aufgabenbereich darin gefunden zu haben, für die Vorschläge der Linken, der sie sich, man möchte sagen, traditionsgemäß angeschlossen hatten, zu stimmen und deren Ideen in den dazu gegründeten Clubs zu propagieren. Friedrich Schüler, der aus Frankreich zurückgekehrt war, wurde als bedeutendste Persönlichkeit unter den Pfälzer Abgeordneten gewürdigt, obwohl er wegen eines Beinleidens kein einziges Mal die Rednerbühne betrat.

Schon wegen der geringen pfälzischen Beiträge bedeuten die Berichte von Joseph Savoye eine äußerst interessante Quelle. Sie waren eine wichtige Information für die provisorische Regierung in Frankreich, auf deren Grundlage dann ihre Einstellung zu den Emigranten basierte. Als Pfälzer Ex-Emigrant war Savoye mit den politischen Vorstellungen seines Heimatlandes vertraut. Ebenso hatten ihn Frankreich und sein dortiges Engagement für die Republikaner um Ledru-Rollin geprägt. Er selbst definierte sich und somit seine Rolle in Frankfurt in einem Glaubensbekenntnis an seine späteren Wähler in Colmar dahingehend, daß er »als Vermittler des Friedens, der

119 Allgemeine Zeitung 124 (3. Mai 1848); Helmut RENNER, Die pfälzische Bewegung in den Jahren 1848/49 und ihre Voraussetzungen, Diss. Marburg 1955, S. 88f.

120 Allgemeine Zeitung 81 (21. März 1848).

Eintracht und der Brüderlichkeit zwischen Frankreich und Deutschland dienen« möchte¹²¹.

Diese Vermittlerrolle, die er als seine »heilige Pflicht« bezeichnete, wurde jedoch ganz von seiner republikanischen Überzeugung überlagert und geprägt. Dieses Ideal bestimmte seine gesamte Korrespondenz mit Lamartine. Die Republik war, wie er schrieb, sein ganzes Leben: »für sie habe ich gekämpft, für sie habe ich gelitten«¹²². Seine Briefe begannen mit großem Enthusiasmus: »Je me persuade tous les jours davantage (...) d'occuper un des postes les plus importants de la diplomatie française. Toute l'Allemagne, sa vie, ses passions, les plus intimes, les plus ardentes, sont à cette heure concentrées à Francfort«¹²³.

Seine enthusiastische Begeisterung für die Eröffnung der Nationalversammlung wurde durch die Wahl Heinrichs von Gagern zum Präsidenten des Parlaments leicht getrübt. An diesem kritisierte er vor allem dessen feindliche Haltung gegenüber Frankreich während des Aprilaufstandes von Hecker und Struve. Gegen den Aufstand hatte Gagern als Ministerpräsident von Hessen-Darmstadt scharf protestiert und behauptet, daß er keinen Unterschied zwischen einem Staat, der einem anderen Staat den Krieg erklärte, und einem Staat, der die Bildung eines Hilfskorps von Emigranten innerhalb seiner Grenzen duldet, feststellen könne¹²⁴. Daneben sah Savoye Gagern als typischen Vertreter des »parti du parlement national«, wie er ihn nannte, der von der Einheit Deutschlands auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie träumte und in dem sich vorwiegend Gelehrte, Professoren und akademisch Gebildete zusammenschlossen¹²⁵.

Diese Darstellung Savoyes trifft die Wirklichkeit der Zusammensetzung des Frankfurter Parlamentes. Von den 600 Abgeordneten hatten fast drei Viertel ein Universitätsstudium absolviert. Unter ihnen waren 49 Professoren, 39 Geistliche, über 100 Advokaten, 60 Schriftsteller und Journalisten. Aus dem Adel kamen etwa ein Zehntel aller Abgeordneten. Nachdem nur vier Handwerker und ein Kleinbauer im Parlament saßen, wurde dieses eindeutig von den akademisch gebildeten Schichten bestimmt¹²⁶. Dieses Übergewicht an Akademikern stimmte den revolutionserfahrenen Savoye skeptisch. Er meinte, daß die Abgeordneten des »parti parlementaire« die Gefühle der Masse nicht kennen und daher falsch einschätzen würden¹²⁷. Nur dem »parti démocratique« traute er solche Kenntnis zu. Damit bezeichnete er, ohne dies zunächst genauer zu definieren, die linke Gruppierung des Parlaments. Von dieser erhoffte er sich die für einen Neuanfang notwendige Begeisterung und die Fähigkeit,

121 BN Le. ⁶⁴. 409. 797. Assemblée Constituante de 1848, Elections Hérault-Rhône 2.

122 Ibid. BN Le. ⁶⁴. 409. 797.

123 AE Corr. politique Allemagne 805, Francfort le 23. Mai 1848, Savoye an Lamartine, S. 167.

124 AE Corr. politique Allemagne 805, Francfort le 19. Mai 1848, S. 164; JENNINGS (wie Anm. 77) S. 71.

125 AE Corr. politique Allemagne 805, Francfort le 30. avril 1848, S. 148.

126 FABER (wie Anm. 119) S. 226; Veit VALENTIN, Geschichte der deutschen Revolution von 1848–1849, Bd. 2, Köln 1970, S. 12, DERS., Das Hambacher Nationalfest, Berlin 1932, S. 59.

127 AE Corr. politique Allemagne 805, Francfort le 30. avril 1848, S. 148: »Il a (le parti républicain) la conviction que les meneurs du parti parlementaire ne sont pas à la hauteur des circonstances, et ne connaissent pas les véritables sentiments des masses dont ces chefs savants, professeurs et hommes titrés se sont tenus à l'écart trop longtemps. C'est cette conviction qui a déterminé la levée des boucliers de MM Hecker et Struve (...). Savoye an Lamartine.

die Bevölkerung mit sich zu ziehen¹²⁸. Unterstützung sollte sie von den demokratischen und republikanischen Vereinen erhalten, auf die Savoye von Anfang an in seiner Berichterstattung hinwies. Wie stark sich seine Berichterstattung auf die Demokraten konzentrierte, zeigte sich in seiner Darstellung der einzelnen Fraktionen. Die Fraktionen waren schon in den ersten Wochen der Nationalversammlung entstanden und bestimmten mit ausformulierten Programmen und fester Mitgliedschaft das Parlamentsleben.

Die Fraktionen koordinierten die einzelnen Geschäftsvorgänge, strafften die Arbeit in den allgemeinen Sitzungen und handelten Kompromisse in ihren eigenen Reihen und mit anderen Fraktionen aus. Die politischen Programme und Statuten, die sie sich im einzelnen gaben, wurden für ihre Fraktionsmitglieder verbindlich. Trotz verschiedener Abspaltungen und Umgruppierungen, die nur zwischen politisch gleichdenkenden Fraktionen stattfanden, behielten die einmal formulierten Programme ihre Gültigkeit¹²⁹. Die Bedeutung dieser Fraktionen veranlaßte Savoye, ihrer politischen Zielsetzung einen breiten Raum in seiner Berichterstattung zu widmen. Bei der Darstellung der einzelnen Fraktionen des Frankfurter Parlamentes fällt auf, daß er sie tendenziell unterschiedlich gewichtet. So faßt er die verschiedenen rechten Gruppierungen zu einer einzigen Rechten zusammen, während er die Linken wesentlich genauer differenziert und sie in eine äußerste Linke, in eine Linke und ein linkes Zentrum teilt.

Das Programm der Rechten ist bei ihm auch eher allgemein gehalten und orientiert sich zum Teil an französischen Oppositionswerten. So werden »Ordre et Progrès« als Hauptziele der Rechten ausgegeben und, wenn man Savoyes Ansicht über die Monarchie kennt, mit der dann ironischen Bemerkung, daß diese Werte wohl von der gesamten Nationalversammlung gewünscht würden und keiner für Anarchie oder gegen die Interessen des Volkes handeln möchte, abgewertet¹³⁰.

Auf Verfassungsebene steht nach Ansicht Savoyes für die Rechte vor allem die Wahrung der gesetzlichen Ordnung im Vordergrund, die allein die wirkliche Freiheit garantieren kann. Nur eine konstitutionelle Monarchie kann diese Forderung gewähr-

128 AE Corr. politique Allemagne 805, Francfort le 30. avril 1848, S. 148. Savoye: »Tout dépendra des éléments nouveaux qui entreront dans la lice, (...) où des hommes inconnus jusqu'ici, jeunes et ardentes peuvent surgir et entraîner la population, soit par le réveil définitif du peuple dans l'acceptation la plus complète de ce mot«.

129 Überblickartig: Manfred BOTZENHARDT, Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848–1850, in: Gerhard A. RITTER (Hg.), Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus, Düsseldorf, S. 100; FABER (wie Anm. 119) S. 226 f.; Wolfram SIEMANN, Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 zwischen demokratischem Liberalismus und konservativer Reform. Die Bedeutung der Juristendominanz in den Verfassungsverhandlungen des Paulskirchenparlamentes. (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 56) Bern/Frankfurt 1976, S. 99.

130 »Ordre et Progrès« war das zu Formeln verkürzte Programm von Thiers und des »Parti de l'ordre«, in: TUDESQ (wie Anm. 62) Bd. 2, S. 1094 ff.; AE Corr. politique Allemagne 805, Francfort le 4. juin 1848, S. 184. Savoye: »Ces mots: Ordre et Progrès décidé, donnent-ils la mesure nécessaire pour une semblable démarcation? Nous croyons fermement que, dans l'assemblée nationale, il n'est personne qui d'une part, veuille l'anarchie pour elle-même, et de l'autre mette en question la nécessité du progrès; nous admettons que chacun, quelques divergentes que ses opinions soient des notres, ne cesse d'avoir en vue, comme unique objet de ses pensées, le bien de la patrie commune (...)«.

leisten. So stellt die einheitliche deutsche konstitutionelle Monarchie das Endziel dieser Rechten dar¹³¹.

Schon aus dieser tendenziösen Darstellung sprach die eigene Einstellung Savoyes gegenüber der Rechten und ihrer Forderung nach einer konstitutionellen Monarchie. Was er wirklich von einer solche Monarchie hielt, wird ebenfalls in seinem Manifest an die oberrheinischen Wähler klar: »Wir haben nacheinander alle Formen der Regierung versucht, die absolute Monarchie sowie die sogenannte konstitutionelle Monarchie (...). Die erste empörte die Würde des Menschen, die letztere ist für eine Lüge anerkannt worden, oder der konstitutionelle König ist ganz für sich alleine und die Konstitution ist nichts, in dem Falle ist die reine und absolute Monarchie vorzuziehen, welche wenigstens die Freimüthigkeit für sich hat (...)«¹³².

Wie oberflächlich Savoye die Rechte skizziert hat, ergibt sich daraus, daß die Rechte in Wirklichkeit in drei verschiedene Richtungen geteilt war, in eine äußerste Rechte, eine Rechte und ein rechtes Zentrum und jede Richtung ein eigenes Programm hatte. Die äußerste Rechte nannte sich »Café Milani«, nach ihrem Versammlungslokal. Dem »Café Milani« gehörten konservative Abgeordnete, vor allem aus dem rechtsrheinischen Bayern, Preußen und Österreich an. Grundlegend unterschied sich ihr Programm von dem anderer Fraktionen darin, daß sie der deutschen Verfassung erst nach Vereinbarung mit den Regierungen der deutschen Einzelstaaten zustimmen wollte. Der Nationalversammlung billigte sie nur kontrollierende Funktionen zu. Wirkliches Ziel war für sie eine einheitliche deutsche konstitutionelle Monarchie. Obwohl in ihr vorwiegend preußische Abgeordnete vertreten waren, setzte sie sich für eine großdeutsche Lösung, d. h. mit Österreich, ein¹³³.

Das »Casino« (das rechte Zentrum) war mit ca. 125 Abgeordneten die stärkste und gleichzeitig für die Verfassungsarbeit bedeutendste Fraktion. Seine Mitglieder stammten überwiegend aus Südwestdeutschland und dem norddeutschen Großbürgertum. Ohne ein dezidiertes Programm aufzustellen, bekannte sich diese Fraktion zu dem Beschluß, der am 27. Mai 1848 von der Nationalversammlung verabschiedet worden war. In diesem hieß es, daß die »teutsche Nationalversammlung als das aus dem Willen des Volks und den Wahlen der teutschen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Teutschlands, erklärt: daß alle Bestimmungen einzelner teutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letzteren als gültig zu betrachten sind (...)«¹³⁴. Daher strebte sie eine starke Zentralgewalt auf der Basis der konstitutionellen Monarchie an. Im Dezember 1848 wurde das »Casino« nach dem Ausscheiden der »großdeutschen« Mitglieder zum Kern der erbkaiserlichen Partei.

Anfang September hatte sich aus dem »Casino« die Fraktion Landsberg (das rechte Zentrum) abgespalten. Die 40 Mitglieder dieser Fraktion setzten sich vor allem für

131 AE Corr. politique Allemagne 805, Francfort le 4. juin 1848, Savoye an Jules Bastide, S. 184.

132 BN Le. ⁶⁴. 409.797. (wie Anm. 122).

133 Gottfried Johann EISENMANN, Die Parteyen der teutschen Reichsversammlung, ihre Programme, Statuten und Mitgliederverzeichnisse, Erlangen 1848, S. 8–11; Werner BOLDT, Die Anfänge des deutschen Parteiwesens, Fraktionen, politische Vereine und Parteien in der Revolution 1848, Paderborn 1971, S. 163f.

134 EISENMANN (wie Anm. 134) S. 14.

eine größere Unabhängigkeit und eine stärkere Machtkompetenz des Parlamentes und der Zentralgewalt in der künftigen Verfassung ein¹³⁵.

Wie stark sich Savoyes Sympathie auf die Demokraten konzentrierte, zeigt sich in seiner Darstellung der demokratischen Fraktionen, die nach der zeitgenössischen Darstellung in eine Linke, ein linkes Zentrum und eine äußerste Linke eingeteilt wurden¹³⁶. Da der Linken sämtliche Pfälzer Abgeordnete angehörten, sollen die Programme und politischen Ziele der Linken näher dargelegt werden, wobei die Gesandtschaftsberichte Savoyes die hauptsächliche Quelle bieten sollen.

Das linke Zentrum, die Fraktion des »Württemberger Hof«, bildete sich im Juni. Ihr gehörten ca. 100 Abgeordnete an, unter ihnen die Pfälzer Maximilian Glaß und Georg Stockinger. Nach Savoye erklärten sie Einheit und Freiheit zu ihren allgemeinen Zielen. Grundlage dabei sollte die Souveränität des deutschen Volkes mit einer monarchischen Verfassung bilden¹³⁷.

Savoye, der in Frankreich als wesentlichen Erfolg der Februarrevolution die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechtes erlebt hatte, ging bei seiner Berichterstattung auch auf die Einstellung der Fraktionen zum Wahlrecht ein. So unterstützte der »Württemberger Hof« das allgemeine Wahlrecht, wobei er sich für das indirekte und gegen das direkte Wahlrecht aussprach. Als Argument diente dabei lediglich, daß sich die Mehrheit der Fraktion für die indirekte Wahl entschieden habe.

Der »Württemberger Hof« setzte sich für ein unverantwortliches Oberhaupt ein, von dem er jedoch weder wußte, wer es sein sollte, welchen Titel er erhalten sollte, noch wie er bestimmt werden sollte. Einig war man sich nur darin, daß dieser kein Kaiser sein sollte, weder ein erblicher noch ein gewählter. Das unverantwortliche Oberhaupt sollte jedoch mit den Machtkompetenzen und der Stellung eines konstitutionellen Monarchen ausgestattet werden¹³⁸.

Der zahlenmäßig größte Anteil an Pfälzern sammelte sich in der Fraktion »Teutscher Hof« (der Linken), so Rudolph Christmann, Gustav Gulden, Karl Alexander Spatz, Franz Umbscheiden, Georg Friedrich Kolb und Franz Tafel.

Zu obersten Grundsätzen in ihrem Programm wurden die Volkssouveränität, die demokratische Freiheit und Einheit des deutschen Vaterlandes. Außerdem wurde das allgemeine direkte Wahlrecht für alle volljährigen Bürger in Deutschland gefordert. Die endgültige Regierungsform sollte den Einzelstaaten überlassen werden, die selbst zwischen einer konstitutionellen Monarchie und einer Republik entscheiden konnten. Über den Einzelstaaten sollte jedoch die Zentralgewalt stehen, die die allgemeinen Volksrechte garantieren sollte¹³⁹. Die Ambivalenz in dem Programm des »Teutschen Hof« legte der Nürnberger Arzt und Publizist Gottfried Eisenmann, der selbst Abgeordneter der Nationalversammlung war, äußerst treffend und entlarvend dar. Nach Eisenmann gab es in dieser Fraktion, deren eigentliches Ziel die demokratische Republik war, viele Abgeordnete, »welche vorläufig mit einer gut eingerichteten demokratisch-constitutionellen Monarchie fürlieb nehmen würden; da sie aber die

135 Ibid. S. 19ff.

136 Ibid. S. 24ff.

137 AE Corr. politique Allemagne 805, Francfort le 5. juin 1848, Savoye, S. 181; EISENMANN (wie Anm. 134) S. 24ff.

138 AE Corr. politique Allemagne 805, Francfort le 5. juin 1848, Savoye, S. 181.

139 Ibid. S. 183.

constitutionelle Monarchie nicht aus freyer Wahl annehmen würden, so ist für sie nur jene constitutionelle Monarchie gut eingerichtet, deren Institutionen den Übergang in die Republik möglichst leicht machen. Die constitutionelle Monarchie hat schon bey dieser Partey keine Unterstützung zu erwarten, und wenn diese Partey unter Umständen mit den aufrichtigen Anhängern der constitutionellen Monarchie geht, so thut sie es mit dem Vorbehalt, daß sie, auf der ersten Station der politischen Freiheit angekommen, ihren Weg ohne ihre bisherigen Begleiter fortsetzen werde«¹⁴⁰.

Diese beiden Programme werfen schon ein bezeichnendes Licht auf die Pfälzer Abgeordneten, die es unterstützten und an seiner Vieldeutigkeit beteiligt waren. Aus ihren Reihen waren keine entschlossenen Revolutionäre für den späteren Aufstand in der Pfalz zu erwarten. So waren es auch gerade sie, die bis zum letzten Moment versuchten, die Durchsetzung der Reichsverfassung auf parlamentarischem und gesetzlichem Wege zu erwirken.

Die äußerste Linke, der »Donnersberg«, strebte im Vergleich zu der übrigen Linken im Frankfurter Parlament als einzige Partei relativ kompromißlos die »vollständige Verwirklichung der demokratischen Staatsform« an. Ihr gehörten die Pfälzer August Culmann, Joseph Martin Reinhard, Nikolaus Schmitt und der Ex-Emigrant Friedrich Schüler an.

Da der »Donnersberg« die eigentlich revolutionstragende Fraktion während des Pfälzer Aufstandes wurde und ihr Savoye einen breiten Raum in seiner Berichterstattung einräumte, da ihre Ziele den Zielen der regierenden französischen Republik am nächsten standen, sollen diese genauer ausgeführt werden. In der Innenpolitik wurden im wesentlichen folgende Punkte gefordert:

- »1. Eine immer auf drei Jahre gewählte Nationalversammlung für den Gesamtstaat Deutschland, ohne Census und mit direkten Wahlen.
- 2. Einen Vollziehungsausschuß, welcher durch einen verantwortlichen Präsidenten und sein verantwortliches Ministerium gebildet und durch die jedesmalige Mehrheit der Versammlung aus ihrer Mitte gewählt wird. Jede neugewählte Nationalversammlung entscheidet daher von neuem über ihren Vollziehungsausschuß (...).
- 5. Die einzelnen Staaten sind ungehindert, wie die freien Reichsstädte, Republiken, oder wie die übrigen Staaten, constitutionelle Monarchien zu sein; jedoch wird durch die Volksrechte, welche die Nationalversammlung proclamirt, derjenige Grad von Volksfreiheit festgesetzt, welcher unter allen Umständen dem Volke gewährt werden muß«¹⁴¹.

140 EISENMANN (wie Anm. 134) S. 41 f.

141 Das Programm der Fraktion »Donnersberg«, das Werner BOLDT in »Anfänge des deutschen Parteiwesens« als Dokument auf S. 188–191 veröffentlichte, ist identisch mit dem von Savoye nach Paris geschickten. Daher wurden die oben zitierten Sätze aus der deutschen Fassung von Boldt übernommen. Auszug aus Savoyes Text: »(...) Nous voulons à l'intérieur, la réalisation complète du gouvernement démocratique. Son but est l'affranchissement de tous sans exception. (...) à l'extérieur nous voulons l'émancipation de tous les peuples et pour chacun d'entre eux, le droit de se gouverner par lui-même. Toute pensée de conquête et d'oppression de la part des Allemands à l'égard de leurs voisins et de leurs concitoyens non-allemands doit être écartée. Les peuples européens sont sur le point de se constituer librement en états libres. Nous voyons dans cette tendance la véritable manifestation des nationalités, et nous pensons que, dans un avenir peu éloigné, il n'y aura plus d'autre droit des gens que celui qui constateront les décrets d'un congrès souverain au sein duquel les nations libres, ne se divisant plus sur des questions de frontières ou d'avantages commerciaux, s'uniront en une confédération universelle. (...)«, in: AE Corr. politique Allemagne 805, Francfort le 2. juin 1848, S. 177 f.

Als ideale Staatsform schwebte der äußersten Linken das »nordamerikanische Föderativsystem« vor. Der »Donnersberg« war die einzige Fraktion des Frankfurter Parlamentes, die alle europäischen Länder in ihr Programm miteinbezog. Für sie wurde die »Emanzipation und Selbstregierung« gefordert. Die wahre Nationalität wurde in einem den engen Begriff der Nationalität sprengenden, internationalen und souveränen Kongreß aller freien Nationen gesehen. Eine solche Vereinigung »Freier und Gleicher« war »die einzig mögliche Lösung« ... »Einheit und Freiheit in Deutschland (und in Europa) herzustellen«¹⁴².

Wie die französischen Republikaner bekannte sich der »Donnersberg« zu der »heiligen Allianz der Völker«. An ihrem Vorbild orientierten sie sich, wenn sie am Schluß ihres Manifestes erklärten: »Wir gehen mit den Franzosen, mit den Italienern, mit den demokratischen Slaven; wir wollen gleichzeitig mit der Wiedergeburt Deutschlands die Wiedergeburt Polens und Italiens. Die französische Republik bietet uns die Hand; wir nehmen sie mit Freuden an«¹⁴³! So waren gerade in dieser Fraktion die eigentlichen Anhänger für das republikanische Frankreich, zumindest aus der Sicht von Savoyes Gesandtschaftsberichten.

Das zweite zentrale Thema seiner Berichterstattung behandelte die Außenpolitik des Frankfurter Parlamentes. In dem Zeitabschnitt, in dem Savoye seine Berichte schrieb, ging es dort vor allem um die »Posener Frage«. Die Problematik dieser Frage soll zum besseren Verständnis kurz dargelegt werden.

Die nationale Reorganisation Posens, die in engem Zusammenhang mit einer »Wiederherstellung« Polens stand, sollte zum Ausgangspunkt einer neuen Politik Preußens gegenüber Polen werden.

Nach einer gesamt-posener Neuordnung sollte Posen entsprechend seiner polnisch-deutschen Bevölkerung aufgeteilt werden. Doch zeigte sich, daß an diese »Neuorganisation« unterschiedliche Vorstellungen geknüpft waren.

Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. hatte mit seinem Versprechen zu einer nationalen »Reorganisation« Posens nur dem revolutionären Druck der Märztage nachgegeben. Zu diesem Zeitpunkt hatte in Berlin eine ausgesprochen pro-polnische Stimmung geherrscht. Im Grunde wollte der preußische König den Bestand Posens und den Preußens wahren. Daher war er nur zu Minimalkonzessionen gegenüber den Polen bereit. Diese sahen lediglich eine Verbesserung des politischen Status des polnisch-sprachigen Bevölkerungsteils vor. Die Polen dagegen erhofften sich die Wiederherstellung ihres Vaterlandes.

Bei der Teilung Posens im Mai 1848 wurden einseitig preußische Interessen berücksichtigt. Der polnische Widerstand, der sich dagegen richtete, wurde von dem preußischen General Ernst von Pfüel militärisch unterdrückt.

Da beide Seiten mit der Lösung der Posener Frage nicht zufrieden waren, wurde diese erneut der Nationalversammlung vorgelegt¹⁴⁴. Hatte noch das Vorparlament die Teilung Posens als schmachvolles Unrecht bezeichnet und sich zum Bekenntnis seiner Wiederherstellung verpflichtet, so hatte der »Fünfziger Ausschuß« schon die von Preußen eingeleitete Teilungspolitik de facto angenommen. Auch die Nationalver-

142 Programm »Donnersberg« vom 31. Mai 1848 bei BOLDT (wie Anm. 134) S. 189.

143 Ibid. S. 189.

144 Günther WOLLSTEIN, Das »Großdeutschland« der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49, Düsseldorf 1977, S. 98–188, ausführliche Literatur zu diesem Thema S. 337–363.

sammlung bestätigte nach heftigen Debatten, in denen sich vor allem einzelne Abgeordnete der Linken und einige Katholiken für eine Wiederherstellung eingesetzt hatten, die Teilungspolitik Preußens.

Savoie war aufgrund seiner Kontakte zu polnischen Emigranten, die noch aus der Zeit des »Preß- und Vaterlandsvereins« in Paris herrührten und die nie abgebrochen waren, mit den Hoffnungen und Plänen der Polen vertraut. Ebenso wie die deutschen Emigranten hatten sich die polnischen Emigranten, nach der Februarrevolution, am 25. Februar 1848 in Paris zu einer »Société démocratique polonaise« zusammenschlossen. Neben den gleichen allgemeinen Zielen, der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit, galt ihr Kampf vor allem der Unabhängigkeit ihres Vaterlandes¹⁴⁵.

Mehr als den anderen Emigrantengruppen wurden den Polen von Lamartine Hoffnungen auf die Wiederherstellung Polens gemacht. Daher knüpften die französische Regierung und die polnischen Emigranten an die Teilung Posens große Hoffnungen. Diese wurden durch die einseitige Teilung Posens enttäuscht. Darauf appellierten die polnischen Emigranten von Paris aus an alle »Völker Europas«, vor allem aber an die Deutschen, sie in ihrem Kampf für die polnische Nationalität zu unterstützen. Gerade den Deutschen konnte nur ein unabhängiges Polen, so ihr Manifest, die Voraussetzung für den Erfolg ihrer eigenen Revolution bieten¹⁴⁶.

Aufgrund dieser Vorgänge engagierte sich Savoie besonders für eine Regelung der Posener Frage im Sinne der polnischen Emigranten. So versuchte er, den Präsidenten der Nationalversammlung, Heinrich von Gagern, von der Notwendigkeit einer Wiederherstellung Polens zu überzeugen¹⁴⁷. In diesem Zusammenhang legte er in seinen Gesandtschaftsberichten eingehend die Stellung der verschiedenen Fraktionen zur Posener Frage und damit zum Nationalitätenproblem dar.

Nur die Demokraten waren seiner Meinung nach bereit, sich der Sicht der französischen Außenpolitik anzuschließen: »Avec la démocratie victorieuse en Allemagne, la France aurait espéré que la paix et la concorde ne seraient point troublées: elles auraient été basées sur la liberté et sur l'intérêt des deux pays à la maintenir«¹⁴⁸.

Allein ein solches demokratisches Deutschland konnte die Voraussetzung für ein Bündnis zwischen Frankreich und Deutschland bieten: »Ou bien le parti de l'unité réussira dans ses efforts et l'Allemagne conquies définitivement sa liberté sans laquelle l'unité est impossible alors, asseyant sa nouvelle organisation sur les bases de la

145 La Réforme (28. février 1848): Das »Comité Central« wurde von Stanislas Worcell, Albert Darasz, Vincent Mazurkiewicz und General Sznayde geleitet.

146 La Réforme (14. Mai 1848): »Aux Peuples de l'Europe! Forcés d'abandonner les foyers de nos pères, la terre qui nous appartenait depuis des siècles, victimes d'une basse et honteuse trahison (...) nous adressons notre protestation solennelle à vous peuple de l'Europe! (...) Peuple allemand! Soit notre allié, car notre cause est commune et la Pologne indépendant sera ton boulevard (...)*«*, auch hier unterschrieb François Sznayde.

147 AE Corr. politique Allemagne 805, Francfort le 24. juin 1848, S. 206. Savoie: »Dans les conférences que j'ai eues avec M. Schmerling et Gagern à l'affaire du Grande-Duché de Posen, j'ai de nouveau insisté sur la justice de la cause polonaise, sur les contradictions flagrantes de la double attitude que la Diète Germanique a pris dans la question de Posen d'une part et dans celle de Schleswig-Holstein de l'autre et sur la nécessité de contribuer par une manifestation du parlement à la réparation due aux malheureux Polonais«.

148 Ibid. Francfort le 12. Août 1848, S. 243.

démocratie, elle sera et restera la franche et fidèle alliée de la France bien convaincue que cette alliance sera pour les deux pays le gage le plus sûr de la durée, et la stabilité de leur triomphe sur le système des anciens gouvernements«¹⁴⁹.

Von diesen Demokraten grenzt Savoye die Rechten der Nationalversammlung ab. Ihnen unterstellte er bei der Behandlung von außenpolitischen Fragen, bei denen es um die Angliederung deutschsprachiger Gebiete an den erst zu konstituierenden deutschen Einheitsstaat ging, ein egoistisches Denken, geradezu einen »esprit de vertige«¹⁵⁰. Hinter dem Schutz der deutschen Nationalität, bei dem es in der Diskussion über Posen, Schleswig-Holstein, Limburg und das italienische Tirol ging, stand nach Savoyes Ansicht bei jenen der Wille zur Vergrößerung des deutschen Reiches¹⁵¹. Dabei dachte er besonders an die »parti des anciens gouvernements«, denen er solche außenpolitischen Motive unterstellte, da sie »trop besoin de s'appuyer sur le sentiment national à défaut d'autre sympathie dans les masses«¹⁵².

Die oben zitierten Sätze widerlegen die Einschätzung, die Alexander Scharff in seinem Werk »Die Europäischen Großmächte und die deutsche Revolution« über Savoye und dessen Gesandtschaftsberichte äußert: »Die deutschen Demokraten wären von ihrer Illusion, daß ein Konflikt mit dem brüderlich verbundenen Frankreich niemals möglich sei, schnell geheilt worden, wenn sie die Berichte des französischen Agenten gelesen hätten. Denn Savoye sprach gehässig über den »Geist des Wahnsinns«, der das Frankfurter Parlament jedesmal erfasse, wenn es sich um eine Frage der Eroberung handele¹⁵³. Scharff, der die Gesandtschaftsberichte wahrscheinlich nicht einsehen konnte, verließ sich dabei auf einen Textauszug des Vicomte de Guichen¹⁵⁴. Dieser hatte lediglich den Satz »un esprit de vertige semblait s'emparer du Parlement de Francfort toutes les fois que se présentait une question de conquête et que la possibilité se laissait entrevoir d'agrandir le territoire sous prétexte de protéger la nationalité allemande« zitiert, der ihm als Argument für das Machtstreben aller Fraktionen im Frankfurter Parlament diene.

Der Zusammenhang, aus dem sich, wie oben dargestellt, ergibt, daß gerade die Demokraten von dem »Geist des Wahnsinns« ausgeschlossen wurden, ging dabei verloren. Um die Demokraten als die idealen Bündnispartner für Frankreich aufzu-

149 Ibid. Francfort le 2. Août 1848, S. 235.

150 AE Corr. politique Allemagne 805, Francfort le 27. Juillet 1848, S. 228, Savoye: »1°. Vous souviendrez peut-être, M. le ministre, que dans une autre occasion déjà, je vous ai signalé cet esprit de vertige, qui paraît s'emparer du parlement toutes les fois que se présente une question de conquête et que la possibilité se laisse entrevoir d'agrandir le territoire sous prétexte de protéger la nationalité allemande.«

151 Ibid. Francfort le 27. Juin 1848, S. 228. Savoye: »(...) à parler plus justement, la nationalité des habitants allemands dans quelques districts du Grand-Duché de Posen n'a été que le prétexte de l'incorporation (...)«; 12. Août 1848, S. 242: »Il me paraît dangereux d'attendre jusqu'au moment où l'opinion se sera familiarisée avec l'idée que le parlement n'a qu'à rendre de décrets, du haut de son autorité suprême, pour que Posen et Limbourg, Schleswig-Holstein, le Tyrol italien et une partie de la Lombardie, avec Venise soient déclarées de bonne prise.«

152 Ibid. Francfort le 12. Août, S. 243.

153 Alexander SCHARFF, Die Europäischen Großmächte und die deutsche Revolution, deutsche Einheit und europäische Ordnung, 1848–1851, Leipzig 1942, S. 83.

154 Eugène Vicomte de GUICHEN, Les Grandes Questions européennes et la diplomatie des puissances sous la Seconde République française, Bd. 2, Paris 1925–27, S. 138 ff.

bauen, tat Savoye ein weiteres, indem er den »parti des anciens gouvernements« in einen »parti prussien« und einen »parti autrichien« aufteilte. Für diese durch die Unterscheidung national gewordenen Parteien standen, so Savoyes Ansicht, vor allem die Wahrung ihrer nationalen Interessen im Vordergrund ihrer parlamentarischen Arbeit in der Nationalversammlung. Gerade bei der Debatte über Posen fand er dafür die Bestätigung. Denn das einstimmige Votum von seiten des »parti autrichien« für die preußische Teilung war der Preis, den der »parti autrichien« dem »parti prussien« für die Wahl von Erzherzog Johann zum Reichsvikar zahlte – so Savoye¹⁵⁵.

Gerade Preußen wachte über die gegenseitige Ausgewogenheit, da es ihm im Grunde um die eigene Vormachtstellung ging. »L'unité de l'Allemagne oui, à la condition que l'Allemagne devienne prussienne, un chef, un gouvernement central pour toute l'Allemagne oui, mais bien entendu dans la supposition que ce chef, ce gouvernement, ce soit le roi de Prusse ou tout au moins un prince de sa maison«¹⁵⁶. Von diesem »parti de la suprématie prussienne« konnte Frankreich, nach Savoye, nur Nachteile erwarten. Denn gerade diese Partei lehnte das revolutionäre Frankreich ab, dessen ideelle Macht es fürchtete. So kamen gerade von hier die Diffamierungen Frankreichs und der Versuch, sich von diesem abzusondern. Deshalb nennt Savoye diese Gruppierung gleichzeitig »parti séparatiste«¹⁵⁷.

Gegenüber diesem kam er auch hier wieder auf das vorher schon Gesagte zurück, nämlich auf die Verbindung zwischen einem republikanischen Frankreich und einem demokratischen Deutschland¹⁵⁸. Die Schlußfolgerung, die Savoye aus den oben dargelegten Beobachtungen und Überlegungen zog, hätten zu einer Neuorientierung der französischen Außenpolitik führen sollen: »N'est-ce pas dans une conviction analogue et qui honorera toujours la révolution de février, que le gouvernement de la République, rompant avec la politique des siècles passés, s'est associé par ses vœux sincères aux tendances vers l'unité de la révolution allemande«¹⁵⁹.

Doch war der französische Außenminister im August 1848 von einer solchen Neuorientierung Frankreichs gegenüber Deutschland nicht zu überzeugen. Mit Jules Bastide, der Lamartine nach den französischen Wahlen im April und der daraus resultierenden Kabinettsumbildung als Außenminister gefolgt war, begann sich der außenpolitische Kurs Frankreichs zu ändern. Bastide kehrte zur klassischen französischen Außenpolitik zurück und versuchte dabei, die konservativen Kräfte mehr zu stützen als die radikalen. Sein außenpolitischer Kurs konnte sich jedoch erst nach dem Juniaufstand in Paris durchsetzen.

Für den Juniaufstand wurde Savoyes politischer Freund Ledru-Rollin mitverantwortlich gemacht. Ledru-Rollin mußte deshalb aus der Regierung ausscheiden.

155 AE Corr. politique, Allemagne 805, Francfort le 27. Juillet 1848, S. 228. Savoye: »Pour trouver le véritable caractère de ce vote funeste, il faut selon moi, le chercher dans une espèce de transaction conclue au sein du parlement entre le parti prussien et le parti autrichien. Le sacrifice de Posen est le prix (...) que les Prussiens ont prêté à l'élection de l'Archiduc Jean et leur soumission au gouvernement du vicaire de l'Empire« (...).

156 Ibid. Francfort le 30. Mai 1848, Savoye an Lamartine, S. 174.

157 Ibid. Francfort le 2. Août 1848, Savoye an Bastide, S. 234.

158 AE Corr. politique Allemagne 805, Francfort le 2. Août 1848, S. 235.

159 Ibid. S. 235.

Savoyes Berufung war deshalb nur eine Frage der Zeit. Einen Vorwand dafür fand das französische Außenministerium in der offiziellen Ernennung von Erzherzog Johann zum Reichsverweser. Mit seiner Abberufung am 4. September 1848 wurde die Rückkehr in die alten Bahnen der früheren französischen Außenpolitik konsequent fortgeführt.

Mit Tallenay folgte nach Savoye ein französischer Gesandter, der schon in seinen ersten Berichten den konservativen Kurs der französischen Außenpolitik bestätigte: »Je n'hésite point à dire, que l'Allemagne unitaire démocratique est plus dangereuse pour la république qu'une Allemagne fédérale et soigneuse de garder intactes les limites territoriales des Etats qui composent aujourd'hui la confédération germanique (...)«¹⁶⁰.

Als Savoye im September 1848 nach Frankreich zurückkam, wurde dort das politische Leben von den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen bestimmt. Sie sollten für das Verhalten der französischen Regierung gegenüber dem Pfälzer Aufstand und für die Behandlung der Pfälzer Emigranten von entscheidender Bedeutung werden.

3. Erste Präsidentschaftswahl in Frankreich nach dem allgemeinen Wahlrecht

Drei Kandidaten hatten für die Wahl zum Präsidenten des republikanischen Frankreich im Dezember 1848 die meisten Aussichten: General Cavaignac, Louis Napoléon und Ledru-Rollin. Eugène Cavaignac, ein Bruder von Godefroy Cavaignac, der einer der Republikaner der ersten Stunde gewesen war, hatte als befehlshabender General den Juniaufstand in Paris siegreich beendet. Ausgelöst hatte diesen Juniaufstand die Schließung der Nationalwerkstätten.

Die Nationalwerkstätten waren am 28. Februar 1848 von der provisorischen Regierung eingerichtet worden und sollten den Arbeitslosen in Paris, deren Anzahl durch die Revolution gestiegen war, Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Die Nationalwerkstätten, die aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrise eine alle Berechnungen übersteigende Anzahl von Arbeitslosen nicht nur aus Paris, sondern auch aus den Provinzen anzogen, wurden zu einem der umstrittensten Projekte der provisorischen Regierung¹⁶¹. Bis zum 15. Juni 1848 wuchs die Zahl der in den Nationalwerkstätten versorgten Personen von anfangs 6100 auf 118310 an. Nachdem es der Nationalversammlung nicht gelungen war, ein situationsgerechtes Konzept für die Nationalwerkstätten zu entwickeln, griff sie am 21. Juni auf ein altes Projekt zurück. Nach diesem mußten sich alle Arbeiter von 18 bis 25 Jahren zwischen dem Eintritt in die Armee oder dem sofortigen Austritt aus den Nationalwerkstätten entscheiden. Die Annahme

160 AE Corr. politique Allemagne 806, Francfort le 29. Septembre 1848, de Tallenay an Bastide. Nach Tocqueville war es eine alte Tradition der französischen Diplomatie, »dahin zu streben, daß die Spaltung Deutschlands in eine große Anzahl unabhängiger Monarchien aufrechterhalten bleibt.« In: TOCQUEVILLE (wie Anm. 71) S. 344.

161 VIGIER (wie Anm. 69) S. 21; LA GORCE (wie Anm. 67) S. 280–283.

dieses Beschlusses, die de facto die Schließung der Nationalwerkstätten bedeutete, wurde auf geradezu provokante Weise im »Moniteur« vom 22. Juni veröffentlicht¹⁶².

Die Arbeiter, die sich aller Existenzmöglichkeiten entzogen sahen, begannen sich am 23. Juni zu formieren. Ihr Ruf »du travail ou du pain« markierte den verzweifeltsten Charakter dieses Aufstandes¹⁶³.

Der Juniaufstand, bei dem es sich um einen reinen Arbeiterkampf handelte, wurde von früheren Clubmitgliedern, Soldaten der alten republikanischen Garde und den Arbeitern der Nationalwerkstätten geführt. Ihnen stand General Cavaignac gegenüber, den die Nationalversammlung mit der Verteidigung der Hauptstadt beauftragt hatte. Cavaignac gelang es, mit einer Übermacht von 50000 Mann und durch eine gerade bei Straßenkämpfen äußerst geeignete Strategie, den Kampf nach drei Tagen zugunsten der Regierung zu beenden.

Nach dem Juniaufstand übertrug die Nationalversammlung dem siegreichen General Cavaignac die Regierung. Der zweite Kandidat für die Präsidentschaftswahlen im Dezember 1848 war Louis Napoléon, ein Neffe Napoléons I. Seine hervorstechendste Eigenschaft war sein absoluter Glaube an seine Vorbestimmung, Nachfolger seines Onkels zu werden. Dieser Glaube an seine historische Sendung hatte ihn veranlaßt, zwei Staatsstreiche in Straßburg und Boulogne zu inszenieren. Bei den Staatsstreichen hatte er sich ausschließlich auf die Magie seines Namens verlassen, und beide waren daher dilettantisch vorbereitet worden. So war es der Regierung jedesmal gelungen, sie innerhalb kurzer Zeit niederzuschlagen¹⁶⁴.

Nach dem Juniaufstand begann sein Name jedoch, neuen Glanz zu gewinnen. So war er im September in fünf Departements, der Charante-Inférieure, Corse, Moselle, l'Yonne und der Seine, gleichzeitig zum Abgeordneten der Nationalversammlung gewählt worden. Der dritte Kandidat für die Präsidentschaft in Frankreich, Ledru-Rollin, ist uns als Freund von Joseph Savoye hinreichend bekannt¹⁶⁵.

Gewählt wurde Louis Napoléon, der die Dezemberwahlen mit überwältigender Mehrheit gewann. Er erhielt 5434226 Stimmen, Cavaignac im Vergleich dazu nur 1448107, Ledru-Rollin wurde mit 370119 Stimmen weit abgeschlagen¹⁶⁶. Der Wahlerfolg von Louis Napoléon war vor allem darauf zurückzuführen, daß bei dieser ersten allgemeinen Präsidentschaftswahl in der Geschichte Frankreichs allein sein Name bei den Massen durchgedrungen war. Er war nicht nur von den Arbeitern, die sich mit ihrer Entscheidung für Louis Napoléon bewußt gegen Cavaignac, den Bezwingen des Juniaufstandes, wandten, gewählt worden, sondern auch von der Mehrheit der Bauern. Bei beiden Volksgruppen hatte folgendes, von einem Zeitgenos-

162 LA GORCE (wie Anm. 67) S. 326.

163 Ibid. S. 331.

164 Zur Persönlichkeit Louis Napoléons sehr treffend: Charles de REMUSAT, *Mémoires de ma vie*, Bd. 4 1841–1851, C. H. POUTHAS (Hg.) Paris 1959, 1960, 1962, S. 360f.; TOCQUEVILLE (wie Anm. 71) S. 286.

165 Adrien DANSETTE, *Histoire du Second Empire*, Paris 1961; Frederic Arthur SIMPSON, *Louis Napoléon and the recovery of France*, London 1960; Pierre DOMINIQUE, *Louis Napoléon et le coup d'Etat du deux Décembre*, Paris 1951; Theodore ZELDIN, *The political system of Napoleon III*, London 1958; Maurice de LA FUYE et Emile Albert BABEAU, *Louis Napoléon Bonaparte avant l'empire*, Paris 1951.

166 Charles SEIGNOBOS, *La Révolution de 1848, Le Second Empire, 1848–1851*, in: Ernest LAVISSE (Hg.) *Histoire de France contemporaine depuis la Révolution jusqu'à la paix de 1919*, Bd. 6, Paris 1921, S. 127.

sen treffend beschriebenes Gefühl eine entscheidende Rolle gespielt: »ce naïf entraînement des hommes du peuple vers tout ce qui se colore d'un reflet d'honneur et de gloire (...)«¹⁶⁷.

Die Voraussetzung für die Wahl Louis Napoléons hatte jedoch Adolphe Thiers und der von ihm geführte konservative »parti de l'ordre« geschaffen. Erst als Thiers Louis Napoléon, der in der Nationalversammlung selbst über keine Anhängerschaft verfügte, unterstützte, wurde seiner Kandidatur das entscheidende politische Gewicht verliehen. Bedingung für dieses Engagement von Thiers war, daß Louis Napoléon unter anderem die Erfüllung der beiden folgenden außenpolitischen Forderungen zusagen mußte:

Die für unsere These relevanten Punkte waren dabei:

»3° Refuser de reconnaître l'Assemblée révolutionnaire de Francfort.

4° Soutenir en Italie le roi de Sardaigne contre les républicains«¹⁶⁸.

Mit dem Akzeptieren dieser beiden Punkte war der außenpolitische Kurs Louis Napoléons vorgezeichnet. Das Frankfurter Parlament konnte demnach, ebensowenig wie die deutschen Demokraten, Sympathie, geschweige denn Unterstützung erwarten. Damit kommen wir nun zu einem Wendepunkt in der Einstellung Frankreichs gegenüber Deutschland und dessen Bemühen, ein neues Deutschland zu schaffen.

Hatte die Regierung Frankreichs bisher Sympathie gegenüber der deutschen Nationalversammlung gezeigt – dies wurde vor allem in der Entsendung Savoyes als Geschäftsträger der französischen Regierung sichtbar –, so zeigte die Regierung Frankreichs unter Louis Napoléon eine negative Haltung gegenüber der deutschen Nationalversammlung.

Ebenso wie die Republikaner in Italien, deren Aufstand für eine Republik in Rom von französischen Truppen beendet wurde, bekamen die deutschen Demokraten diesen Umschwung der französischen Politik zu spüren. Denn die weiteren Konsequenzen dieser Neuorientierung wurden während des badischen und pfälzischen Aufstandes offensichtlich. Die französische Regierung verweigerte beiden Ländern, trotz Hilfesuchen, jegliche Unterstützung. Die einzige Unterstützung, die sich ihnen bot, kam von Ledru-Rollin, dem Freund Savoyes. Er war auch der einzige Politiker Frankreichs, der die deutschen Verhältnisse in ihrer besonderen Problematik zu verstehen suchte. Seine spätere Einstellung gegenüber dem Pfälzer Aufstand findet sich bereits in seinen außenpolitischen Überlegungen, die er zu diesem Thema am 2. Oktober 1848 vor der französischen Nationalversammlung hielt. In seiner Rede sieht er nur in einem demokratisch-geeinten Deutschland den wahren Bundesgenossen für Frankreich: »Le gouvernement provisoire, par l'organe de M. de Lamartine avait déclaré que la France appuierait en Allemagne le mouvement qui s'y opère vers l'unité; vous savez citoyens ce que c'est que l'unité allemande; (...) c'est la démocratie, c'est la liberté (...)«¹⁶⁹. Auch er stellt Preußen und Österreich als die Gegner für ein im Sinne Frankreichs geeintes Deutschland hin: »l'unité allemande, permettez-moi de vous le dire, c'est l'effacement en Allemagne de la prépondérance de l'Autriche et de la

167 Albert MAURIN, *Histoire de la Présidence de Louis Napoléon Bonaparte*, Paris 1851, S. 38.

168 Zitat von SEIGNOBOS (wie Anm. 166) S. 126.

169 A. A. LEDRU-ROLLIN, *Discours politiques et écrits*, Bd. 2, Paris 1879, S. 124.

prédominance de la Prusse«¹⁷⁰. Diese Gedanken kennen wir bereits aus den Gesandtschaftsberichten Savoyes. Aufgrund der fast identischen Übereinstimmung kann davon ausgegangen werden, daß Ledru-Rollin die Einschätzung Savoyes im Hinblick auf Deutschland übernommen hat. Hierin findet sich der einzige konkrete Erfolg, den Savoyes Gesandtschaftsberichte erreicht haben.

Da sich im Oktober ein möglicher Bruch zwischen der demokratischen Linken und ihrer außerparlamentarischen Anhängerschaft gegenüber den Rechten im Frankfurter Parlament anzubahnen schien, wies Ledru-Rollin auf eine Möglichkeit hin, die sich daraus für Frankreich ergeben könnte: »la coalition de tous les Etats méridionaux plus ou moins rapprochés des rives du Rhin, qui, s'ils n'obtiennent pas l'unité fédérale, avec indépendance de la Prusse et de l'Autriche, se déclareront libres et feront appel, au besoin, à la France pour soutenir leur communauté de principes démocratiques contre les grandes puissances (...)«¹⁷¹.

Die gleiche Konstellation hatte Savoye auch schon in seinen Gesandtschaftsbriefen erwogen. Nach einem möglichen Sieg der Rechten müsse man mit einem Bruch »entre les deux parties du Sud et du Nord le l'Allemagne, et à un dernier combat désespéré entre les deux camps« rechnen¹⁷². Auch Savoye ging in einem solchen Fall davon aus, daß sich die Demokraten der südlichen Region an Frankreich wenden würden. Die hier deutlich gewordene Übereinstimmung von Savoye und Ledru-Rollin gegenüber Deutschland und seiner speziellen Problematik kann auch für ihre Haltung gegenüber dem späteren Aufstand in der Pfalz und Baden vorausgesetzt werden. Die nun folgende Darstellung der politischen Auseinandersetzungen in Frankreich wird deshalb von dem Gesichtspunkt bestimmt, inwieweit Savoye und Ledru-Rollin aufgrund ihrer eigenen politischen Stellung in der Lage waren, den Pfälzern Hilfe zu leisten.

Nach der Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen bot sich für Ledru-Rollin und seine politischen Anhänger in der Innenpolitik der neuen Regierung eine Möglichkeit, wieder politisches Terrain in Frankreich zu gewinnen. Auch die Innenpolitik wurde von einem Kabinett, das aus Mitgliedern des »parti de l'ordre« unter Leitung von Odilon Barrot gebildet worden war, bestimmt. Mit Odilon Barrot, Léon Faucher, der Innenminister wurde, und Edouard Drouyn de Lhuys als Außenminister gewannen Anhänger der früheren dynastischen Opposition während der Julimonarchie, die nach der Februarrevolution von Ledru-Rollin und Lamartine ausgeschaltet worden waren, die schon lange angestrebte Regierungsverantwortung. Die nächsten Monate in der französischen Innenpolitik waren daher einmal von einem aus ihrer früheren Oppositionshaltung resultierenden Mißtrauen gegenüber jedem Staatschef, und damit gegenüber Louis Napoléon und dessen politischen Absichten, geprägt und zum anderen durch den Konfrontationskurs, den Odilon Barrot und der »parti de l'ordre« gegen Ledru-Rollin und die »La Montagne« führte¹⁷³.

Um die Republikaner, die im April 1848 in die Nationalversammlung gewählt worden waren, auszuschalten, drangen Odilon Barrot und sein Kabinett auf Neuwah-

170 Ibid. S. 124.

171 Ibid. S. 124.

172 AE Corr. politique Allemagne 805, Francfort le 2. Août 1848, Savoye an Bastide, S. 235.

173 LA GORCE (wie Anm. 67) S. 8f.; VIGIER (wie Anm. 69) S. 58f.

len. Sie konnten sich damit durchsetzen, die Neuwahlen wurden für Anfang Mai anberaumt. Bis Mai konzentrierte sich daher das politische Engagement der verschiedenen politischen Gruppierungen auf die bevorstehenden Parlamentswahlen. Am konsequentesten ging dabei die von Ledru-Rollin schon für die Propagierung seiner Präsidentschaft im September 1848 gebildete Wahlorganisation, »La Solidarité républicaine«, vor. Unter der Leitung ihres Generalsekretärs Delescluze und ihres Präsidenten Martin Bernard war sie nach dem Vorbild der uns aus der Zeit der Julimonarchie her bekannten »Société des Droits de l'Homme« organisiert worden¹⁷⁴. Zu ihren Mitgliedern gehörte die alte republikanische Garde, Ledru-Rollin, Guinard, Gambon, Deville, Felix Pyat¹⁷⁵.

War für den Präsidentschaftswahlkampf noch die Forderung nach dem Recht auf Arbeit der bestimmende Wahlslogan gewesen, so zog die »Solidarité républicaine« aus dem relativ schlechten Abschneiden Ledru-Rollins, vor allem auf dem Lande, die entsprechenden Konsequenzen. Neben der Forderung nach dem Recht auf Arbeit wurde die Einrichtung von bäuerlichen Kreditbanken verlangt. Da die Bauern unter ständigem Mangel an flüssigen Geldmitteln litten, sollte die Einrichtung solcher Kreditbanken auf dem Lande dieses Mißverhältnis ausgleichen¹⁷⁶. Um ihr Engagement für die Bauern zu demonstrieren, setzte die »Montagne« in der Nationalversammlung auch die Verminderung der Salzsteuer durch¹⁷⁷. Diese Reformen und Vorschläge wurden zusammen mit den schon von der »Montagne« und ihren Anhängern errungenen innenpolitischen Erfolgen auf zahlreichen von Mitgliedern der »Société républicaine« organisierten Banketten verbreitet und in politisch nahestehenden Zeitungen publiziert¹⁷⁸. Vor allem der Niederrheinische Kurier, »Le Courrier du Bas-Rhin« und der von Emile Küss am 1. Januar 1849 gegründete »Démocrate du Rhin« verbreiteten die Ansichten der »Montagne« in Straßburg, während sie in Colmar von Charles Frédéric Meyer in dem von ihm geleiteten »Le Rhin« publiziert wurden. Joseph Savoye warb für das Programm der »Montagne« und kandidierte für einen Abgeordnetensitz in der französischen Nationalversammlung in Colmar. Hier sollte sich ihm die Gelegenheit bieten, als Vermittler zwischen Frankreich und Deutschland fungieren zu können und gleichzeitig für die »Sache der Freiheit«, die, wie er an seine Wähler des Oberrheins geschrieben hatte, die seines »ganzen Lebens« gewesen sei, zu kämpfen¹⁷⁹. Denn in der Zeit, in der Savoye seine Wahl im Elsaß betrieb, fiel die entscheidende Auseinandersetzung über die Reichsverfassung in Deutschland.

174 SEIGNOBOS (wie Anm. 166) S. 125.

175 WEILL (wie Anm. 25) S. 228 ff.; LA GORCE (wie Anm. 67) S. 15 f.

176 WEILL (wie Anm. 25) S. 241 f.

177 LA GORCE (wie Anm. 67) S. 9.

178 ADS II M 79, 29. Avril 1849, Blatt 36, banquet démocratique à la Robertsau, bei dem auch Deutsche teilnahmen. III M 74 Blatt 17, Strasbourg, le 5. Mai 1849, ein Bankett in Bischwiller, das von den Kandidaten der »Montagne« in Straßburg, Beyer, Ennery und Kapp, veranstaltet wurde; La Réforme (Jeudi 3. Mai 1849). Bei diesem Bankett, das in Moulin stattfand und an dem auch Ledru-Rollin teilnahm, wurden die Teilnehmer, vorwiegend Bauern, von uniformierten Nationalgardisten provoziert und tätlich bedroht.

179 BN Le⁶⁴. 409. 797. (wie Anm. 121).

4. Die Reichsverfassungskampagne in der Pfalz

In der Pfalz war für die Durchsetzung der Reichsverfassung am 2. Mai 1849 ein Landesverteidigungsausschuß gewählt worden. Organisiert hatte diese Wahl der schon bei den Frankfurter Parlamentswahlen hervorgetretene Volksverein. Von ihm war eine Volksversammlung am 2. Mai in Kaiserslautern einberufen worden. Diese wählte die beiden Frankfurter Parlamentsabgeordneten Martin Reichard und Nikolaus Schmitt an die Spitze des Landesverteidigungsausschusses und als weitere Parlamentarier Friedrich Schüler, August Culmann und Georg Friedrich Kolb in den Vorstand. Daneben gehörten die Landtagsabgeordneten Dr. Philipp Hepp, Dr. Harnitz, Dr. Theodor Greiner und die Kreisaußschußmitglieder Peter Fries, Notar Karl Wilhelm Schmidt und Heinrich Didier dem Landesverteidigungsausschuß an¹⁸⁰. Das höchste Ziel dieses Landesverteidigungsausschusses war es, die bayerische Regierung zur Anerkennung der Reichsverfassung zu zwingen.

Die Reichsverfassung war am 28. März 1849 verkündet und in zwei Abschnitten verabschiedet worden. So war die Beratung und Verabschiedung der Grundrechte vorgezogen worden. Sie lagen seit dem 20. Dezember 1848 dem deutschen Volk und den einzelnen Regierungen vor. Die Grundrechte beinhalteten vor allem individuelle Freiheitsrechte, die auf die Forderungen des bürgerlichen Liberalismus zurückgingen und vor allem die Märzforderungen miteinschlossen. So garantierten sie die Gleichheit vor dem Gesetz, die Sicherung der Person vor willkürlicher Verhaftung, die Abschaffung der Todesstrafe, die Vereins- und Versammlungsfreiheit, die Meinungs-, Lehr-, Forschungs- und Pressefreiheit, Ministerverantwortlichkeit, Religionsfreiheit, die auch für deutsche Minderheiten wie die Juden Geltung hatte, Schutz und Freiheit des Eigentums, freien Unterricht in Volksschulen und niederen Gewerbeschulen, Abschaffung aller Standesvorrechte wie Patrimonialgerichtsbarkeit, persönliche Abgaben und Leistungen¹⁸¹.

In der Reichsverfassung selbst waren die Rechte des Reichsoberhauptes und der Reichsregierung insgesamt geregelt. Die Beratungen über die Reichsverfassung hatten am 19. Oktober 1848 begonnen. Zum Hauptproblem entwickelte sich die Auseinandersetzung über die Rechte des zukünftigen Staatsoberhauptes. Schließlich konnte sich Heinrich von Gagern mit seinem Vorschlag einer »kleindeutschen« Lösung und einem preußischen Erbkaisertum durchsetzen. Dieser Kompromiß war mit Hilfe zahlreicher Linker des Parlamentes zustande gekommen, die dafür ihre Forderung nach einem geheimen und direkten Wahlrecht als Gegenleistung bekamen. Aufgrund des »Simon-Gagern-Paktes«, wie dieser Kompromiß zwischen einem Teil der Linken und einem Teil des rechten Zentrums genannt wurde, wurde das Erbkaisertum am 27. März 1849 mit 267 gegen 263 Stimmen angenommen. Am 28. März 1849 wurde Friedrich Wilhelm IV. mit 290 Stimmen bei 248 Enthaltungen zum Kaiser gewählt. Gleichzeitig wurden die Reichsverfassung und das Reichswahlgesetz amtlich verkündet¹⁸². Ende März bot eine Delegation der Nationalversammlung mit ihrem Präsi-

180 Allgemeine Zeitung 125 (5. Mai 1849); KOLB (wie Anm. 23) S. 195f.

181 FABER (wie Anm. 10) S. 257f.; VALENTIN (wie Anm. 126) S. 314.

182 Sehr ausführlich VALENTIN (wie Anm. 126) S. 374; Ernst Rudolf HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 2, Stuttgart 1957–63, S. 821.

ten Eduard Simson an der Spitze Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone an. Nach zunächst widersprüchlichen und verklausulierten Erklärungen lehnte König Wilhelm IV. die Kaiserkrone am 28. April 1849 ab¹⁸³.

Nach der Ablehnung der Kaiserwürde geriet das Frankfurter Parlament in ein Dilemma. Die Reichsverfassung, die zusammen mit der Wahl König Friedrich Wilhelms Gesetzeskraft erlangt hatte, wurde als Akt der souveränen Nation angesehen und bedurfte nicht der Zustimmung der Einzelstaaten. Sie beanspruchte mit ihrer Verkündung durch den Parlamentspräsidenten Eduard Simson am 28. März 1849 Rechtskraft. Um diesen Anspruch durchzusetzen, appellierte die Nationalversammlung, gestützt auf ihre moralische Autorität, an das deutsche Volk, die Verfassung anzuerkennen. Dadurch gelang es ihr, 28 Regierungen von ihrer Gesetzmäßigkeit zu überzeugen. Nur in Bayern, Österreich, Preußen, Württemberg, Hannover und Sachsen wurde die Reichsverfassung nicht anerkannt. In Württemberg wurde König Wilhelm dann durch den Druck der öffentlichen Meinung gezwungen, die Reichsverfassung anzunehmen¹⁸⁴. Die bayerische Regierung hatte sich am 28. April 1849 gegen die Reichsverfassung ausgesprochen. Deren nachträgliche Anerkennung durch die bayerische Regierung war nun erklärtes Ziel des Landesverteidigungsausschusses in der Pfalz. Unterstützung fand er dabei vor allem auf seiten der pfälzischen Landtagsabgeordneten. Kolb, Schüler, Stockinger, Spatz, Tafel und Umscheiden riefen die Bewohner der Pfalz dazu auf: »Die von der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung verkündete Reichsverfassung ist mit ihrer Verfassung, gleichviel welche Lösung die Oberhauptsfrage noch erhalten möge, Gesetz in ganz Deutschland geworden. Die Nichtanerkennung derselben von seiten einer einzelnen Regierung ist eine strafbare Auflehnung gegen die neugeschaffene Ordnung, jeder gewalttätige Angriff ein Hochverrath gegen die deutsche Nation. Jeder Bürger verpflichtet sich mit Gut und Blut für das Reichsgesetz einzustehen (...)«¹⁸⁵. Gleichzeitig konnten die Pfälzer Abgeordneten in Frankfurt den noch amtierenden Präsidenten Heinrich von Gagern davon überzeugen, einen Reichskommissär in die Pfalz zu senden, um dem dortigen Landesverteidigungsausschuß einen legalen Charakter zu verleihen¹⁸⁶. Am 7. Mai erließ der Reichskommissär Eisenstuck, ein Mitglied der linken Fraktion »Nürnberger Hof«, der auch Georg Friedrich Kolb angehörte, folgende Bekanntmachung: »Der Landesverteidigungsausschuß wird als Landesausschuß für die Verteidigung und Durchführung der deutschen Reichsverfassung bestätigt. Er ist berechtigt, die ihm hierzu erforderlich scheinenden Maßnahmen zu treffen, soweit sie nicht in die Befugnisse der zu Recht bestehenden Landesbehörden eingreifen, und darf gegen gewaltsame Angriffe gegen die Reichsverfassung in der Pfalz äußersten Falles selbständig einschreiten«¹⁸⁷. Damit war der Landesverteidigungsausschuß dem

183 FABER (wie Anm. 10) S. 265: »Diese Entscheidung beruhte, nach allen Äußerungen Friedrich Wilhelms, auf seiner ungebrochenen Loyalität gegenüber der Kaisertradition der Habsburger und auf seiner Überzeugung von der Unvereinbarkeit des Gottesgnadentums mit einer aus dem Parlament hervorgegangenen Kaiserwürde. Sie war für ihn, wie er an Ernst Moritz Arndt schrieb, das eiserne Halsband der Knechtschaft, durch das er der Revolution leibeigen gemacht werden sollte.«

184 FABER (wie Anm. 10) S. 266f.

185 Allgemeine Zeitung 123 (3. Mai 1849).

186 Allgemeine Zeitung 129 (9. Mai 1849); KOLB (wie Anm. 23) S. 198.

187 Zitat bei KOLB (wie Anm. 12) S. 199.

Schutz der Reichsgewalt in Frankfurt unterstellt und handelte gleichsam in deren Auftrag.

Davon war auch die pfälzische Bevölkerung überzeugt. Ihre Gefühle in dieser Phase schildert Eisenstuck in einer Darstellung über seine Wirksamkeit als Reichskommissär äußerst treffend. Er sei der Überzeugung, daß »die Erhebung des Pfälzer Volkes durch alle Schichten hindurch nichts anderes ist, als der tiefgefühlte Unwille eines durch seine freien Institutionen durch und durch politisch gebildeten Volksstammes über die Schmach einer unerträglichen Rechtsverletzung (...)«¹⁸⁸. Trotz dieser moralischen Aufwertung des Landesverteidigungsausschusses war die bayerische Regierung nicht bereit, ihre Einstellung gegenüber der Reichsverfassung und der pfälzischen Bewegung aufzugeben. In einer Proklamation vom 9. Mai 1849 erklärte der bayerische König Max II. die Einsetzung des Landesverteidigungsausschusses für gesetzwidrig. Auch dem Vorsitzenden des Frankfurter Parlamentes, Heinrich von Gagern, der trotz allem immer noch einen Ausgleich mit den Regierungen anstrebte, die die Reichsverfassung nicht anerkannt hatten, gingen die Zugeständnisse, die Eisenstuck gegenüber dem pfälzischen Landesverteidigungsausschuß gemacht hatte, zu weit. Wegen Überschreitung seiner Kompetenzen wurde Eisenstuck am 11. Mai vom Reichsministerium nach Frankfurt zurückberufen.

Damit war die Möglichkeit, die Bewegung in der Pfalz in legale Bahnen zu führen und die Reichsverfassung mit Hilfe der Autorität des Frankfurter Parlamentes in ganz Bayern durchzusetzen, beendet. Nach übereinstimmender Auffassung hätte die Anerkennung der Reichsverfassung von seiten der bayerischen Regierung der ganzen Bewegung in der Pfalz die moralische Rechtfertigung entzogen¹⁸⁹. Doch schien die bayerische Regierung daran nicht interessiert zu sein. Denn wie der bayerische Außenminister von der Pfordten dem französischen Gesandten Armand Lefèbvre gegenüber ausführte, sei die Pfalz für Bayern nur von sekundärem Interesse. Das Wesentliche bei dem Kampf um die Reichsverfassung sei nicht, ob der Aufstand in dieser Provinz triumphiere oder bezwungen werde, sondern wer insgesamt den Sieg davontrage, Frankfurt oder die Dynastien. Denn an dem Tag, an dem das monarchische Prinzip und die Unabhängigkeit der Kronen der Gefahr entkommen sei, die sie im Moment bedränge, käme die Pfalz von selbst demütig und reumütig zurück¹⁹⁰.

Den letzten Anstoß zur Umwandlung des Landesverteidigungsausschusses in eine provisorische Regierung gab die Bildung eines Landesausschusses in Baden. Dieser war auf einer Volksversammlung am 13. Mai 1849 in Offenburg gebildet worden. An dieser hatten 35 000 Bürger, unter ihnen auch Pfälzer, darunter Joseph Savoye, der aus Colmar gekommen war, teilgenommen.

Das Programm des Landesverteidigungsausschusses sah ein Bündnis zwischen der Pfalz und Baden vor, welches zum Zweck des Beistands am 17. Mai zwischen der badischen Exekutivkommission und der provisorischen Regierung abgeschlossen wurde¹⁹¹. Auf einer Volksversammlung am 16. Mai in Kaiserslautern drangen daher

188 Allgemeine Zeitung 137 (17. Mai 1849).

189 Allgemeine Zeitung 139 (19. Mai 1849); RENNER (wie Anm. 119) S. 128 f.

190 AE Corr. politique Bavière 225, Munich le 14. Mai 1849, Lefebvre an Außenminister Edouard Drouyn de Lhuys, (Blatt 49).

191 Über den badischen Aufstand und seine Hintergründe PEISER (wie Anm. 5) S. 186–194.

die Mitglieder des bisherigen Landesausschusses auf die Bildung einer provisorischen Regierung in der Pfalz. Am 17. Mai 1849 wurde die provisorische Regierung aus den fünf Mitgliedern des bisherigen Landesverteidigungsausschusses gebildet. Neben Martin Reichard und Nikolaus Schmitt wurden August Culmann, Friedrich Schüler und Georg Friedrich Kolb in den Vorstand der provisorischen Regierung gewählt. Doch nahmen weder Culmann, Schüler noch Kolb die Wahl an. Sie glaubten zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr an einen Erfolg des pfälzischen Aufstandes¹⁹². An ihre Stelle traten die Ersatzmänner Dr. Philipp Hepp, Peter Fries und Theodor Greiner.

Die einzelnen Aufgabenbereiche der provisorischen Regierung waren nach dem Vorbild der französischen Revolution in Departements gegliedert. Der Notar Martin Reichard erhielt darin die Präsidentschaft und das Departement des Krieges, der Notar Nikolaus Schmitt das Innere, der Rechtskonsulent Theodor Greiner das Äußere, der Rechtskandidat Peter Fries die Justiz und der praktische Arzt Dr. Philipp Hepp die Finanzen. Schon bald zeigte sich jedoch, daß die fünf provisorischen Minister weder die beruflichen Voraussetzungen noch die militärischen Qualifikationen für die Leitung einer provisorischen Revolutionsregierung besaßen. Vor allem auf militärischem Sektor wurde diese Unerfahrenheit sehr deutlich. Schon die erste Aktion auf diesem Gebiet wurde ein Fehlschlag.

Der Landesverteidigungsausschuß hatte den Schweizer General Dufour zum Oberbefehlshaber der pfälzischen Streitkräfte berufen, ohne ihn vorher konsultiert zu haben. Dufour lehnte, durch dieses ungeschickte Vorgehen brüskiert, den Posten des Oberbefehlshabers ab. Der zweite Oberbefehlshaber, der daraufhin ernannt wurde, der österreichische Offizier Ferdinand Fenner von Fenneberg, stieß auf vielfache Kritik, da er einen zweifelhaften Ruf in Militärkreisen hatte¹⁹³. So war der Landesverteidigungsausschuß, ebenso wie später die provisorische Regierung, von vorneherein gerade auf militärischem Gebiet auf kompetente Hilfe von außen angewiesen. Martin Reichard, dem die Organisation des Widerstandes oblag, schien diesen Mangel offensichtlich früh erkannt zu haben. Er wandte sich schon vor dem 10. Mai 1849 an Joseph Savoye, der zu diesem Zeitpunkt seine Kandidatur in Colmar betrieb, mit der Bitte, Offiziere für die Pfalz in Frankreich zu rekrutieren¹⁹⁴. Der Mangel an fähigen Offizieren blieb bis zum Ende des Pfälzer Aufstandes eines der größten Probleme. Doch ist es für unseren Zusammenhang wesentlich entscheidender, daß schon zu diesem Zeitpunkt der erste Kontakt zwischen dem Landesverteidigungsausschuß und einem französischen Vertreter der »Montagne«, nämlich Joseph Savoye, aufgenommen wurde.

Für Renner, der die bisher letzte Dissertation über den Pfälzer Aufstand schrieb, sind die Männer der provisorischen Regierung »mehr Geschobene als Schiebende. Die Hintermänner, ausländische Agitatoren und Berufsrevolutionäre, landfremde Abenteuerer, Vagabunden und radikal gesinnte Mitglieder der Arbeitervereine hielten die Fäden in der Hand«¹⁹⁵. Welche Hintermänner dies sein könnten, wird bei Renner

192 KOLB (wie Anm. 12) S. 202f.

193 KOLB (wie Anm. 12) S. 198.

194 LAS-OLG-J 1 Fasz. 317, Brief an Reichard vom 10. Mai, Schreiber unleserlich.

195 RENNER (wie Anm. 119) S. 215f.

nirgends aufgeschlüsselt. Baumann erkennt die Rolle, die Joseph Savoye für den Pfälzer Aufstand spielte, sehr gut. Doch sind ihm die innenpolitischen Zusammenhänge in Frankreich wohl nicht geläufig, wenn er schreibt: »Am 29. Mai war in Paris die Nationalversammlung eröffnet worden, in der die Montagnards nicht ganz ein Drittel der Sitze innehatten. Diese, nach dem Ergebnis der Präsidentenwahl im Dezember vor auszusehende Schwäche der Linken lähmte ihre Initiative nicht, sondern bestärkte sie in ihrer Absicht, die Entscheidung außerhalb des Parlaments auf der Straße zu suchen«¹⁹⁶. Wir werden im folgenden sehen, daß die Montagnards gerade aus den Wahlen vom 13. Mai gestärkt hervorgingen und aufgrund dieser Stärke eine Entscheidung suchten; Faber, der eine gute Zusammenfassung der Geschichte dieser Zeit bietet, vertritt die Meinung, daß die nichtpfälzischen Mitglieder in der Pfalz vergeblich versuchten, »die Unterstützung Gleichgesinnter oder gar der Regierung in Frankreich zu gewinnen«¹⁹⁷.

Ein wichtiger Verbindungsmann zwischen der provisorischen Regierung der Pfalz und Frankreich wurde Joseph Savoye. Welche Motive mögen Savoye wohl zu diesem Engagement bewogen haben? Einmal war es sein Sendungsbewußtsein, das ihn, wie er auf der Offenburger Volksversammlung am 13. Mai 1849 sagte, für die »Heilige Sache« kämpfen ließ¹⁹⁸. Diese »Heilige Sache« war für ihn, wie wir aus seinem Glaubensbekenntnis an seine Wähler in Colmar wissen, einmal die Republik und zum anderen die »heilige Pflicht, als Vermittler zwischen Frankreich und Deutschland dienen zu können«¹⁹⁹. So schrieb er auch in einem Artikel in der »Réforme« ganz begeistert über den rein republikanischen Charakter der badischen und pfälzischen Bewegung und ihrer Sympathie für Frankreich²⁰⁰. Daneben müssen wir aber sein Engagement auch in engem Zusammenhang mit der innenpolitischen Auseinandersetzung in Frankreich sehen. Als Kandidat der »Montagne« in Colmar vertrat Savoye auch deren Programm. So trat die »Montagne« bei den Maiwahlen als entschiedener Gegner der von dem »parti de l'ordre« bestimmten Politik Louis Napoléons auf. Vor allem dessen Außenpolitik stand im Kreuzfeuer der Kritik. Die »Montagne« warf der Regierung vor, in ihrer Außenpolitik nicht republikanischen Maßstäben zu folgen, sondern sich monarchischen Interessen zu unterwerfen.

Gerade der Aufstand in Baden und der Pfalz diente daher Savoye und der »Montagne« als idealer Vorwand, ihre rein republikanischen Absichten gegenüber diesen beiden Ländern im Gegensatz zu denen der offiziellen Politik der Regierung herauszustreichen: »Nous en sommes arrivés à nous féliciter chaque fois que les peuples, nos voisins, faisant preuve d'une rare et honorable impartialité, veulent bien ne pas mettre sur le compte de la France, qui est toujours brave et dévouée, les inintelligentes lâchetés d'un gouvernement antinational antirépublicain« (...) ²⁰¹.

Darüber hinaus spiegelt der Bericht Savoyes die Spannung zwischen der »Montagne« und der Regierung Napoleons wider und weist mit seiner Drohung gegen diese auf einen zu erwartenden Machtkampf in Frankreich hin. »Le citoyen Savoye, ancien

196 BAUMANN (wie Anm. 3) S. 170.

197 FABER (wie Anm. 10) S. 271.

198 AE Corr. politique Bade 35, 16. Mai 1849, Bassano an Drouyn de Lhuys (Blatt 111).

199 BN Le. 64. 409. 797. (wie Anm. 121).

200 La Réforme 134 (18. Mai 1849).

201 La Réforme 134 (18. Mai 1849).

chargé d'affaires de la République à Francfort avait été choisi par une députation du département du Haut-Rhin, de porter la parole et d'offrir aux démocrates allemands les salutations fraternelles, les vœux sympathiques des républicains démocrates socialistes de France, en attendant qu'un gouvernement plus démocratique, plus français leur permette de prouver leur dévouement solidaire d'une manière plus efficace (...)»²⁰².

Nach den Wahlen, bei denen die »Montagne« im Verhältnis zur Präsidentschaftswahl starke Gewinne verzeichnen konnte, nahmen die Drohungen gegen die Regierung an Schärfe zu. So wurden die deutschen Demokraten in der »Réforme« am 23. Mai 1849 dazu aufgerufen, ihren Aufstand weiterzuführen, wobei ihnen gleichzeitig Hilfe von seiten der französischen Linken, der, wie es in dem Artikel hieß, »Chefs du parti révolutionnaire«, versprochen wurde²⁰³. Dieses hier offensichtliche Engagement des »parti de la Montagne« für die Aufständischen bestärkte die französische Regierung Louis Napoléons in ihrer Ablehnung gegenüber den beiden provisorischen Regierungen. Dies wird vor allem in den französischen Gesandtschaftsberichten aus Bayern und Baden deutlich. Für den französischen Gesandten Armand Lefèbvre, der bis 12. März 1849 in Baden Botschafter war und dann nach Bayern versetzt wurde, sind die Mitglieder der provisorischen Regierung und ihre Anhänger in der Pfalz »républicains presque tous de la pire espèce«²⁰⁴.

In Baden vertrat Henri Fournier zwischenzeitlich den Gesandten Duc de Bassano, der von der französischen Regierung nach Straßburg dirigiert worden war, um von dort aus die weitere Entwicklung zu beobachten. Ironisch äußerte er über eine angebliche Unterstützung seitens der französischen Regierung: »Brentano et consorts sont bien bons s'ils imaginent que M. de Bassano est parti pour aller plaider leur cause. Tous les républicains ne sont pas nécessairement frères, Dieu merci«²⁰⁵.

Wie aber funktionierte die Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der »Montagne« in Frankreich und den Mitgliedern bzw. Sympathisanten der beiden provisorischen Revolutionsregierungen? Die Verbindungen zwischen beiden Seiten, über die es in der Literatur häufig genug nur Vermutungen gibt, wurden so raffiniert angelegt, daß ihr letzter Zweck nie ganz offensichtlich wurde, zumindest konnte ihnen, wie noch zu zeigen sein wird, juristisch nie konkreter Landesverrat vorgeworfen werden²⁰⁶.

Die Verbindungen zwischen den französischen Republikanern und den Aufständischen in der Pfalz und Baden fanden auf drei Ebenen statt, in deren Mittelpunkt wieder einmal Joseph Savoye stand. Einmal engagierte sich Savoye als Vertrauensmann Ledru-Rollins persönlich für den Aufstand. Dadurch wurde Colmar, wo er seine Kandidatur für die Nationalversammlung erfolgreich durchgesetzt hatte, zum Zentrum der solidarischen Hilfe für die Pfalz und Baden. So fanden in Colmar am 29. Mai und am 3. Juni 1849 Volksversammlungen zugunsten der deutschen Bewe-

202 Ibid. (18. Mai 1849).

203 La Réforme 139 (23. Mai 1849).

204 AE Corr. politique Bavière 225, Munich le 11. Juin 1849 (Blatt 99).

205 AE Corr. politique Bade 35, 27. Mai 1849 (Blatt 133).

206 Dazu RENNER (wie Anm. 119) S. 215f., 236f.; auch VALENTIN (wie Anm. 126) S. 517, vermutet lediglich Beziehungen zwischen Savoye und Pierre Leroux, einem nicht sehr einflußreichen Mitglied der »Montagne«, die wirklichen Fäden und Verbindungen sieht auch er nicht.

gung statt. Auf der Volksversammlung am 29. Mai wurde eine Petition an die französische Nationalversammlung verabschiedet mit dem Anliegen: »die französische Republik möge die provisorischen Regierungen zu Kaiserslautern und Karlsruhe anerkennen, (...) sie möge eine Observationsarmee an der Ostgrenze aufstellen, um dem badischen und pfälzischen Volke, falls dieses es verlangen würde, zu Hilfe zu eilen, außerdem aber möge sie beide Völker mit Waffen und Munition unterstützen«²⁰⁷. Diese Petition wurde von Savoye der Nationalversammlung vorgelegt²⁰⁸.

Die französische Regierung ignorierte sie und beschlagnahmte sogar die Waffen, welche die provisorische Regierung der Pfalz, wiederum durch Vermittlung Savoyes, aus Frankreich einführen wollte. Damit zeigt sich eindeutig die ablehnende Einstellung der Regierung Frankreichs gegenüber den pfälzischen Emigranten²⁰⁹. Außerdem wurde in Colmar ein »demokratischer Ausschuß zur Vertheidigung der Rheingrenze« gegründet, dem sich vor allem die elsässische Jugend anschloß. Sie sollten im Notfall den pfälzischen und badischen Demokraten zu Hilfe eilen²¹⁰.

Publizistische Unterstützung fanden Savoye und die »Montagnards« in Colmar in der von Charles Frédéric Meyer redigierten Zeitung »Le Rhin«. Darin konnten sie ihre Ansichten und Aufrufe veröffentlichen, und sie hatte auch für die Kandidaten der »Montagne« während des Maiwahlkampfes geworben. So waren neben Joseph Savoye, Koenig, Cassal, Joseph Fawtier, der bis Januar 1849 Präfekt des Haut-Rhins gewesen und unter Louis Napoléon von Auguste César West abgelöst worden war, Burgard, Muhlenbeck und Louis Charles Pflieger für die »Montagne« in die Nationalversammlung gewählt worden. In Straßburg engagierten sich ebenfalls Mitglieder der »Montagne« für den Aufstand in der Pfalz und Baden. Auch hier wurde ein Hilfskorps für die Pfalz und Baden gebildet. Ein Werbebüro, das sich in der Rue du Vieux-Marché-aux-Vins befand, sollte die Freiwilligen nach Kehl weiterleiten.

Hauptinitiator dieser Aktion war in Straßburg der Physiologieprofessor der medizinischen Fakultät, ebenfalls ein Mitglied der »Montagne«, Emile Küss. Um das Programm der »Montagne« zu verbreiten, hatte er im Januar 1849 die Zeitung »Le Démocrate« gegründet und eine Wahlorganisation »La Réunion des Arts« geschaffen²¹². Auch in Straßburg war es dadurch der »Montagne« gelungen, fast alle ihre Kandidaten durchzusetzen. Außer Goldenberger, Fabrikant in Saverne, der ein Anhänger des »National« war, wurden Bruckner, Chauffour, Westercamp, Ennery, Jehl, Boch, Eugène Beyer, Emile Kopp, Bandsept, Annery und der Sergeant Sébastien Commissaire für die »Montagne« in die Nationalversammlung gewählt.

Als zweite Ebene wurde, von Savoye, Ledru-Rollin und Flocon unterstützt, ein deutsches Komitee in Paris unter Leitung von Dr. Hermann Ewerbeck für den Aufstand in Baden und der Pfalz eingesetzt²¹³. Dieses Komitee bestand nach dem Bericht des bayerischen Gesandten in Paris, von Wendland, an das bayerische

207 LAS-OLG-J 1 Fasz. 103, Bericht aus der Pfalz, Kaiserslautern, 1. Juni 1849.

208 La Réforme (2. Juin 1849).

209 Ibid. (3. Juin 1849).

210 Ibid. (2. Juin 1849).

211 Le Démocrate du Rhin 133, Strasbourg (4. Juin 1849).

212 Gustave HERVÉ, Emile Küss, La journée du 14. juin 1849 à Strasbourg, in: Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften des Ackerbaus und der Künste im Unter-Elsaß (Bulletin Mensuel Tome XLVIII et XLIX) 1914, S. 193–235.

213 GS. G 131. Fasz. 4659, Brief vom 12. Juli 1849 aus Paris.

Außenministerium, aus drei verschiedenen politischen revolutionären Gruppierungen:

- »1. dem Komitee Everbeck (Rue St. Honoré – Café de Danemark, später Rue et Hôtel de Corneilles), Mitglieder sind: Petzler, Siegler, Kumann, Niecles, Trapp, Fisch;
- 2. dem Komitee Telecky, zu welchem Tausenau und die meisten hiesigen österreichischen Demokraten gehörten;
- 3. dem polnischen Komitee, welches in täglichem Verkehr mit den beiden anderen stand:

Ledru-Rollin, Flocon und Savoye waren in alle geheimen Umtriebe eingeweiht«²¹⁴.

In dem Engagement von Hermann Ewerbeck werden wieder die Verbindungen zwischen den intellektuellen Mitgliedern des früheren »Geheimbundes der Gerechten« und den französischen Republikanern offensichtlich. Auch die Verbindungen zwischen den deutschen und polnischen Emigranten in Paris waren, wie sich hier zeigt, anscheinend nie abgerissen. Nur aufgrund dieser Verbindung wird die Wahl polnischer Offiziere für einen pfälzischen Aufstand verständlich. So wurde François Sznayde, der während der polnischen Revolution von 1830 einer der erfolgreichsten und bekanntesten Generäle gewesen und danach nach Frankreich geflohen war, zum Oberbefehlshaber der pfälzischen Streitkraft ernannt²¹⁵.

Auch der zweite Oberkommandierende der pfälzischen Streitmacht, der Pole Feliks Raquillier, hatte in der Emigration einen guten militärischen Ruf. Neben den beiden polnischen Generälen konnten durch diese Verbindung auch polnische Freiwillige, die sich in Paris in der »Polonia« zusammengeschlossen hatten, für den Aufstand in der Pfalz gewonnen werden²¹⁶.

Die dritte Ebene bildete schließlich eine badisch-pfälzische Gesandtschaft, die ebenfalls auf Anraten Savoyes nach Paris geschickt wurde²¹⁷.

Zum Beauftragten für die Pfalz wurde Dr. Friedrich Schütz, der Abgeordneter von Mainz in der Frankfurter Nationalversammlung und badischer Bevollmächtigter gegenüber der Pfalz war, ernannt. Für Baden trat Karl Blind auf. Ihr offizieller Auftrag bestand darin, diplomatische Beziehungen mit dem französischen Außenministerium und damit der offiziellen Regierung aufzunehmen. In dem Beglaubigungsschreiben, das die provisorische Regierung der Pfalz für Friedrich Schütz ausgestellt hatte, hieß es: (...) »il est chargé par nous de faire tout ce qui est de son pouvoir pour que le Gouvernement français prenne sous sa protection le peuple du Palatinat, qu'il lui accorde du secours soit par envoi de munition et de généraux, soit même en faisant marcher ses troupes contre les Prussiens qui sont sur le point d'envahir notre pays«²¹⁸.

Der damalige Außenminister Edouard Drouyn de Lhuys weigerte sich, die beiden Gesandten zu empfangen²¹⁹. So war es ihnen nur möglich, ihren zweiten, inoffiziellen Auftrag, nämlich intensivere Verbindungen zu Ledru-Rollin und der »Montagne« in

214 GS. G 131. Fasz. 4660, Abschrift für Korbach (General-Staats-Prokurator der Pfalz).

215 Zu dem militärischen Ruf von Sznayde: PONTEIL (wie Anm. 25) S. 235.

216 LAS-OLG-J 1 Fasz. 317, J. Lipowski an Zurkowsky, Straßburg den 26. Mai 1849, S. 71.

217 PEISER (wie Anm. 5) S. 198f.

218 AE Mémoires et Documents en cartons non répertoriés Bavière Carton 9, Affaires diverses politiques 1850–1851, 5. Aktenstück (Seite 8), Kopie des Originalschreibens aus Kaiserslautern vom 26. Mai 1849.

219 Le Moniteur Universel 177, S. 2156.

Paris herzustellen, zu erfüllen²²⁰. Von großer Hilfe waren ihnen dabei wieder Joseph Savoye, daneben aber auch andere Mitglieder der »Montagne« wie der elsässische Abgeordnete Eugène Beyer. Hintergrund für diesen Kontakt war, wie Karl Blind berichtete, daß man von deutscher Seite aus in Paris entscheidende Ereignisse erwartete, »deren glücklicher Ausgang auf Deutschland ebenso wie im vorhergehenden Jahre 1848 zurückgewirkt hätte«²²¹.

5. Juniaufstand von 1849 in Paris

Dieses Ereignis, das auch von französischen Politikern wie Tocqueville vorausgesehen wurde, fand schließlich am 13. Juni 1849 statt²²². Den Grund für diesen Aufstand lieferte die italienische Außenpolitik der französischen Regierung unter Louis Napoléon. Hinter dieser Außenpolitik standen jedoch unterschiedliche Prinzipien, die auch für den Aufstand in der Pfalz und Baden galten. So bildeten die Einführung einer Republik am 9. Februar 1849 in Rom und die Absetzung des Papstes den Anlaß für diesen Konflikt. Während Ledru-Rollin und mit ihm die »Montagne« die römischen Republikaner als ihre Brüder bezeichneten, hatte sich Louis Napoléon gegenüber dem »parti de l'ordre« insgeheim schon verpflichtet, die alte Stellung des Papstes wiederherzustellen²²³. Diese Verpflichtung wurde erst mit dem Bombardement der französischen Armee auf Rom bekannt, das erst nach den französischen Wahlen Anfang Juni stattfand²²⁴.

Mit dem Bombardement auf Rom hatte die Regierung eindeutig gegen den Paragraphen 5 der französischen Verfassung verstoßen, der folgendermaßen lautete: »La République française respecte les nationalités étrangères, comme elle entend faire respecter la sienne; n'entreprend aucune guerre dans des vues de conquête et n'emploie jamais ses forces contre la liberté d'aucun peuple«²²⁵. Dieser Paragraph 5 bot die Grundlage für die Ministeranklage Ledru-Rollins gegen Louis Napoléon und seine Regierung. In der Anklagebegründung hatte sich Ledru-Rollin dazu hinreißen lassen, ob von vorneherein kühl kalkuliert oder in der Hitze der Debatte wurde nie geklärt, auszurufen: »Die Konstitution ist verletzt. Wir sind bereit, für sie zu kämpfen, selbst mit den Waffen«²²⁶. Dieser letzte Passus wurde als Anstoß für den von allen Seiten erwarteten Aufstand verstanden. Als sich daher am 13. Juni ein Demonstrationzug formierte, an dessen Spitze Ledru-Rollin zusammen mit 30 Abgeordneten der Nationalversammlung mit dem Ruf »Vive la Constitution! Vive la République!« schritt, schien der Aufstand Wirklichkeit zu werden. An dem zunächst noch friedlich verlaufenden Demonstrationzug nahmen auch die beiden Gesandten der Pfalz und Badens, Friedrich Schütz und Karl Blind, teil. Doch wurde die Demonstration von der berittenen Truppe, die Louis Napoléon unter General Changarnier in der Rue de

220 Karl BLIND, Die badisch-pfälzische Gesandtschaft in Paris im Jahre 1849, in: Die Gartenlaube, Illustriertes Familienblatt, Halbheft 31 (Jahrgang 1902) S. 884.

221 Ibid. S. 844.

222 TOCQUEVILLE (wie Anm. 71) S. 272.

223 LA GORCE (wie Anm. 67) S. 75–89.

224 La Réforme (11. Juin 1849).

225 La Réforme (12. Juin 1849).

226 La Moniteur Universel 163 (12. juin 1849).

la Paix im Hinterhalt stationiert hatte, brutal aufgelöst. In der totalen Verwirrung, die dadurch unter den Demonstranten ausbrach, ging jede Verteidigung unter. Ledru-Rollin und einige Abgeordnete der »Montagne« hatten sich in das Conservatorium für Künste und Gewerbe geflüchtet und versuchten von dort aus Widerstand zu leisten. Doch drangen die Truppen Changarniers kurz darauf auch dort ein. So blieb ihnen nur die Flucht²²⁷. Mit ihnen flüchtete Friedrich Schütz nach Belgien, während Karl Blind in Paris blieb. Dort wurde er verhaftet²²⁸.

Außer ihm wurden Hermann Ewerbeck und August Culmann im Zusammenhang mit dem Aufstandsversuch in Paris verhaftet. August Culmann hielt sich zu diesem Zeitpunkt in geheimer Mission für die Pfalz in Paris auf, mit dem Auftrag, die Verbindungen seines Bruders Jacques Frédéric Culmann, der bis zu seinem Tode am 5. April 1848 als Anhänger Cavaignacs Abgeordneter der Nationalversammlung gewesen war, für die Pfalz zu nutzen²²⁹.

Mit dem gescheiterten Aufstandsversuch Ledru-Rollins in Paris schwanden auch die Hoffnungen Badens und der Pfalz auf militärische Unterstützung von seiten Frankreichs. Wie sehr sie sich an diese geklammert hatten, zeigte sich bei den Unruhen in Straßburg und Colmar. In Straßburg setzten die Unruhen am 14. Juni ein, unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Aufstands von Paris. Sie gipfelten in einer Demonstration, deren Ziel die Besetzung der Zitadelle war. Sie sollte zum »boulevard de la démocratie européenne« erklärt werden und Unterstützung für den badischen und pfälzischen Aufstand signalisieren²³⁰. Die Besetzung der Zitadelle und der Sieg der »Montagne« in Paris wurden von Brentano der badischen Versammlung mit den Worten »Es lebe die Freiheit! Tod den Tyrannen!« als Tatsache verkündet²³¹. Sie sollten die badischen Truppen, die kurz vor der entscheidenden Auseinandersetzung mit den Preußen standen, psychisch aufbauen. Wie notwendig Brentano eine solche moralische Unterstützung schien, zeigte sich darin, daß er sich auch noch nach dem Ende des Aufstandes in Paris und den Unruhen in Straßburg an die Nachricht vom Ausbruch eines Aufstandes in Lyon klammerte, wohin Ledru-Rollin geflohen war.

Auch in Colmar fand am 14. Juni 1849 eine Demonstration statt, die in einer Versammlung im Café Scarrel endete. Ebenso fand eine solche Versammlung in Mühlhausen statt. In Straßburg, Colmar und Mühlhausen war die Ursache für die Unruhen die Überzeugung der Bevölkerung, daß die Regierung mit dem Angriff auf Rom tatsächlich die Verfassung verletzt hatte, eine Überzeugung, die in Straßburg auch von dem dortigen Bürgermeister und dem Präfekten geteilt wurde²³². Der

227 SEIGNOBOS (wie Anm. 166) S. 138f.; BLIND (wie Anm. 220) S. 848; Le Courrier du Bas Rhin 248 (17. Octobre 1849).

228 BLIND (wie Anm. 220) S. 863.

229 GS. G 131 Fasz. 4660 (wie Anm. 214); AE Corr. politique Bade 35, Strasbourg le 31. Mai 1849.

230 HERVÉ (wie Anm. 212) S. 205.

231 AE Corr. politique Bade 35, 17. Juin 1849, Henri Fournier, (Blatt 191).

232 Paul LEUILLOT, Le 13. juin 1849 à Colmar et dans le Haut-Rhin, le procès de Besançon (novembre 1849) in: Annuaire de la Société Historique et Littéraire de Colmar X, 1960, S. 106, 114; HERVÉ (wie Anm. 212) S. 218f. Der Präfekt von Straßburg, Charles Renaudon, wurde aufgrund der Vorfälle in Straßburg entlassen. Seiner Entlassung war ein anonymes Schreiben an den Innenminister vorausgegangen, in dem Renaudon als Symphasant der »Montagne« und des badischen und pfälzischen Freikorps diffamiert worden war. In: AN F^{1b}. I 172 (6) M. Renaudon Préfet du Bas-Rhin, Administration Générale.

zweite, tiefere Grund für diese Unruhen lag jedoch in folgendem: (...) »ce républicanisme alsacien est cosmopolite. Au voisinage des révolutions allemandes, dans l'embrassement révolutionnaire de l'Europe, il est amené à rêver généreusement de l'union fraternelle des peuples, de la rive badoise à la lointaine de Pologne«²³³. Die Unruhen im Elsaß erschöpften sich in diesen Demonstrationen und Versammlungen. Den Hauptinitiatoren dieser Unruhen aber wurde in Besançon der Prozeß gemacht²³⁴.

Neben dem ersten Anklagepunkt, in dem den Hauptbeschuldigten vorgeworfen wurde, ein Komplott gegen die französische Regierung geplant zu haben, war der zweite Anklagepunkt folgender: Den Hauptinitiatoren wurde vorgehalten, Verbindungen zu einzelnen Pfälzern und den provisorischen Regierungen in Pfalz und Baden unterhalten zu haben, um diese in ihrem Kampf zu unterstützen. Als Beweis für den zweiten Anklagepunkt wurde einmal die Äußerung Brentanos vor der Ständeversammlung und zum anderen ein Brief des Sergeanten Sébastien Commissaire, Repräsentant des Bas Rhin, angeführt. Commissaire, der als Mitglied der »Montagne« in Colmar in die Nationalversammlung gewählt worden war, hatte am 28. Mai 1849 einem Freund in der Pfalz folgendes geschrieben: »Die Zeit ist da, wo Siebenpfeiffers Worte in Erfüllung gehen. (...) Seien Sie überzeugt, daß eine wahre Standhaftigkeit Europa wenigstens retten müsse, denn die in Frankreich glücklich aufgekommene Republik wird positiv unter göttlicher Mitwirkung alle adeligen Ritter, Fürsten, Herzöge, Grafen, Barone, Könige, Kaiser und deren Canaillen-Anhängsel in den Himmel /:Montagne:/ aufnehmen, wenn sie nicht vorziehen, sich im Allgemeinen in den tiefsten Abgrund aufzuopfern, um aller Mühe enthoben zu seyn. (...) Erbitte sogleich Antwort, wie sich's mit Landau, Baden, Württemberg usw. verhält, und wegen der bürgerlichen Meinungen, ob wir kommen können und in welcher Truppenzahl«²³⁵.

Einen weiteren Beweis für den engen Kontakt lieferte ein Brief von Charles Frédéric Meyer, dem Chefredakteur des »Rhin«, an Martin Reichard, den Präsidenten der provisorischen Regierung in der Pfalz. In diesem Schreiben kündigte Meyer an, daß mehrere Artikel in den drei elsässischen Zeitungen »Le Démocrate du Rhin«, »Le Courrier du Bas-Rhin« und »le Rhin« erscheinen würden, um die Bewegung in der Pfalz zu unterstützen²³⁶. Außer diesen angeführten Beweisen basierte die Anklage,

233 P. LEUILLOT, La Société républicaine de Colmar en 1848, in: *Annuaire de la Société Historique et Littéraire de Colmar* XIV, 1964, S. 104.

234 In Straßburg: Emile Küss, Auguste Charles, Marie Legozre de Toulgoet, (32 J), Offizier, Major der Nationalgarde, Philippe Albert Dannbach (30 J), Zeitungsdrucker, Auguste Antoine de la Boulaye (35 J), Mathematikprofessor, Jules Erckmann (40 J), Geschäftsmann, François Silberling (40 J), Geschäftsmann, François Schnepf, Friseur; in Colmar: Pierre Jaenger (46 J), Mediziner, Charles Meyer (40 J), Herausgeber der Zeitung »Le Rhin«, Xaver Mossmann (28 J), früherer Archivist, Joseph Liblin (38 J), Journalist, Adolphe Beyer (46 J), Gutsbesitzer und Capitän der Nationalgarde, Joseph Gillet (56 J), Gutsbesitzer und Cafétier; in Mühlhausen: Joseph Davin (30 J), früherer Lehrer, François Kentzinger (27 J), Kommandant der Nationalgarde, Pierre Danner, (37 J), Gastwirt, taucht später im Zusammenhang mit den Pfälzer Emigranten als deren Helfer wieder auf, Alfred Pelerin (37 J), Maler, Jean Gantherot (29 J), Gastwirt, Charles Nicot (49 J), Bauunternehmer.

235 MA II. Fasz. 1821 (Blatt 17).

236 Ibid. Fasz. 1821. Wörtlich heißt es darin: »Notre affaire est en bonne voie. (...) Des comités ont été formés partout pour organiser des secours en armes et munitions. (...) Enfin il est question d'organiser un corps de volontaires français/: ou pantalon rouge:/ qui irait se mettre à votre disposition. (...)«.

wie Jules Favré, ebenfalls Mitglied der »Montagne« und Verteidiger der Angeklagten, in einem glänzenden Plädoyer nachwies, lediglich auf Vermutungen. Alle Angeklagten wurden daher freigesprochen²³⁷.

Für die französische Regierung blieb der Verdacht bestehen, daß ein erfolgreicher Aufstand Ledru-Rollins in Paris der Beginn für eine ebensolche Erhebung im Elsaß gewesen wäre, und daß dann die in dem Brief versprochene Hilfe für den Aufstand in der Pfalz Realität geworden wäre. Von diesem Mißtrauen wurde auch ihre Haltung gegenüber den pfälzischen Emigranten, wie noch zu zeigen sein wird, geprägt.

6. Folgen des Juniaufstandes von 1849 für die Pfalz

Das Ende der Unruhen im Elsaß und die damit zunichte gemachten Hoffnungen auf eine Unterstützung von dort verschlechterten die Situation der provisorischen Regierung in der Pfalz in organisatorischer und militärischer Hinsicht. Wie eng sie sich an französischen Vorbildern zu orientieren versuchte, zeigte sich darin, daß sie ähnlich wie in Frankreich Zivilkommissäre für die revolutionäre Organisation einsetzte. Die Verwaltung wurde 12 Zivilkommissären übertragen. Sie waren die unmittelbaren Organe der provisorischen Regierung für Zivilangelegenheiten. Elf der ernannten Personen nahmen diesen Posten wirklich an. Für das Landeskommisariat Homburg wurde Karl Witt ernannt, für Pirmasens Konrad Diehl, für Bergzabern Philipp Bruch, für Speyer Friedrich Hilgard, für Landau Franz Andreas Schneider, für Kirchheimbolanden Jakob Müller, für Frankenthal Georg Hillgärtner, für Kaiserslautern Philipp Clundt, für Neustadt Dr. Carl Klein, für Kusel Karl Resch, für Kandel Hans Alfred Erbe²³⁸. Sie hatten unumschränkte Vollmacht, alle Maßnahmen der Regierung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu treffen, und, wo es nötig schien, weitere Kommissäre innerhalb ihres Bezirkes zu ernennen und mit den nötigen Vollmachten zu versehen. Daneben hatten sie auch militärische Aufgaben zu erfüllen. So mußten sie dafür sorgen, daß die Anordnungen der Militärkommission und des Oberkommandos befolgt wurden. Um dies zu gewährleisten, mußten sie sich mit den Kantonalverteidigungsausschüssen über die in den einzelnen Kantonen zu treffenden Anordnungen verständigen. Außerdem mußten die Zivilkommissäre die Rekrutierung innerhalb ihres Bezirkes leiten und beaufsichtigen²³⁹.

Als sich die Lage der provisorischen Regierung immer ungünstiger gestaltete, begann sie, mit oft zweifelhaften Methoden, Freiwillige anzuwerben. So wurden einige der Wehrfähigen, wie aus Zeugenberichten des Speyrer Archivs hervorgeht, nur mit Drohungen zum Anschluß an die Streitkräfte veranlaßt. Andere wurden in einem Wirtshause so lange freigehalten, bis sie nach einigen Schoppen, ohne recht zu wissen, wie sie dazugekommen waren, sich als Freiwillige verpflichtet hatten²⁴⁰.

237 *Le Courrier du Bas-Rhin* 254 (24. Octobre 1849), *Ibid.* 256 (26. Octobre 1849); LEUILLOT, *Le 13. juin 1849* (wie Anm. 232) S. 106–122.

238 RENNER (wie Anm. 119) S. 175.

239 OTTO FLEISCHMANN, *Geschichte des pfälzischen Aufstandes im Jahre 1849*, Kaiserslautern 1899, S. 197.

240 LAS-OLG-J 1. Fasz. 241 Untersuchung gegen Karl Hubing, Wirt in Otterberg, S. 6; Otterberg, 2. Juli 1849, I. »Während der Rekrutierungszeit unter der sogenannten provisorischen Regierung waren die

Neben den Zivilkommissären waren auch einige Studenten aus der Studentenlegion für organisatorische Aufgaben zuständig. Daneben erfüllten sie propagandistische und militärische Aufgaben. Vor allem auf militärischem Gebiet zeigte sich, wie dringend notwendig auswärtige Hilfe und militärische Erfahrungen gewesen wären.

Die beiden polnischen Generäle François Sznayde und Feliks Raquillier, die das Oberkommando über die pfälzische Volkswehr führten, erfüllten die in sie gesetzten Erwartungen in keinsten Weise. Sznayde erwies sich mit seinen 57 Jahren als zu phlegmatisch und zu wenig wendig, um die schlecht ausgerüsteten und wenig exerzierten pfälzischen Truppen zum militärischen Erfolg zu führen. Auch Raquillier konnte seinem militärischen Ruf aus der Emigrationszeit nicht gerecht werden²⁴¹.

Etwas effizienter war dagegen die Studentenlegion und ein Teil der Freischaren, aus der sich zusammen mit der Volkswehr die gesamte pfälzische Streitmacht zusammensetzte. Alle Pfälzer, die nach dem Ende des pfälzischen Aufstandes nach Frankreich flüchteten, hatten in diesen drei militärischen Bereichen leitende Funktionen übernommen oder übertragen bekommen.

Unter der Führung ihres Hauptmannes Karl Petersen, der sich wegen dieser Position lange in der französischen Emigration aufhalten mußte, nahm die Studentenkompagnie als eigenständige Gruppierung oder als Teil der Freischaren unter August Willich, einem 39jährigen früheren preußischen Artillerieleutnant, am Kampf gegen die preußischen Truppen teil.

Das Freikorps von Willich war eines von insgesamt dreien. Am besten organisiert waren die 1000 Freischärler unter Leitung von Dr. Franz Heinrich Zitz, einem Mitglied des »Donnersberg« in der Nationalversammlung, und Dr. Ludwig Bamberger, beides Juristen ohne die geringsten militärischen Erfahrungen.

Das zweite Freikorps, 500 Mann stark, kam aus Worms und wurde von Ludwig Blenker, einem 35jährigen Weinhändler geführt. Seine militärischen Erfahrungen stammten aus dem griechischen Freiheitskampf.

Das Freikorps von Willich war mit seinen 700–800 Mann, die sich aus preußischen Flüchtlingen, Turnern, Frankreichemigranten und Studenten zusammensetzte, das abenteuerlichste²⁴².

Für Fleischmann, der eine sehr subjektive Darstellung der Pfälzer Ereignisse bietet, waren die Freischaren insgesamt eine Masse »von unbeschäftigten Menschen, von

beiden Söhne des Valentin Müller und des »Seelen« Barth, beide in Erlenbach wohnhaft, im Begriffe heimzukehren, als ihnen Karl Hubing bei Erlenbach den Lauf seines Gewehrs gegen die Brust hielt und bedeutete, der erste, der nicht mit ihm gehe, würde niedergeschossen, so wurden beide gezwungen, mit ihm nach Kaiserslautern zu marschieren und als Rekruten gegen Bayern sich einweisen zu lassen. (...)« – LAS-OLG-J 1. 121 Untersuchungen gegen Freischärler, S. 116 »(...) Ausgangs Mai traf ich auf meiner Wanderschaft, zu welcher ich ein obrigkeitliches Wanderbuch hatte, in Bebenheim ein, während gerade Freischaaren unter dem Commando von Willich da lagen. Der Hauptmann, namens Haas, ein Lieutenant und einige Gemeine trafen sich im Wirtshaus, hielten mich frei, und so kam ich am Ende, ohne recht zu wissen wie, unter die Freischaaren. (...)«.

241 Ludwig BAMBERGER, *Erlebnisse aus der Pfälzischen Erhebung im Mai und Juni 1849*, Frankfurt am Main 1849, S. 42; zu Bamberger: Stanley ZUCKER, *Ludwig Bamberger, German Liberal Politician and Social Critic 1823–1899*. Pittsburgh 1975.

242 Dazu Regine SCHNEIDER in einer Dissertation bei Professor Eberhard Jäckel, Kapitel 7.1. *Die ausländischen Berater*, S. (7), im Manuskript.

Vagabunden und Abenteurern aus Deutschland, Elsaß, Frankreich und Polen (...) von denen die Allerwenigsten durch Begeisterung herbeigeführt wurden»²⁴³.

Mag diese Beschreibung auch etwas übertrieben sein, so trifft man doch häufig auch Zeugenaussagen, aus denen man schließen kann, daß sich einige der von auswärts Gekommenen in schweren finanziellen Nöten befunden hätten, und sie die Hoffnung auf Verbesserung ihrer Lage sowohl in finanzieller als auch sozialer Hinsicht dazu veranlaßt hätte, am Kampf in der Pfalz teilzunehmen²⁴⁴. Unter solchen Voraussetzungen erstaunt nicht, daß die einzelnen Kampfhandlungen in der Pfalz so wenig erfolgreich verliefen.

Zudem war für die Pfalz mit dem Ende der Unruhen im Elsaß die letzte Hoffnung geschwunden, doch noch eine Wende im Kampf gegen die preußischen Truppen, die seit dem 13./14. Juni dort eingedrungen waren, zu vollziehen²⁴⁵.

RÉSUMÉ FRANÇAIS

La fondation d'une filiale parisienne de l'« Association (allemande) de la presse et de la patrie » fut le point de départ de l'union ultérieure entre les émigrés du Palatinat et les républicains français. Cette union fut réalisée par Joseph Savoye qui était l'un des dirigeants du comité central allemand et établit à ce titre la filiale parisienne. Il réussit, par l'intermédiaire de Ludwig Börne à prendre contact avec les républicains français. Ceux-ci soutinrent la filiale parisienne en prenant part personnellement à des réunions politiques et en prenant parti pour elle devant le gouvernement français.

A la fête de Hambach se manifestèrent les résultats concrets des relations que Savoye avait nouées avec les républicains français et leur organisation de l'époque, la « Société des amis du peuple ». Une délégation de la « Société des amis du peuple » alsacienne se rendit à cette fête, tandis que la « Société des amis du peuple » parisienne envoya des messages de salutations. Les différents programmes qui furent discutés à la fête de Hambach devinrent importants sur le plan de la doctrine. Ainsi, Wirth et ses partisans voulaient mener le combat réformateur en Allemagne et sur un plan strictement national. De son côté, le délégué français de la « Société des amis du peuple », Lucien Rey, se déclara pour une alliance entre l'Allemagne et la France. Après la fête de Hambach et leur fuite vers Strasbourg, les émigrés du Palatinat se rallièrent à la démarche de Lucien Rey. Les trois dirigeants de l'« Association de la presse et de la patrie », Schüler, Savoye et Pistor purent continuer depuis Strasbourg l'instruction et la mobilisation de la population du Palatinat qu'ils avaient entreprises. Ils le firent surtout en distribuant des tracts et des brochures, avec l'aide des républicains français.

243 FLEISCHMANN (wie Anm. 239) S. 139.

244 LAS-OLG-J 1. Fasz. 121. Untersuchungen gegen Freischärler; Fasz. 122. Untersuchung gegen Freischärler mit und ohne Kommando.

245 AE Corr. politique Allemagne 808, Francfort le 18. Juin 1849, S. 129: « (...) Malgré un état de choses aussi anormal tout annonce que les pays insurgés seront promptement soumis, surtout depuis que le mouvement révolutionnaire si heureusement étouffé à Paris par l'énergie du Gouvernement de la République, ne leur laisse aucun espoir de secours de la part de la France. (...) » Tallenay.

Quand, après un certain temps, Schüler et Pistor se retirèrent de la vie politique, Savoye se rendit à Paris. Là, il devint membre de la filiale parisienne, qui devait, en raison des dissensions politiques qui agitèrent la France, devenir l'« Association populaire allemande », et plus tard se diviser en « Société secrète des proscrits » et « Société secrète des Justes ». La position de Savoye dans les deux sociétés secrètes fut tout d'abord reléguée l'arrière-plan en raison de l'influence croissante des artisans. Mais cette situation changea de façon décisive grâce à son amitié avec Ledru-Rollin. Celui-ci admit Joseph Savoye comme ami politique et compagnon de route dans le cercle des opposants républicains qui commençaient à se regrouper autour de lui. Ainsi Savoye devint l'intermédiaire le plus important entre les émigrés allemands et les républicains français. Les idées politiques des républicains furent largement répandues par le journal « La Réforme », fondée en 1843 par Ledru-Rollin et Godefroy Cavaignac. Joseph Savoye devint un collaborateur de ce journal. Il eut ainsi la possibilité de faire connaître les buts et les espoirs des émigrés allemands à un large public français. On vit après la Révolution de février à quel point la politique de la France fut influencée par l'intérêt pris au destin aux émigrés. A l'occasion de la proclamation de la deuxième République, le 25 février 1848, le nouveau Ministre des Affaires étrangères, Alphonse de Lamartine, appela les Français à donner au monde l'exemple que Paris avait donné à la France. Les émigrés allemands étaient également compris dans ces vues idéalistes. Ainsi Lamartine promit-il, dans un document qui éclaire sa politique extérieure, l'aide révolutionnaire de la nouvelle République aux nationalités opprimées de l'Europe. On en resta pourtant à un soutien de principe. La seule mesure concrète qui allât dans cette voie fut, le 12 avril 1848, la nomination de Savoye comme Chargé d'Affaires de la République française auprès de la Diète de Francfort. A ce poste, Savoye ne fit pas que représenter les intérêts français, mais chercha également à garantir les buts politiques des émigrés du Palatinat. Il définit lui-même son rôle à Francfort en affirmant qu'il avait la volonté de « servir de médiateur de la paix, de la concorde et de la fraternité entre la France et l'Allemagne ». Il essaya d'abord de remplir cette tâche dans le cadre de la diplomatie. Ainsi présenta-t-il, dans les dépêches qu'il adressait au gouvernement français, le groupe « Donnersberg », qui siégeait à gauche au Parlement de Francfort, comme le partenaire possible d'une alliance. Ce qui, aux yeux de Savoye, désignait le groupe « Donnersberg » pour une alliance avec la France était le fait que la plupart des députés du Palatinat y étaient représentés, et que par ailleurs son programme politique correspondait largement aux conceptions de la République française. Toutefois cette tentative diplomatique était étroitement liée à la personne de Savoye. Après son rappel, motivé par des raisons de politique intérieure, le 4 septembre 1848, la politique extérieure française retrouva son ancienne orientation: l'unité de l'Allemagne paraissait trop dangereuse et l'idée en était par conséquent écartée.

Après l'élection de Louis Napoléon Bonaparte à la présidence de la République française, le 10 décembre 1848, cette politique extérieure fut reconduite. Elle s'opposa de plus en plus aux objectifs républicains non seulement à l'intérieur, mais encore à l'extérieur. Aussi n'était-on pas prêt à reconnaître le Parlement de Francfort. Et il fut réservé à Savoye et à « La Montagne », parti d'opposition dirigé par son ami politique Ledru-Rollin, d'œuvrer pour les idéaux de la deuxième République en cherchant l'appui des cercles politiques qui luttèrent chacun dans son Etat pour la République. C'est dans ce sens-là qu'il faut interpréter l'engagement de Savoye pour une Révolution dans le Palatinat et dans le Bade. Il avait là l'occasion de remplir le rôle d'un intermédiaire entre la France et l'Allemagne. En même temps il pouvait lutter pour la « cause de la liberté », qui était selon sa propre expression le but le plus important dans sa vie.